

WIR TUN WAS

Marburg-Plan 2011 bis 2016

**PROGRAMM DER MARBURGER SPD
zur Kommunalwahl am 27. März 2011**



VORWORT

Die Marburger SPD ist seit vielen Jahren die führende politische Kraft in Marburg. Gemeinsam mit sozialdemokratischen Oberbürgermeistern, Bürgermeisterinnen sowie Stadträten und Stadträtinnen haben wir in den vergangenen Jahrzehnten viel für die Menschen in Marburg erreicht.

Das vorliegende Wahlprogramm, das die Marburger SPD auf ihrem Parteitag am 12. November nach intensiver Beratung verabschiedet hat, heißt aus gutem Grund auch diesmal wieder "Marburg-Plan". Bereits unter Oberbürgermeister Georg Gaßmann wurde der erste Marburg-Plan vorgelegt, der in den weiteren Wahlperioden jeweils fortgeschrieben und mit neuen Inhalten versehen wurde. Marburg-Plan heißt: wir haben eine Vorstellung davon, in welche Richtung sich die Universitätsstadt Marburg weiter entwickeln soll und was wir für die Menschen in unserer Stadt erreichen wollen.

In gleichermaßen guter Tradition hat die Marburger SPD auch für die Kommunalwahl am 27. März 2011 ein sehr ausführliches Programm verabschiedet. Die SPD ist eine Programmpartei. Wir wollen nicht nur die Ziele benennen, die wir uns für die kommenden Jahre und darüber hinaus gesetzt haben, sondern wir geben auch Rechenschaft über die Grundlagen unserer Politik. Das Programm der Marburger SPD ist deshalb auch eine Besinnung auf das Erreichte, auf dessen Basis wir unsere Stadt weiter gestalten wollen.

Mit Bedacht steht der Abschnitt über kommunale Finanzpolitik am Anfang. Wir alle wissen, dass die Zukunft der kommunalen Finanzen in keiner Weise stabil und nachhaltig gesichert ist. Das gilt - leider - auch für Marburg. Deshalb muss sich die Umsetzung unserer Forderungen immer an den finanziellen Möglichkeiten messen lassen. Von populistischen Maßnahmen halten wir wenig. Wir wollen Schulden vermeiden, weil Schulden Geld kosten. Wir wollen und werden aber auch das Investitionsvolumen für die Zukunft dauerhaft stabilisieren und ausgeglichene Haushalte erreichen. Nur so können wir unserer sozialen Verantwortung gerecht werden, Kultur, Bildung, Sport und vieles mehr unterstützen und Spielräume für die Herausforderungen der Zukunft erhalten.

Diese Herausforderungen sehen wir insbesondere

- Sicherung des sozialen Zusammenhalts in der Stadt und den Stadtteilen
- Ermöglichung der Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben
- Aktive Standortpolitik für attraktive Arbeitsplätze und Wertschöpfung in der Region
- Weiterführung der kommunalen Ausbildungs- und Beschäftigungspolitik
- Sicherung der Hilfen für Menschen in schwierigen Lebenslagen
- Unterstützung der Familien
- Weiterer Ausbau der Kinderbetreuung
- Umsetzung einer an den Bedürfnissen Menschen ausgerichteten kommunalen Altenpolitik
- Verstärkung der Kulturförderung
- Fortführung der Lokalen Bildungsplanung und einer Schulpolitik, in der kein Kind zurückgelassen wird.

Ein großes Thema der Marburger Stadtpolitik wird die Innenstadtentwicklung sein. Mit dem neuen Uni-Campus und dem Umbau der Stadthalle wollen wir einen neues, attraktives Areal entwickeln: Zwischen Elisabeth-Blochmann-Platz und Elisabethkirche wird ein neues urbanes Zentrum in enger Verbindung von Kunst, Kultur und Wissenschaft entstehen, das eine hohe Aufenthaltsqualität aufweisen wird. Gleichsam in Blickweite wollen wir dafür sorgen, dass die Oberstadt in ihrer Mischung aus Handel, Tourismus und sozial gemischtem Wohngebiet erhalten bleibt und wir zugleich die Potenziale Marburgs als Einkaufsstadt stärken. Eine dauerhafte Aufgabe für den gesamten Innenstadtbereich wird die Verkehrsentwicklung sein. Wir alle sehen es Tag für Tag: Marburg verträgt keine weitere Steigerung des Autoverkehrs, so dass wir eine gute Vernetzung aller Verkehrsträger brauchen. Und bei aller Aufmerksamkeit, die Entwicklungen in der Kernstadt in den kommenden Jahren auf sich ziehen werden, werden wir die Stadtteile mit ihren je eigenen Bedürfnissen nicht vergessen. Sicherung der Nahversorgung, gute ÖPNV-Anbindung, und Förderung des Ehrenamts sind einige der Stichworte.

Wir stehen fest zu unserer kommunalen Verantwortung für eine nachhaltige Umwelt- und Energiepolitik. Wir sind auf einem guten Weg und wollen diesen konsequent weiter beschreiten. Die Zukunft gehört der regionalen Erzeugung regenerativer Energien. Wir setzen uns auch hier wie bei allen anderen Vorhaben für eine breite Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ein, weil sich für uns das Mitwirkungsrecht der Menschen nicht auf den Wahltag beschränkt.

Diese Themen, soziale Gerechtigkeit und gelebte Solidarität, werden die die Schwerpunkte unserer Politik in den nächsten fünf Jahren bilden. Wie dies im Einzelnen aussehen soll - darüber gibt der Marburg-Plan 2011 bis 2016 Auskunft.

Marburg ist eine offene, tolerante, lebendige Stadt, in der es sich gut leben lässt. Wir wollen, dass dies auch in Zukunft so bleibt.

Wir würden uns freuen, Sie mit unserem Programm überzeugen zu können. Gern kommen wir mit Ihnen über unsere politischen Vorstellungen ins Gespräch. Sprechen Sie uns an.

Ihre Marburger SPD

Steffen Rink
Vorsitzender

INHALT

Nachhaltige Finanzpolitik	5
Leistung und Beteiligung für die Bürgerinnen und Bürger	9
Verantwortung für Bürger und Beschäftigte	9
Bürgerbeteiligung	10
Daseinsvorsorge und städtische Beteiligungen	11
Frauen	13
Wirtschaft	15
Arbeit	18
Ausbildung	18
Beschäftigungsförderung	19
Arbeiten in Marburg	20
Universität und Wissenschaftsstandort	22
Verantwortung für die Universität, die Beschäftigten und Studierenden	22
Universitäts- und Stadtentwicklung	23
Wissenstransfer stärken	24
Tourismus	25
Stadtentwicklung	27
Grundsätze unserer Stadtentwicklungspolitik	27
L(i)ebenswerte Innenstadt	28
Stadtbild und Denkmalschutz	30
Stadtteile und Siedlungspolitik	32
Wohnen	33
Mobilität	36
Fußgänger	37
Öffentlicher Personennahverkehr	38
Regionaler und überregionaler Schienenverkehr	40
Radverkehr	41
Kraftfahrzeugverkehr	43
Ruhender Verkehr	44
Umwelt, Natur, Energie	45
Natur- und Landschaftsschutz	46
Saubere Luft und Schutz vor Lärm	47
Gesunde Ernährung für Mensch und Umwelt	47
Wasser und Abwasser	47
Abfall und Altlasten	48
Kommunale Energiepolitik für den Klimaschutz	48
Brandschutz, Feuerwehr, Lebensrettung	50
Soziale Stadt	52
Integration	52
Homo- und Transsexualität	54
Familie und Generationen	54

Marburger Bündnis für Familien	55
Gute Betreuungsangebote für Kinder	55
Gut aufwachsen in Marburg	57
Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	58
Trennung und Scheidung	59
Gut alt werden in Marburg	60
Teilhabe ermöglichen	61
Gemeinwesenarbeit	61
Programm "Soziale Stadt"	62
Menschen mit Behinderungen und Barrierefreiheit	63
Selbsthilfegruppen	63
Ehrenamtliches Engagement	64
Gute medizinische Versorgung für alle	64
Förderung von Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung	66
Gewalt, Sucht und Drogen	67
Obdachlose und Wohnungslose	68
Armut verhindern	68
Bildung – Schule	69
Ausbau von Kooperationen	71
Medien und Schule	72
Ganztagsschule und gemeinsames Lernen / Mittelstufen	72
Frühkindliche Bildung / Grundschule	73
Lebenswelt Schule	74
Inklusive Schule	75
Förderschulen	75
Berufliche Schulen, zweiter Bildungsweg	76
Schule und Umwelt	76
Finanzierung von Schule	77
Demokratische Schule	77
Volkshochschule, Stadtbücherei	77
Lebenslanges Lernen	78
Kultur	79
Theater	81
Soziokultur – Zentren freier Kulturarbeit	81
Bildende Kunst, Ausstellungen, Museen	82
Musik	83
Literatur und Medien	83
Kultur in den Stadtteilen	84
Kinder, Jugend und Kultur	85
Kultur und Tourismus	86
Sport	88

NACHHALTIGE FINANZPOLITIK

Marburg hat in der vergangenen Wahlperiode seit 2006 mit der SPD in der rot-grünen Koalition und mit unserem sozialdemokratischen Oberbürgermeister Egon Vaupel eine beispiellose Entwicklung genommen. Galt unsere oberhessische Universitätsstadt in früheren Jahren als strukturschwaches Oberzentrum, das wesentlich von Steueranteilen, Zuschüssen und Zuweisungen aus Bund und Land abhängig war, so hat sich die Situation grundlegend gewandelt.

Die Gewerbesteureinnahmen, für eine Kommune die wichtigste Einnahmequelle, stiegen seit 2000 von rund 30 Millionen Euro auf über 100 Millionen Euro in 2008. Für 2010 und 2011 rechnet die Kämmerei mit jeweils etwa 70 bzw. 60 Millionen Euro.

Diese Erfolgsgeschichte hat es der rot-grünen Koalition unter Führung der SPD ermöglicht, in der vergangenen Wahlperiode zahlreiche Projekte umzusetzen, die das Leben in der Universitätsstadt attraktiv und lebenswert gemacht haben und dabei zugleich halfen, die soziale Balance nicht aus dem Gleichgewicht geraten zu lassen. Gebäudeunterhaltung, Schulentwicklung, Erweiterung der Betreuungsangebote in Grundschulen und bei unter 3-jährigen Kindern, Einrichtung eines Beratungs- und Informationszentrums für Ältere oder der Stadtpass für Menschen mit geringem Einkommen sind einige Stichworte. Erhalt, Sanierung und Erweiterung der Hallenbäder und die breite Sportförderung müssen ergänzt werden. Nicht vergessen werden dürfen die Unterstützung der Gemeinwesenarbeit und der zahlreichen freien Kulturträger und Vereine in Marburg. Hinzu kommen die Pflichtaufgaben einer Kommune, etwa im Bereich der Jugendhilfe. Knapp 170 Millionen Euro gibt die Stadt Marburg Jahr für Jahr für ihre laufenden Ausgaben aus.

Auch die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2008 gingen bisher an Marburg weitgehend folgenlos vorbei. Dank einer gesunden Wirtschaftsstruktur kam es nicht zum Einbruch der Gewerbesteuern, wie ihn viele andere Kommunen erleben mussten und die anderswo die vollkommene Handlungsunfähigkeit herbeigeführt haben. Das Konjunkturprogramm der Bundesregierung, das noch unter dem sozialdemokratischen Finanzminister Peer Steinbrück aufgelegt wurde, hat dazu geführt, dass in Marburg viele Maßnahmen verwirklicht werden konnten, die ohne diese Hilfe aus Berlin noch auf ihre Verwirklichung hätten warten müssen. Weil Marburg in den Planungen weit fortgeschritten war, konnten die Mittel schnell abgerufen werden. Das Konjunkturprogramm war für Marburg ein Glücksfall, wie an vielen Stellen der Stadt zu beobachten ist. Und trotzdem gelang es dem Kämmerer und SPD-Oberbürgermeister gemeinsam mit der rot-grünen Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung, die Verschuldung der Stadt Marburg von über 110 Millionen Euro im Jahr 2006 nahezu zu halbieren.

All das wurde möglich, weil die Marburger SPD schon immer für eine solide Haushaltspolitik eingestanden ist, die populistischen Forderungen von links genauso widerstanden hat wie einer letztlich verantwortungslosen Sichtweise anderer Oppositionsparteien, die aus guten, nachvollziehbaren Gründen eine ungehinderte Steigerung der Ausgaben aus dem städtischen Haushalt unter sozialen oder auch kulturellen Gesichtspunkten das Wort redete. Für die Marburger SPD war zum Beispiel immer klar: entweder Ausbau der Betreuung von Kindern unter 3 Jahren und in der Grundschule bis zum 6. Schuljahr oder kostenlose Kindergartenjahre für alle. Beides ist wünschenswert und auch unser Ziel, aber nur eins davon ist finanzierbar. Das ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ohne Wenn und Aber die Betreuung in all ihren Facetten, weil dies Familien wirklich entlastet,

Gute finanzielle Basis

Haushaltskonsolidierung trotz Wirtschaftskrise

Sozial verantwortliche Haushaltsgestaltung

zumal es sozial gestaffelte Gebührenbefreiungen in der Stadt ohnehin schon gibt. Dank der SPD.

Die politischen und strukturellen Risiken für die kommunalen Finanzen sind durch die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich geworden und können auch in Marburg trotz unserer guten Bilanz der letzten Jahre nicht ignoriert werden.

Die CDU-geführte Regierung unter Kanzlerin Angela Merkel in Berlin hat ohne Not Steuerentlastungen für bestimmte Lobbygruppen beschlossen, die nicht nur im Bund zu einer Schuldenaufnahme in nie gekannter Höhe und zu Leistungskürzungen im Sozialbereich führen. Die Lobbypolitik von CDU und FDP schlägt auch auf den Haushalt der Stadt Marburg durch. Und weil die CDU-geführte Regierung in Hessen schon seit Jahren über ihre Verhältnisse lebt, wusste man sich angesichts sinkender Steuereinnahmen durch Berliner Beschlüsse, denen man im Bundesrat zustimmte, nicht anders zu helfen, als den Kommunen über Zuweisungen und den kommunalen Finanzausgleich Geld wegzunehmen. Das Ziel ist klar: Der eigene Haushalt in Wiesbaden soll nicht vor die Wand gefahren werden und das geht nur auf Kosten der Kommunen. Und weil auch den Landkreisen Geld fehlt, erhöht auch die schwarz-bunte Koalition im Landkreis Marburg-Biedenkopf einfach die Kreisumlage, das heißt den Betrag, den die Städte und Gemeinden an den Landkreis abführen, und zwar ohne wirkliche Sparbemühungen überhaupt nur anzufangen. Das belastet unseren Haushalt zusätzlich.

Hinzu kommt, dass die Einnahmen aus der Gewerbesteuer immer wieder großen Schwankungen unterliegen und damit letztlich nicht planbar sind. Die Marburger SPD unterstützt daher alle Anstrengungen für eine kommunale Finanzreform, die Planungssicherheit ermöglicht. Die Marburger SPD wehrt sich aber genauso gegen Finanzgeschenke für Lobbyisten, die die Finanzkraft in Bund, Land und Kommune ohne Not schwächen.

Dabei werden wir auch nicht müde darauf hinzuweisen, dass sich das Land Hessen unter den Regierungen von Roland Koch und Volker Bouffier schon seit vielen Jahren systematisch aus der Finanzierung von Leistungen für die Menschen in den Städten und Gemeinden zurückzieht. Selbst die Zusagen, gesetzlich geforderte Leistungen auch dann zu erstatten, wenn sich eine Stadt wie Marburg schon vor dem Gesetzesbeschluss aus Wiesbaden zur Umsetzung der Maßnahmen entschlossen hat, werden von der CDU-FDP-Regierung gebrochen. Marburg steht alleine da und wird dafür bestraft, freiwillig gute Standards etwa in der Kinderbetreuung eingeführt zu haben, zu denen sich die Landesregierung in Wiesbaden erst Jahre später entschließen kann.

Für die kommenden Jahre bedeutet das: Auch in Marburg muss weiterhin Finanzpolitik mit Augenmaß betrieben werden. Dafür steht die Marburger SPD. Das Investitionsvolumen in unserer Stadt, das durch das Konjunkturprogramm von Peer Steinbrück auf gut 70 Millionen Euro angewachsen war, muss und wird wieder auf ein Niveau zurückgeführt werden, das den langfristig abschätzbaren Möglichkeiten entspricht und für 2011 schon auf rund 25 Millionen Euro festgelegt wurde. Gleichzeitig wissen wir: Investitionen sichern die Zukunft. Deshalb steht die Marburger SPD zur Sanierung und Umbau der Stadthalle genauso wie für die dauerhaften Investitionen in unsere Schulen und Sportstätten und den Unterhalt unserer Straßen.

Dauerhafte Belastungen ergeben sich für den städtischen Haushalt insbesondere durch Personalkosten und Kosten für laufenden Unterhalt von Gebäuden und Anlagen. Für die Wahlperiode 2011 bis 2016 muss deshalb eine intensive Diskussion geführt werden, ob und wenn ja in welchen Bereichen die Universitätsstadt Marburg ihre laufenden Ausgaben

**CDU-FDP:
Belastungen für
Marburg**

**Land bestraft
Marburg**

**Finanzpolitik
mit Augenmaß**

(abgebildet im Ergebnishaushalt) dauerhaft weiter erhöhen möchte. Was wir in keinem Fall wollen ist, angesichts sinkender finanzieller Möglichkeiten den Menschen Leistungen wegnehmen und Angebote entziehen, die mit gutem Grund und mit Zustimmung des (sozialdemokratischen) Herzens, aber ohne nachhaltige Finanzierungsaussicht beschlossen worden sind.

Nach Jahren ausgeglichener Haushalte wird im laufenden Doppelhaushalt 2010 / 2011 seit vielen Jahren wieder eine Kreditaufnahme zur Finanzierung der Ausgaben und Investitionen notwendig. Angesichts der positiven Grunddaten können wir dem zustimmen und betonen zugleich, dass die Marburger SPD auf mittlere Sicht wieder einen ausgeglichenen städtischen Haushalt vorlegen will. Dem steht ein kontinuierliches Investitionsvolumen von 25 bis 30 Millionen Euro gegenüber. Schon auf mittlere Sicht gilt: Tilgungs- und Zinszahlungen beschränken Handlungsspielräume auf Dauer. Das Geld für die Banken – auch wenn es die heimische Sparkasse sein sollte – möchten wir lieber für eine sozial verantwortliche Politik in Marburg ausgeben. Aber nicht dauerhaft auf Pump.

Finanzpolitik ist aber auch in der Kommune mehr als abstrakte Zahlenakrobatik mit Bilanzen und kaufmännischer Haushaltsführung im guten Sinn: Gute Kaufmänner und Kauffrauen wirtschaften nachhaltig und schaffen Vertrauen für ihre Kunden. In Marburg geht es dabei um Gesamtvolumen von über 200 Millionen Euro.

Solide Finanzen sind für uns deshalb so wichtig, weil sie uns Freiräume ermöglichen, sozialdemokratische Politik in Marburg zu gestalten. Gerechtigkeit und Solidarität, die Grundwerte der SPD, leiten unsere Ziele. Wir wollen Strukturen erhalten und ausbauen, mit denen allen Menschen in der Stadt die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben ermöglicht wird – und mit denen es ein reichhaltiges kulturelles, soziales, sportliches Leben in der Stadt gibt.

Die so genannten freiwilligen Leistungen an Vereine und Initiativen, die entsprechende Angebote schaffen, sind für uns Pflichtaufgaben der Kommune. Wir wollen, dass die Breite der Angebote erhalten und nach Möglichkeit ausgebaut wird. Wir wissen dabei um die Bedeutung ehrenamtlichen Engagements vieler Menschen in den Vereinen. Solide Haushaltspolitik heißt deshalb auch: Sicherung der nachhaltigen Förderung von Vereinen und Initiativen, damit Menschen weiterhin Möglichkeiten haben, durch ehrenamtliches Engagement selbst bestimmte Beiträge für den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt einzubringen.

Die Gemeinwesenarbeit in den Stadtteilen braucht unsere Unterstützung, um das soziale Gefüge im Gleichgewicht halten zu können. Beratungs- und Betreuungsangebote über das gesetzlich geforderte Maß hinaus sind für uns kommunale Sozialpolitik für Familien und Generationen. Notwendige Gebühren wie im Hort- und Kindergartenbereich müssen sozial gestaltet werden. Gebührenbefreiungen für einkommensschwache Menschen in der Stadt sind direkter Ausdruck von Solidarität und Gerechtigkeit. Wir setzen uns für sozial verantwortliche Gebührengestaltungen bei allen städtischen Einrichtungen ein.

Immer wieder geraten Menschen in Not. Wir wollen mit den Möglichkeiten, die uns als Kommune gegeben sind – Beratung, Hilfe, Unterstützung –, alles tun, um passende Hilfen bei den unterschiedlichsten Problemlagen anzubieten, um soziale Ausgrenzung zu vermeiden, um Armut zu verhindern, um ein Leben in Würde in der Stadt Marburg zu ermöglichen. Die SPD steht dafür, dass die bestehenden Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten auch in Zukunft in gesicherten Rahmenbedingungen für die Menschen in der Stadt arbeiten können. Zudem müssen wir Strukturen schaffen, in denen aufsuchende Sozialarbeit und präventive Maßnahmen Vorrang haben.

**Ziel: Keine neuen
Schulden**

**Freiwillige
Leistungen
erhalten**

**Unterstützung
der Gemeinwesen-
arbeit**

Die Qualität von Bildung und Betreuung ist von entscheidender Bedeutung für die Chancen von Kindern und Jugendlichen. Für ihre Entwicklung zu eigenständigen Persönlichkeiten und für ihre Chancen im späteren Berufsleben wollen wir alles tun, was in unseren Möglichkeiten steht. Die Unterstützung zeitgemäßer pädagogischer Konzepte in Schulen und Fördereinrichtungen gehören für uns genauso dazu wie die räumlichen Voraussetzungen, in denen Lernen Spaß macht.

Deshalb sagt die Marburger SPD auch in ihrem neuen Marburg-Plan: Alles, was wir an klugen, innovativen Ideen für ein wirtschaftlich starkes, ökologisch vorbildhaften und sozial gerechtes Marburg entwickeln, muss sich an den Grundsätzen solider Haushaltspolitik messen lassen.

Da wollen wir hin:

- Finanzpolitisches Ziel ist ein ausgeglichener Haushalt in der kommenden Wahlperiode
- Erhalt der städtischen Investitionen auf dem hohem Niveau mit den Schwerpunkten in den Bereichen Schule, (energetische) Sanierung städtischer Gebäude und innerstädtischer Straßenbau
- Weitere Förderung und Qualitätsverbesserung des ÖPNV
- Dauerhafte Unterstützung aller Möglichkeiten, regenerative Energien zu nutzen: in der Eigenstromerzeugung über die Stadtwerke, in der Förderung von Energieeffizienz
- Sicherung der so genannten freiwilligen Leistungen (Kultur-, Sport- und Vereinsförderung), die aus unseren Überzeugungen Pflichtaufgaben einer Kommune sind
- Erhalt der Gemeinwesenarbeit
- Sanierung und Umbau der Stadthalle im Rahmen eines städtebaulichen Entwicklungspfades Neue Mitte, Stadthalle, Hörsaalgebäude, Alter Botanischer Garten, neuer Uni-Campus, Elisabethkirche / Nordstadt, mit dem wir die Lebens- und Aufenthaltsqualität im Herzen der Stadt von der Lahn bis zum Nordviertel steigern.
- Entwicklung des Waggonhallen-Areals mit einer Mischung aus kultureller, sportlicher und wirtschaftlicher Nutzung
- Weiterentwicklung der sozial gestaffelten Gebühren, etwa für Kindergärten, Marburger Stadtpass, Bildungs- und Kulturveranstaltungen, Sport im Verein
- Erhalt der kommunalen Qualifizierungs- und Beschäftigungspolitik
- Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben durch Barrierefreiheit, Einbeziehung der Generationen, Sicherung des Vereinslebens, Förderung und Hilfe
- Einsatz für eine kommunale Finanzreform, die den Kommunen nach ihrer Leistungsfähigkeit und ihren Bedarfen mehr Planungssicherheit bei den Einnahmen ermöglicht und konjunkturabhängige Steuern vermeidet
- Verhinderung einer Schuldenbremse auf Landesebene, die zu Lasten der Kommunen geht
- Qualitätssicherung in allen Bereichen städtischer Mittelvergabe
- Bewertung aller Ausgaben, insbesondere bei zusätzlichen dauerhaften Kosten, unter den Kriterien einer soliden, nachhaltigen Haushaltsführung.

Die Marburger SPD setzt sich mit Nachdruck dafür ein, Marburg in eine wirtschaftlich dynamische, innovative, tolerante, ökologisch verantwortliche und sozial gerechte Stadt zu entwickeln, in der sich die Menschen jedweder Herkunft und sozialen Lage und jeden Alters

**Qualität bei
Bildung und
Betreuung
erhalten**

**Finanzpolitik:
Unsere Ziele**

wohl fühlen und gerne leben. Finanzpolitik ist keine abstrakte Disziplin, sondern schafft die Voraussetzungen, diese Ziele zu verwirklichen und nachhaltig zu sichern.

LEISTUNG UND BETEILIGUNG FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Die Verwaltung der Universitätsstadt Marburg erbringt vielfältige Leistungen auf hohem Niveau. In den vergangenen zwei Legislaturperioden ist der Umbau der Verwaltung zu einem an den Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger orientierten Dienstleister weitgehend abgeschlossen worden. Wir wissen, dass die Personalausstattung im Vergleich mit anderen Städten gleicher Größe in Marburg am unteren Ende der Skala steht. Das macht uns auf der einen Seite stolz und wir sprechen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung unsere Anerkennung für ihr Engagement zum Wohl der Stadt und der Menschen aus. Zugleich wissen wir um unsere Verantwortung, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Stadtverwaltung auf allen Ebenen angemessene Arbeitsbedingungen zur Verfügung zu stellen.

Verantwortung für Bürger und Beschäftigte

Deshalb steht auch an erster Stelle unseres Programms für die Legislaturperiode 2011 bis 2016, dass wir uns mit den Auszeichnungen, die die Stadt Marburg als familienfreundlicher Arbeitgeber erhalten hat, noch nicht zufrieden geben. Wir wollen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Stadtverwaltung durch entsprechende Arbeitszeitmodelle und flexible Strukturen weiter gefördert wird.

An zweiter Stelle bekennen wir uns zur Verantwortung der Stadt Marburg für die Ausbildung junger Menschen in allen Bereichen einer modernen städtischen Verwaltung. Die (befristete) Übernahmegarantie nach vollendeter Ausbildung darf nicht angetastet werden. Sie ist ein Instrument, ein Stück weit Sicherheit und Perspektive für die Zeit nach der Ausbildung zu geben. Wir setzen uns dafür ein, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kontinuierliche Weiterbildungsangebote wahrnehmen können.

An dritter Stelle steht das für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten selbstverständliche Bekenntnis zur Tariftreue in der unmittelbaren Stadtverwaltung und bei allen Unternehmen, an denen die Stadt Marburg beteiligt ist.

Bürgernähe der Verwaltung bedeutet für uns: gute Erreichbarkeit, flexible Öffnungszeiten der einzelnen Dienststellen und des Stadtbüros, barrierefreie Zugänge in den einzelnen Dienststellen, schnelle Bearbeitungszeiten, Ausnutzung aller Möglichkeiten der barrierefreien Online-Abwicklung von Verwaltungsvorgängen.

Verwaltungshandeln ist an Recht und Gesetz gebunden. Wir setzen uns für größtmögliche Transparenz im Verwaltungshandeln ein. Transparenz heißt, die Bedingtheiten im Verwaltungshandeln und die Prozesse der Entscheidungsfindung nachvollziehbar zu machen.

Zugleich wollen wir, dass sich die Strukturen der Verwaltung an neue Aufgaben und Herausforderungen anpassen können und wollen.

Auf Basis der in den letzten Jahren durchgeführten Verwaltungsreform sehen wir die Herausforderungen der kommenden Jahre auf der einen Seite in der Optimierung bestehender

**Leistung auf
hohem Niveau**

**Transparenz und
Bürgernähe**

Strukturen, auf der anderen Seite in der Weiterentwicklung der bürgernahen, offenen Verwaltung.

Beginnend mit den sensiblen Bereichen der Stadtverwaltung (Ordnungsdienste, Jugendhilfe, Soziale Dienste, Ausländerverwaltung) muss eine kontinuierliche interkulturelle Öffnung der Verwaltung einsetzen. Das bezieht sich sowohl auf die vermehrte Einstellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Migrationshintergrund als auch auf die Weiterentwicklung der interkulturellen Kompetenz.

Gemäß den sich verändernden Anforderungsstrukturen sollte die (sozial-) pädagogische Kompetenz im Fachdienst Schule eine Aufwertung erfahren. Viele soziale Problemlagen werden zuerst in der Schule offensichtlich. Wir setzen uns dafür ein, integrierte Verwaltungseinheiten von Jugendhilfe (Betreuung, Hort, Kindergarten, Hilfe, Jugendarbeit) und Schule (mit Schulsozialarbeit) sowie berufliche Hilfen einzurichten. Damit können Übergänge von Kindergarten und Schule sowie Schule und Beruf besser organisiert werden und zugleich wird die Schule ihrer Rolle als zentralem Lebensmittelpunkt von Kindern und Jugendlichen gerecht.

Im Bereich des Jugendamtes setzen wir uns für offene Strukturen ein, die einen niedrigschwelligen Zugang zu den Beratungs- und Hilfeangeboten ermöglichen.

Selbstverständlich ist für uns dabei, dass diese Konzepte gemeinsam mit den betreffenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angegangen werden.

Bürgerbeteiligung

Marburg hat eine besonders aufmerksame und kritische Öffentlichkeit, was das Handeln der Stadt und der politischen Gremien anbelangt. Das ist gut so. Die Marburger SPD steht dafür ein, dass es für die politische Willensbildung vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger auch außerhalb der Parteien gibt.

Die Marburger SPD respektiert und will die Unabhängigkeit der verschiedenen Beiräte und Gremien. Über die Agenda-Gruppen und MarBID-Initiativen ist viel Sachverstand in die lokale Politik eingeflossen. Gleiches gilt für die anderen in der Stadt etablierten Beiräte (Behindertenbeirat, Gestaltungsbeirat, Denkmalbeirat, Seniorenbeirat u. a.). In den Stadtteilen übernehmen die Ortsbeiräte oftmals die Funktion, die Interessen und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger aufzugreifen und umzusetzen. Auch die Arbeit der "neuen" Ortsbeiräte in Ockershausen und am Richtsberg ist ein gutes Beispiel für gelingende Bürgerbeteiligung im Stadtteil. Deshalb setzt sich die SPD für die Stärkung der Möglichkeiten der Ortsbeiräte ein.

Zugleich erkennen wir die Rolle der Stadtteilgemeinden im Kernstadtbereich an, die diese Gemeinden über ihre sozialen und kulturellen Angebote hinaus erfüllen. Sie sind für uns wichtige Gesprächspartner und müssen nach Möglichkeit in die Entscheidungsprozesse, die ihren Bereich betreffen, eingebunden werden.

Zugleich steht die SPD für die Autorität der Stadtverordnetenversammlung für die Verantwortlichkeit der Entscheidungen für unsere Stadt. Den demokratisch gewählten Vertreterinnen und Vertreter obliegt es, zum Wohle der Menschen zu entscheiden und auch die Konsequenzen zu verantworten. Die Stadtverordneten opfern dafür viele Stunden ihrer Freizeit, kontinuierlich über Jahre hinweg.

Interkulturelle Kompetenz

Weiterentwicklung der Verwaltungsstrukturen

Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger einbinden

Bürgerbeteiligung heißt für die Marburger SPD deshalb nicht, die Autorität der Stadtverordnetenversammlung durch Nebengremien zu schwächen. Bürgerbeteiligung heißt für die Marburger SPD im ersten Schritt, die Bürgerinnen und Bürger durch frühzeitige und ausführliche Information in die Lage zu versetzen, die jeweils anstehenden Entscheidungsprozesse zu verstehen, nachzuvollziehen und kritisch zu begleiten. Hierzu ist in den vergangenen Jahren das Instrument der Bürgerversammlungen und weiterer Informationsveranstaltungen gut eingeführt worden. In einem zweiten Schritt geht es darum, die Willensbildung so zu organisieren, dass die Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger an der richtigen Stelle in das parlamentarische Handeln der Stadtverordnetenversammlung und die Entscheidungen der Verwaltung einfließen können. Hier sind an erster Stelle die Möglichkeiten der Beiräte (Denkmalbeirat, Gestaltungsbeirat, Behindertenbeirat, Radverkehrsbeirat, Ausländerbeirat u. a.), der Kommissionen (Gleichstellungskommission, Sozialhilfekommission, Kommission für Universitäts- und Regionalentwicklung, Sport- und Bäderkommission u. a.) und der Agenda-Gruppen zu beachten, deren beratende Funktion neu betont werden muss. Für die Stadtteile wie für den Kernstadtbereich setzt die Marburger SPD auf die Stärkung der bestehenden Strukturen.

Daseinsvorsorge und städtische Beteiligungen

Die Kommunen haben dafür Sorge zu tragen, dass die Menschen ausreichend und preisgünstig mit allen Gütern versorgt werden, die zur "Daseinsvorsorge" gezählt werden: Energie, Wasser, Straßen, Öffentlicher Nahverkehr, Wohnungen, Entsorgung, soziale Dienstleistungen.

In früheren Zeiten herrschte die Überzeugung vor, dass die Kommunen möglichst viele dieser Leistungen privatisieren sollten, weil dies billiger und effizienter sei. Marburg hat sich unter Führung der SPD diesem Zeitgeist entsagt. Die Stadtwerke, die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft, der Dienstleistungsbetrieb mit Abfallentsorgung und Straßenreinigung sind als städtische Gesellschaften oder städtische Eigenbetriebe (DBM) in eigener Hand und Verantwortung verblieben. Während woanders die kommunalen Gesellschaften für schnelles Geld an Private verkauft wurden, wollten wir in Marburg die Entscheidungshoheit über die kommunalen Dienstleister behalten.

Das hat sich gelohnt, nicht nur wegen der Gewinnabführung der Stadtwerke für den städtischen Haushalt. Die Auseinandersetzungen um erneuerbare Energien, wie sie im Herbst 2010 neu aufgeflammt sind, haben die Bedeutung regionaler Stromversorger in Kontrolle der Stadt- und Gemeindepardamente deutlich gemacht. Marburg ist dabei auf einem besonders guten Weg. Die privaten Kunden der Stadtwerke erhalten ohne Mehrkosten bereits heute 100 % Ökostrom. Und die Stadtwerke sind führend bei der Produktion erneuerbarer Energien und stehen an der Spitze der Bewegung zur Rekommunalisierung der Stromnetze. Auch im Bereich des Wohnungsbaus und der Gewerbeflächen haben wir mit der kommunalen Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft (GeWoBau) ein Instrument in der Hand, Einfluss auf Baumaßnahmen und einzelnen Projekte voranzubringen. Es ist ein Unterschied, ob bei privaten Unternehmen hohe Renditeerwartungen im Vordergrund stehen oder die Verantwortung für die Menschen, wofür nur geringe Gewinnerträge in Kauf genommen werden.

Nicht zuletzt muss auch die städtische Altenhilfe St. Jakob genannt werden. Auch hier wollen wir über die städtische Gesellschaft auf Qualität und Leistung in der Versorgung und Pflege sowohl der alten Menschen als auch der Beschäftigten Einfluss nehmen.

**Entscheidungen
nachvollziehbarer
machen**

**Kontrolle und
Verantwortung
erhalten**

Deshalb stand auch für die Marburger SPD nie in Frage, dass Wasser- und Abwasserversorgung in städtischer Hand bleiben müssen. Es kann nicht sein, dass die Versorgung mit dem lebensnotwendigsten Grundstoff in private Hände gelegt wird und damit unter Gewinninteressen stehen soll. Insgesamt gilt für die Marburger SPD: Weitere Privatisierungen kommunaler Leistungen sind mit uns nicht zu machen. Wir wollen, dass die Menschen über die Parlamente mitentscheiden können, welchen Zielen und Zwecken die Energieerzeugung, Wasserversorgung, Abfallbeseitigung und -verwertung, Nahverkehr und vieles andere mehr dienen soll. Wir sagen klar und eindeutig: Die Menschen vor Ort haben Anspruch auf ökologisch verantwortbare, bezahlbare und sichere Leistungen in Infrastruktur und Daseinsvorsorge. Die Preise, die die Menschen dafür zahlen, dürfen keinen privaten Gewinnerwartungen unterliegen – insbesondere dann nicht, wenn es sich um auswärtige Konzerne handelt, deren Aktionäre befriedigt werden sollen.

Zugleich setzen wir uns dafür ein, dass die kommunalen, privatrechtlich organisierten Unternehmen auch über die kommunalen Grenzen hinaus unternehmerisch tätig sein können. Durch die Privatisierungen anderswo ist die herkömmliche interkommunale Zusammenarbeit entfallen; teure Fahrzeuge, z. B. zur Kanalkontrolle, können nicht mehr von mehreren Kommunen gemeinsam genutzt werden. Deshalb müssen die Stadtwerke mit ihren Tochtergesellschaften, der DBM und die GewoBau dazu imstande sein, auf dem Markt wie jedes andere Unternehmen an Ausschreibungen teilzunehmen. Es ist nicht gerecht, bei den europaweiten (!) Ausschreibungen für Infrastrukturdienstleistungen die kommunalen Unternehmen auszuschließen. Schuld daran sind aber keine EU-Kommissare, sondern die Privatisierungs- und Liberalisierungsprediger in der CDU-FDP-Landesregierung. Damit bedrohen sie langfristig Wertschöpfung und Arbeitsplätze in der Region.

Die Marburger SPD steht dazu, dass in den kommunalen Gesellschaften Tariflöhne gezahlt werden. Für den Bereich der Stadtwerke Marburg fordern wir die Tarifvertragsparteien des Busfahrgewerbes auf, endlich einen gemeinsamen Tarifvertrag abzuschließen, mit dem die Ungleichbehandlung der (ehemals) kommunalen Eigenbetriebe und der privaten Omnibusbetriebe ein Ende hat. So sehr wir notgedrungen die Notwendigkeit der Ausgliederung der Marburger Verkehrsgesellschaft aus dem kommunalen Tarif für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit akzeptieren mussten, so sehr wollen wir auch eine angemessene Bezahlung der Busfahrerinnen und Busfahrer, die uns täglich bis in die Nacht sicher zur Schule, zur Arbeit, zum Einkauf oder zu Freizeitaktivitäten transportieren.

Die Gesellschaften haben wie die Stadt Marburg ihre besondere Verantwortung als Arbeitgeber in der Region wahrzunehmen. Die Schaffung von einer entsprechenden Zahl an Ausbildungsplätzen gehört ebenso dazu wie alle Anstrengungen, die Arbeitszeitstrukturen familienfreundlich zu gestalten, Fort- und Weiterbildung zu ermöglichen und ein motivierendes Betriebsklima zu schaffen. Die Marburger SPD wird dies unterstützen.

Da wollen wir hin:

- Weiterentwicklung einer bürgernahen Verwaltung mit guter und flexibler Erreichbarkeit
- Barrierefreiheit in den Dienststellen
- Ausbau von barrierefreien Online-Möglichkeiten
- Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der Fortentwicklung der Verwaltungsstrukturen
- Anpassung von Verwaltungsstrukturen in den Fachdiensten Schule und Jugendhilfe entsprechend neuer Herausforderungen

Keine weiteren Privatisierungen

Mehr Möglichkeiten für kommunale Unternehmen

Selbstverständlich Tariflöhne

Verwaltung und städtische Gesellschaften: Unsere Ziele

- Interkulturelle Öffnung der Verwaltung durch mehr Beschäftigte mit Migrationshintergrund, insbesondere in den sensiblen Bereichen öffentliche Sicherheit, Jugendhilfe, Soziale Dienste
- Stärkung der Ortsbeiräte und Stadtteilgemeinden
- Stärkung der unabhängigen Beratungsfunktion der Beiräte, Kommissionen und Agenda-Gruppen
- Transparenz in allen Prozessen der Entscheidungsfindung
- Bewahrung aller Leistungen der Daseinsvorsorge in kommunaler Hand
- Orientierung der Leistungen, Kosten und Gebühren an den Interessen der Menschen und nicht an Gewinnerwartungen privater Eigentümer oder auswärtiger Aktionäre
- Demokratische Kontrolle der städtischen Gesellschaften über die Aufsichtsräte mit Vertreterinnen und Vertretern aus dem Parlament
- Anerkennung der Verantwortung von Stadtverwaltung und städtischen Gesellschaften als kommunaler Arbeitgeber: Tariftreue, Schaffung von Ausbildungsplätzen, kontinuierliche Fort- und Weiterbildung, Mitarbeiterbeteiligung und Familienfreundlichkeit als Standards und Vorbild für andere
- Keine Privatisierung kommunaler Daseinsvorsorge

FRAUEN

Seit nahezu 150 Jahren steht die Sozialdemokratie für die Rechte der Frauen. Die so genannte Frauenfrage, die immer auch eine Männerfrage ist, stand an der Wiege der Arbeiterbewegung und bewegt uns bis heute.

Seit 90 Jahren gibt es das Frauenwahlrecht in Deutschland. Es wurde 1918 von der SPD durchgesetzt.

Seit 60 Jahren gilt der Gleichheitsgrundsatz für Männer und Frauen im Grundgesetz. Sozialdemokratinnen haben 1949 mit Elisabeth Selbert an der Spitze dafür gekämpft. "Männer und Frauen sind gleichberechtigt" – dieser Satz sollte ursprünglich nicht im Grundgesetz enthalten sein.

Seit über 20 Jahren setzt die SPD die innerparteiliche Quotierung um, die Ausstrahlung auf die gesamte Gesellschaft hatte und noch immer hat. In der politischen Arbeit der Marburger SPD sind Frauen ein fester Bestandteil, die Marburger SPD hat hier eine Vorreiterrolle eingenommen.

Als Stadtverordnete und Stadtverordnetenvorsteherin, Bundestags- und Landtagsabgeordnete, als Partei- und Fraktionsvorsitzende, als hauptamtliche und ehrenamtliche Magistratsmitglieder standen Frauen in der Marburger SPD in herausgehobener Verantwortung für das Zusammenleben in unserer Stadt. Das hat der Stadt gut getan. Das soll auch in Zukunft bleiben und ausgebaut werden.

Die Marburger SPD sieht sich als Garantin von Fraueninteressen in der Politik – sowohl inhaltlich als auch personell. Die Marburger SPD treibt die paritätische Besetzung in allen städtischen Gremien inklusive der Aufsichtsgremien der städtischen Gesellschaften weiter voran. Auch in den Führungspositionen der Stadtverwaltung sollen Frauen und Männer gleich stark vertreten sein. Das gilt auch für den hauptamtlichen Magistrat: Er muss paritätisch

**SPD an der Spitze
der Bewegung für
Gleichstellung**

**Geschlechter-
parität in allen
Gremien**

tisch besetzt sein, d. h. beim Fortbestand der aktuellen Konstellation ist mindestens eine hauptamtliche Position mit einer Frau zu besetzen.

Die Gleichberechtigung von Männern und Frauen ist für uns der Maßstab jeder Politik mit Visionen. Wir werden auch weiterhin daran arbeiten, die bestehende ungleiche Verteilung von Erwerbsarbeit, Einkommen und gesellschaftlichen wie politischen Einfluss zu überwinden.

Auch in den Familien müssen beide Geschlechter die Möglichkeit zur Beteiligung haben. Männer wollen und müssen sich an der Familienarbeit beteiligen, wenn Frauen die Teilhabe am Erwerbsleben ernsthaft ermöglicht und die Aufspaltung des Lebens in Erwerbsarbeit und Privatleben überwunden werden soll. Den Familien diese Möglichkeiten zu eröffnen, ist auch Aufgabe von Kommunalpolitik: Durch familiengerechte Arbeitszeitstrukturen, durch den weiteren Ausbau von Kinderbetreuungsmöglichkeiten, durch gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

In diesem Zusammenhang unterstützen wir die Initiativen rund um den Girl's Day. Die Marburger SPD engagiert sich im besonderen Maße für die Arbeit und Projekte der Vereine, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, junge Frauen zu qualifizieren und den Müttern den Wiedereinstieg ins Berufsleben zu ermöglichen. Aufgrund der Kürzungen des Landes Hessen im Sozialbereich ist die Förderung der Frauen in diesem Bereich massiv bedroht. Die Marburger SPD steuert dem nach Kräften weiterhin entgegen.

Echte Gleichberechtigung bedeutet für uns außerdem, auch Jungen und Männer für Berufe zu interessieren, die traditionellerweise Frauen vorbehalten sind, und damit geschlechtsspezifische Rollenmuster aufzubrechen. Deshalb wird der Girl's Day seit einigen Jahren um einen Boy's Day ergänzt.

In den letzten Jahren hat Marburg ein qualitativ hochwertiges Angebot an bedarfsgerechten und flexiblen Kinderbetreuungsmöglichkeiten in Form von Krippen, Ganztagskindergärten und -schulen geschaffen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern. Unter der rot-grünen Koalition wurde der gesetzliche Anspruch auf einen Kindergartenplatz verwirklicht. Wir haben darüber hinaus Betreuungsobjekte für Kinder unter drei Jahren und für über sechsjährige Kinder ausgebaut. Projekte wie Tagesmütterbörse und Kinder in der Tagespflege (KIT) werden wir weiterhin unterstützen.

Die Marburger SPD unterstützt Initiativen, die sich für Gewaltprävention auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens einsetzen und garantiert Beratungs- und Hilfsangebote für Gewaltopfer. So hat die SPD-Fraktion die Bildung des Arbeitskreises "Keine Gewalt gegen Frauen und Kinder" mit durchgesetzt.

Wir unterstützen die durch die Mittelkürzung des Landes massiv bedrohte Arbeit des Frauenhauses. Jede weitere Reduzierung von Landesmitteln ist inakzeptabel.

Neben diesen Erfolgen der SPD in den sozialpolitischen Bereichen der Frauenpolitik hat sich von vielen nahezu unbemerkt Spitzensport von Frauen in Marburg etabliert. Die sportlichen Leistungen in der Basketball-Bundesliga finden ebenso noch nicht die gebührende Beachtung wie die Tatsache, dass die Rhönrad-Sportlerinnen des TSV Marburg-Ockershausen in den vergangenen Jahren mehrere Deutsche Meisterschaften und Weltmeisterschaften gewonnen haben. Weitere Beispiele ließen sich ergänzen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten freuen uns über die Erfolge von Frauen und setzen uns umso mehr für eine geschlechtergerechte Sportförderung ein.

Arbeit familien- gerecht gestalten

Girl's Day

Boy's Day

Betreuung ausbauen

Mehr Frauen im Sport!

Da wollen wir hin:

- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – Abbau von Lohndifferenzen zwischen Männern und Frauen
- Abbau von Altersarmut von Frauen, verbesserte Altersvorsorge
- Bessere Bedingungen für Alleinerziehende
- Beteiligung von Frauen in allen Berufsfeldern
- Förderung von Teilzeitarbeit und Flexibilität in der Arbeitswelt, damit Arbeitsstrukturen familienfreundlicher werden
- Geschlechterparität in den Führungspositionen der Verwaltung der Universitätsstadt Marburg, im Magistrat und bei den städtischen Beteiligungen

Gender Mainstreaming ist ein wesentliches Instrument, die Ziele von Geschlechtergerechtigkeit, Gleichberechtigung und Chancengleichheit für Männer und Frauen durchzusetzen. Gender Mainstreaming meint die Beachtung von geschlechtsspezifischen Bedingungen in der Arbeitswelt oder im sozialen und kulturellen Leben mit dem Ziel, eine gleiche Beteiligung herzustellen, das heißt weiterhin vor allem: Benachteiligungen von Frauen abzubauen. Gender Mainstreaming ist eine Querschnittsaufgabe, die in allen Bereichen verwirklicht werden muss. Dafür setzt sich die Marburger SPD ein.

WIRTSCHAFT

Die wirtschaftliche Entwicklung in Marburg war in den letzten Jahren von einer herausragenden positiven Dynamik geprägt. Die Standorte der Behring-Nachfolgefirmer in der Marbach und am Görzhäuser Hof machen dies eindrucksvoll sichtbar. Die Ansiedlung der DVAG-Hauptverwaltung mit bundesweitem Schulungszentrum entsteht dieser Zeit in der Marburger Nordstadt. Die Gewerbeflächen am Afföller und in Cappel werden gut angenommen und auch an anderen Standorten vergrößern sich die Unternehmen. Auch im Dienstleistungsbereich ist ein Aufwärtstrend sichtbar. Und nicht zuletzt ist mit dieser Entwicklung die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse in Marburg in den vergangenen Jahren gestiegen: von 33.743 im Jahr auf 1999 auf 37.945 im Jahr 2009. Das ist eine Steigerung von 12,5 %.

Dass dies so ist, dafür haben die SPD und Oberbürgermeister Egon Vaupel die erforderlichen Rahmenbedingungen geschaffen. Die gute Struktur und Stärke der heimischen Wirtschaft war wesentlich dafür verantwortlich, dass Marburg von den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise weitaus weniger betroffen war als andere Kommunen.

Die Universitätsstadt Marburg ist das einwohnerstärkste Oberzentrum Mittelhessens. Wir werden den Wirtschaftsstandort weiter stärken und die Rahmenbedingungen schaffen, damit bestehende Arbeitsplätze gesichert und neue entstehen können. Dabei gilt unser besonderes Augenmerk dem Standort der Behring-Nachfolgefirmer und der Philipps-Universität sowie dem Klinikum.

Die Universität ist nicht nur wichtiger Arbeitgeber, sondern in zahlreichen Wissenschaften führend. Insbesondere in den so genannten Life Sciences (Biologie, Biochemie, Pharmazie, Gesundheit) ist Marburg Spitze. Durch die Ansiedlung des Fachs Hygienetechnik der neuen Hochschule Mittelhessen (früher: Fachhochschule Gießen-Friedberg) in Marburg erhoffen wir uns weitere Impulse für einen weiteren, wachsenden Wirtschaftszweig. Hier entstehen auch in Zukunft qualifizierte Arbeitsplätze.

Frauen und Gleichstellung: Unsere Ziele

Dynamische Entwicklung

Qualifizierte neue Arbeitsplätze

Dabei werden wir die kleinen und mittelständischen Wirtschaftsbetriebe nicht aus dem Blick verlieren. Produzierendes Gewerbe, Handwerk und Dienstleistungen mit zum Teil langer Tradition und engen Verflechtungen in den heimischen Raum gehören für einen gesunden Mix der in Marburg vertretenen Branchen und Betriebsgrößen dazu. Wir übersehen nicht, dass gerade hier viele neue Existenzgründungen erfolgen, die für die wirtschaftliche Zukunft der Stadt von großer Bedeutung sind.

Da wollen wir hin:

- Weiterer Ausbau des Pharmastandorts Marburg durch die Fortführung der zielgerichteten Entwicklungsplanung, insbesondere für den Görzhäuser Hof
- Unterstützung der mittelständischen Unternehmen, von Handwerk und Dienstleistungen
- Ausbau der Beratung und Begleitung von Existenzgründungen und Bereitstellung preiswerter Räumlichkeiten für die Start-Up-Phase, z. B. in den Gründerzentren
- Einrichtung einer lokalen Praktikumsbörse mit dem Ziel, jungen Menschen die vielfältigen beruflichen Möglichkeiten in der Region vertraut zu machen und eine bessere berufliche Orientierung für Schüler und Studierende zu ermöglichen
- Innovationspreis für Existenzgründungen
- Enge Verzahnung von Universität und heimischer Wirtschaft durch unsere Unterstützung des Wissenstransfers und der Einrichtung zukunftsweisender neuer Studiengänge
- Unterstützung beim weiteren Ausbau der Bio- und Nanotechnologie als Zukunftstechnologien mit großen innovativen Potenzialen

Städte sind schon immer Zentren des Handels. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass der Marburger Einzelhandel im Wettbewerb der Zentren konkurrenzfähig bleibt. Dafür hat die auf unsere Initiative erstellte Einzelhandelsstudie Marburg wichtige Ziele und Maßnahmen benannt und auch Bedarfe festgestellt, die derzeit nicht ausreichend befriedigt werden können, etwa im Bekleidungsbereich. Das Einzelhandelsangebot der Marburger Innenstadt ist durch ein kleines Einkaufszentrum (ehem. Allianzhaus) für mittelgroße Anbieter zu stärken, ohne dass ungünstige Sogeffekte auf die Marburger Oberstadt entstehen. Deshalb muss eine Begrenzung der Ladenflächen nach unten gelten. Die gesamte Verkaufsfläche soll auf 12.000 Quadratmeter beschränkt bleiben.

Die sensible Struktur und das eigene Ambiente der Marburger Oberstadt verdienen auch künftig unseren besonderen Schutz. Ladenleerstände müssen auch künftig möglichst gering gehalten werden. Die Handels- und Dienstleistungsstruktur der Nordstadt, insbesondere der Bahnhofstraße und der Elisabethstraße, ist auf gutem Wege und wird mit uns durch die Campuserweiterung forciert und so zusätzliche Impulse erhalten.

Gegenüber der Stärkung der Einzelhandelsentwicklung in der Innenstadt hat die "Grüne Wiese" zurückzutreten. Die bestehenden bauplanungsrechtlichen Instrumentarien zur Steuerung der Sortimentsstruktur im großflächigen Einzelhandel der Außenbereiche haben sich bewährt. Für die Versorgung der Marburger Außenstadtteile mit Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs soll die bestehende Ladenstruktur ebenso erhalten werden wie im Kernstadtrandbereich.

Die Verlagerung von Kundenströmen hat im Biegenviertel und in Weidenhausen zu Rückgängen und Schließungen im Einzelhandel geführt. Für das Biegenviertel gilt es, die Chancen zu nutzen, die sich durch den Uni-Campus ergeben, um das Angebot an Dienstleistungen

**Wirtschaft in
Marburg:
Unsere Ziele**

**Einkaufsstandort
Marburg**

Starke Innenstadt

**Biegenviertel und
Weidenhausen**

gen zu erhalten. Für Weidenhausen muss gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern sowie den ansässigen Gewerbetreibenden nach zukunftsfähigen Perspektiven gesucht werden, die dem Stadtteil eine neue Attraktivität ermöglichen.

Da wollen wir hin:

- Erhalt der Einzelhandelsstruktur in der Marburger Oberstadt und Vermeidung von Leerständen
- Ergänzendes Einkaufszentrum im so genannten Allianzhaus, das die festgestellten Bedarfe für das Oberzentrum Marburg abdeckt und durch seinen Zuschnitt der Ladenflächen keine Konkurrenz zum bestehenden Einzelhandel darstellt
- Erhalt der Handels- und Dienstleistungsfunktionen im Biegenviertel und weitere Aufwertung des Umfelds
- Erhalt der Einzelhandelsstrukturen zur Versorgung mit Waren und Dienstleistungen in den Stadtteilen, insbesondere in Wehrda, Cappel und auf dem Richtsberg.
- Gute Nahversorgung in den Außenstadtteilen
- Initiierung eines Entwicklungskonzepts für den Stadtteil Weidenhausen
- Stärkung der Wochenmärkte, insbesondere auf dem Marktplatz und an der Elisabethkirche, und Weiterentwicklung der jahreszeitlichen Märkte und Einzelaktionen
- Keine zusätzliche Konkurrenz des innerstädtischen Einzelhandels durch die "Grüne Wiese"

Kommunale Wirtschaftspolitik macht an den Stadtgrenzen nicht Halt.

Die Möglichkeiten zur Vermarktung lokaler und regionaler Produkte müssen noch besser ausgeschöpft werden. Die Oberhessenschau als größte Regionalschau zwischen Frankfurt und Kassel hat großzügige Erweiterungsflächen erhalten und bleibt das besondere regionale Schaufenster des Oberzentrums Marburg. Auf der Tagesordnung stehen aber nicht nur Leistungsschauen der regionalen Wirtschaft, sondern auch die intensiviertere Zusammenarbeit mit dem Marburger Umland, etwa zur gemeinsamen Bereitstellung und Vermarktung von Gewerbeflächen. Der interkommunale Zusammenschluss "Marburg Plus" hat erste Grundsteine gelegt und muss weiter vorangebracht werden. Für Marburg gilt: Die Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft schafft Arbeitsplätze und Kaufkraft auch für Marburg. Zu den guten Rahmenbedingungen für die weitere positive wirtschaftliche Entwicklung gehörten auch die so genannten weichen Standortfaktoren. Neben einer lebenswerten und gesunden Umwelt, einem breiten kulturellen Angebot und guten Bildungseinrichtungen, einem leistungsfähigen Gesundheitswesen und Wohnmöglichkeiten in allen Preissegmenten werden wir kontinuierlich daran arbeiten, dass sich die infrastrukturellen Rahmenbedingungen für die heimische Wirtschaft auch durch gute Verkehrsanbindungen auf Schiene und Straße weiter verbessern.

Für ein fundiertes Stadtmarketing haben wir die Erstellung eines Gesamtkonzeptes initiiert, das in enger Zusammenarbeit mit der Marburger Wirtschaft, insbesondere dem Einzelhandel und der Tourismuswirtschaft, erarbeitet wird und Grundlage für eine attraktive Innen- und Außendarstellung unserer Stadt sein wird: ein Aspekt, der für das Oberzentrum Marburg in einem Europa der Regionen immer bedeutender werden wird.

**Einzelhandels-
standort:
Unsere Ziele**

**Interkommunale
Zusammenarbeit**

Stadtmarketing

ARBEIT

Der Mensch steht im Mittelpunkt allen Handelns von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. "Arbeit" ist elementarer Bestandteil im Leben eines Menschen. Sie kann vielfältige Formen haben. Erwerbsarbeit ist in unserer Gesellschaft die Voraussetzung für selbstbestimmtes Handeln, für Unabhängigkeit, für sozialen Aufstieg. Zugleich müssen wir feststellen, dass sich die Strukturen im Erwerbsleben seit einigen Jahren teilweise dramatisch verändern. Das lebenslange so genannte Normalarbeitsverhältnis in einem Betrieb von der Ausbildung bis zur Rente wird immer seltener. Viele Beschäftigte haben in den letzten Jahren Lohnabschläge zur Sicherung ihrer Betriebe hinnehmen müssen. Befristete Arbeitsverträge, Leiharbeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse haben zugenommen. Für eine Universitätsstadt wie Marburg nicht zu vernachlässigen ist die zunehmende Projektorientierung von Beschäftigung. Studien zeigen, dass solche Arbeitssituationen zwar Freiräume eröffnen, zugleich aber zusätzlichen Druck erzeugen und krank machen – ebenso wie prekäre Beschäftigungssituationen mit immer wieder ungewisser Zukunft. Die SPD steht deshalb an der Seite der Gewerkschaften, wenn es darum geht, gerechten Lohn und gute Arbeit einzufordern. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, unabhängig vom Geschlecht, muss eine Selbstverständlichkeit sein. Die SPD setzt sich für verpflichtende Mindestlöhne und für Tariftreue der Unternehmen ein, um Armut trotz Arbeit zu verhindern.

Arbeitslosigkeit ist eine Bedrohung für soziale Absicherung und für das Selbstwertgefühl der Menschen. Dies umso mehr, wenn nach der Schule keine Ausbildung begonnen werden kann. Langzeitarbeitslosigkeit macht den Wiedereinstieg in einen Beruf immer schwieriger. Arbeitslosigkeit mit ihren Folgen geht gegen die Würde der Menschen.

Deshalb sind die Vermeidung und der Abbau von Arbeitslosigkeit seit jeher eines der wichtigsten Ziele der Sozialdemokratie.

Die Marburger SPD setzt sich für alle Möglichkeiten ein, die uns in der Kommune gegeben sind, um gute Arbeit zu schaffen. Die städtischen Gesellschaften haben in den letzten Jahren hunderte neue Arbeitsplätze besetzt, auch für gering Qualifizierte. Die Stadt Marburg bildet aus. Beschäftigungsförderung, Ausbildungsverbünde und Übergangshilfen in den Beruf werden von uns unterstützt. Diese Politik wollen wir fortsetzen.

Ausbildung

Qualifizierte Schulbildung und berufliche Ausbildung sind das beste Mittel, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden.

Inzwischen haben erwerbsfähige, hilfebedürftige Jugendliche unter 25 Jahren einen Rechtsanspruch auf einen Ausbildungsplatz, eine Arbeitsstelle oder eine berufsvorbereitende Maßnahme. Um diesem Anspruch gerecht zu werden und um die Potenziale junger Menschen zu fördern, werden wir auch weiterhin auf kommunaler Ebene unseren Beitrag dazu leisten, dass Jugendliche in Arbeit und Ausbildung gebracht werden. Dies geschieht zum einen durch hohe Ausbildungsquoten bei der Stadt und den kommunalen Gesellschaften selbst. Zum anderen muss bei der Vergabe öffentlicher Aufträge berücksichtigt werden, ob ein Betrieb seiner Ausbildungsverpflichtung nachkommt, weil die berufliche Bildung auch und gerade in der Verantwortung der Wirtschaft liegt.

In Marburg haben wir ein hohes Niveau bei überbetrieblicher Ausbildung und bei Aus- und Weiterbildung über Beschäftigungsgesellschaften. Diese Förderung wollen wir weiter fortführen. Die pädagogische Begleitung, die dort geleistet wird, ist manchmal notwendig, um

Bedeutung der Arbeit

Kampf gegen Arbeitslosigkeit

Verantwortung für Ausbildung

Ausbildungs- förderung

Menschen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Auch in diesem Bereich der Beschäftigungsförderung müssen wir immer wieder neue Konzepte voranbringen, etwa bezüglich einer verstärkten Kooperation mit Betrieben.

Darüber hinaus gibt es in Marburg vielversprechende Ansätze einer betriebsübergreifenden Ausbildung, in der junge Menschen ihre Ausbildung in mehreren kleineren Betrieben absolvieren, die alleine nicht in der Lage wären, einen Ausbildungsplatz anzubieten. Auch diese Konzepte verdienen die Unterstützung und Verstärkung.

Bei schulischen Ausbildungsgängen haben wir in Marburg Maßstäbe gesetzt. Neue Angebote in zukunftsfähigen Berufsfeldern wie der Informationstechnologie sind entstanden. Berufliche Bildung in den Schulen ist nicht nur gut für junge Menschen, sondern auch für die Wirtschaft. Jungen Menschen werden Perspektiven eröffnet, Betrieben wird bei ihren Bedarfen nach qualifizierten Arbeitskräften geholfen.

Der Übergang von der Schule in den Beruf gestaltet sich für viele Jugendliche schwierig. In Marburg haben wir verschiedene Unterstützungsangebote etabliert. Die Stadt Marburg ist Teil des Regionalen Übergangsmagements Marburg-Biedenkopf, das eine enge Zusammenarbeit von Schulen und Betrieben bei der Berufsorientierung organisiert und hier beispielsweise auch Qualitätsstandards für Praktika festlegt. Wichtiger Partner ist die Kompetenzagentur, die ebenfalls für den gesamten Landkreis mit Beteiligung der Stadt Marburg arbeitet. Die Kompetenzagentur hilft vor allem bei Problemen, etwa Schulverweigerung oder Konflikten am Ausbildungsplatz. Darüber hinaus fördern wir weitere Maßnahmen, die über EU- oder Bundesprogramme auch in Marburg durchgeführt werden. Das gemeinsame Ziel ist die Stärkung der Selbstkompetenz, Orientierung beim Übergang von Schule in den Beruf, Vermeidung von Konflikten, von Schul- oder Ausbildungsabbrüchen. Auch beim Übergang von Schule und Beruf gilt: Niemand darf verloren gehen. Jede und jeder muss eine Chance bekommen.

Beschäftigungsförderung

Beschäftigungsförderungsgesellschaften galten ursprünglich als Instrument, das in einer bestimmten Situation auf dem (lokalen) Arbeitsmarkt Hilfestellungen bei drohender oder eingetretener Arbeitslosigkeit geben sollte, etwa um sozialen Absturz oder psychische Notlagen zu vermindern und eine Aus- und Weiterbildung für den Neuerwerb bisher berufsfremder Qualifikationen zu ermöglichen.

Nicht zuletzt angesichts dauerhaft bestehender Langzeitarbeitslosigkeit zeigt sich, dass wir diese lokal agierenden Institutionen auch weiterhin brauchen, um möglichst vielen Menschen eine Chance auf ihr Recht auf Arbeit zu geben und "Hartz-IV-Karrieren" zu durchbrechen.

Für die Marburger SPD ist ganz klar: 1-Euro-Jobs dürfen reguläre Arbeitsplätze nicht ersetzen. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass bei der Stadt Marburg und den städtischen Gesellschaften 1-Euro-Jobs nach anfänglichen Überlegungen so gut wie nicht eingerichtet wurden, weil sich keine passenden Anforderungsprofile für einzelne Beschäftigungsbereiche ergaben. Im normalen ersten Arbeitsmarkt ist die oftmals notwendige sozialpädagogische Betreuung auch nicht zu gewährleisten.

Trotzdem müssen wir auf kommunaler Ebene für eine aktive lokale Beschäftigungspolitik alle arbeitsmarktpolitischen Instrumente nutzen können. Qualifizierte, betreute Arbeitsgelegenheiten gehören dazu. Unter dem Eindruck von Kürzungen und stetigen Veränderungen der Arbeitsförderung durch die Bundesregierung und die Agentur für Arbeit müssen

Übergang Schule-Beruf verbessern

Notwendigkeit der Hilfe

Aktive kommunale Beschäftigungspolitik

wir die Möglichkeiten nutzen, die verbleiben, um Menschen gleich welcher Arbeitsbiographie den Wiedereinstieg in das Berufsleben zu ermöglichen. Wir wissen nämlich auch, dass die Folgekosten aufgrund gescheiterter Erwerbsbiografien mit all ihren sozialen und familiären Problemen teurer sind als einzelne Maßnahmen der Beschäftigungsförderung.

Vergessen wir dabei nicht: Viele Angebote (Dorfläden, Frühstücksmobil, Recycling, zusätzliche Stadtreinigung, Dienstleitungen), die uns lieb geworden sind, können nur über Beschäftigungsgesellschaften realisiert werden, weil sie sich sonst wirtschaftlich nicht darstellen ließen.

Die Marburger SPD will in der kommenden Legislaturperiode mit allen Akteuren lokaler Beschäftigungspolitik die Wirksamkeit bestehender Instrumente diskutieren und nach Möglichkeit neue Formen lokaler Beschäftigungsförderung entwickeln. Dabei ist uns die Mitwirkung der Gewerkschaften unabdinglich.

Arbeiten in Marburg

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind froh darüber, dass trotz der Notwendigkeit aktiver Ausbildungs- und Beschäftigungsförderung die Mehrheit der Menschen in der Stadt ohne fremde Hilfe einen Ausbildungsplatz findet und jeden Tag einer gesicherten Arbeit nachgehen kann. Viele müssen dabei lange Anfahrtswege in Kauf nehmen, oftmals bis ins Rhein-Main-Gebiet. Dadurch ergeben sich hohe Belastungen, sei es für die Familie oder für ehrenamtliches Engagement und Freizeitaktivitäten. Deshalb ist es uns in der Marburger SPD wichtig, durch geeignete Rahmenbedingungen alles dafür zu tun, dass Arbeitsplätze in Marburg entstehen.

Dass dies möglich ist, zeigt die Vergangenheit: Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse ist von knapp 33.743 im Jahr 1999 auf 37.945 im Jahr 2009 gestiegen. Angesichts der Wirtschaftsstruktur sind dies überwiegend qualifizierte Arbeitsplätze.

Die große Herausforderung der Zukunft liegt in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dies umso mehr, je stärker sich Arbeitszeitstrukturen flexibilisieren. Deshalb hat sich die Marburger SPD seit Jahren dafür stark gemacht, dass Kinderbetreuungsangebote im Vorschulbereich, in der Grundschule und am Arbeitsplatz ausgebaut werden. Unter Führung der rot-grünen Koalition sind die Betreuungsmöglichkeiten in der letzten Wahlperiode seit 2006 massiv ausgeweitet worden. Die Nachfrage zeigt, dass dieser Weg richtig ist. Dass Marburg im Bereich der Betreuung hessenweit einen Spitzenplatz einnimmt, spornt uns an, in den Anstrengungen nicht nachzulassen. Wir wollen – über die gesetzlichen Vorgaben hinaus – eine durchgehende Kinderbetreuung bis zum Ende der 6. Klassenstufe ermöglichen. Das gelingt nicht allein über städtische, kirchliche oder freie Einrichtungen. Auch betriebliche Anstrengungen sind notwendig – und machbar, wie das Beispiel des Betriebskindergartens "Froschkönig" in der Marbach zeigt. Auch auf den Lahnbergen wird in Kürze ein Kindergarten eingeweiht. Einer arbeitsplatznahen Kinderbetreuung gilt in Zukunft unser besonderes Augenmerk.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann aber nicht bedeuten, dass wir eine Rund-um-die-Uhr-Betreuung für die Kinder organisieren und finanzieren, auf deren Rücken sich die Arbeitszeitstrukturen für die Beschäftigten immer weiter von familiären Bedürfnissen wegentwickeln können – weil ja doch die Versorgung der Kinder gewährleistet sei. Die Marburger SPD will deshalb einen breiten Diskussionsprozess in Gang setzen, an dessen Ende gangbare Möglichkeiten familienfreundlicher Betriebe stehen, die von den Unternehmen

Mehr Arbeitsplätze in Marburg

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Familienfreundliche Arbeitsplätze

und der öffentlichen Verwaltung vor Ort umgesetzt werden können. Wir wissen, dass auf gewerkschaftlicher und betrieblicher Ebene Konzepte in diese Richtung entwickelt werden und wollen diese einbeziehen. Kinder brauchen verlässliche, wiederkehrende Strukturen, in denen sie mit ihren Eltern zusammen sind. Kinder brauchen die Zuwendung der Eltern im Krankheitsfall und in Notsituationen. Betriebliche Arbeitsorganisation muss für solche Bedürfnisse von Familien und Kindern offen sein. Dafür wollen wir arbeiten.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind der Auffassung, dass die öffentliche Hand in Bezug auf seine Beschäftigten immer mit gutem Beispiel vorangehen muss. Die Stadt Marburg ist als familienfreundlicher Betrieb zertifiziert. Das ist ein gutes Zeichen. Wir müssen weiter vorangehen, in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Sinne eines familienfreundlichen Arbeitgebers beispielgebend zu sein.

Die Stadt und ihre Gesellschaften haben auch eine Verantwortung dafür, dass Arbeitsplätze angeboten werden, für die geringere Qualifikationen notwendig sind. Auch deshalb übrigens dürfen wir den DBM nicht aus der Hand geben.

Dass in der Stadt Marburg und in den städtischen Gesellschaften Tariflöhne gezahlt werden, ist für die Marburger SPD selbstverständlich. Wir setzen uns ganz klar dafür ein, dass bei der Vergabe städtischer Aufträge nur solche Unternehmen Berücksichtigung finden, die ihren Beschäftigten die tariflich geltenden Löhne zahlen. Wenn die Stadt Marburg in den laufenden Unterhalt von Gebäuden, Straßen und Einrichtungen sowie für Neuinvestitionen Millionen Euro von Steuergeldern an die heimische Wirtschaft zurückgibt, ist es das gute Recht der Beschäftigten, dass sie einen gerechten Anteil daran haben und nicht unter dem Diktat der billigsten Auftragsvergabe leiden.

Arbeit in Marburg war schon immer auf die drei großen Arbeitgeber konzentriert: Öffentliche Hand (Stadt Marburg, Landkreis, Land Hessen), Philipps-Universität mit Klinikum und Behringwerke bzw. deren Nachfolgeunternehmen. Auch viele der kleinen Unternehmen sind von diesen dreien abhängig – bis hin zum Einzelhandel, wie die Entwicklung in der Bahnhofstraße zeigt. Der Wegfall der Bundeswehr vor etlichen Jahren konnte erfolgreich kompensiert werden. Wir sagen aber ganz klar: Das Land Hessen muss sich seiner struktur- und beschäftigungspolitischen Verantwortung für das Oberzentrum Marburg bewusst bleiben. Der Abzug von Ämtern und Behörden bedeutet auch den Verlust bzw. die Verlagerung von Arbeitsplätzen. Mittelkürzungen zu Lasten der Universität bedeuten den Verlust von Arbeitsplätzen. Dagegen wehren wir uns mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln!

Da wollen wir hin:

- Mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in Marburg
- Kein Abbau von Arbeitsplätzen oder gar Standorten in den Landesbehörden, die in Marburg ansässig sind.
- Fortführung bei der Ausbildungsförderung: Qualifizierte, begleitende Kurse und Entwicklung neuer Angebote, damit alle Jugendlichen eine Chance bekommen
- Qualifiziertes Übergangsmangement Schule-Beruf und finanzielle Absicherung der Unterstützungsleistungen der Jugendkonfliktthilfe – Kompetenzagentur
- Innovative berufliche Bildung: Einführung neuer schulischer Ausbildungen, Erprobung neuer Formen der überbetrieblichen, geförderten Ausbildung
- Fortsetzung und Weiterentwicklung der Instrumente lokaler Beschäftigungspolitik unter Einbeziehung aller Akteure

Verantwortung der Stadt wahr- nehmen

Tariflöhne und Tarifbindung

Benachteiligung durch Landesent- scheidungen verhindern

Arbeitsplätze in Marburg: Unsere Ziele

- Soziale Verantwortung bei der städtischen Auftragsvergabe: Nur Betriebe, die nach tariflichen Löhnen bezahlen, und Betriebe, die ausbilden – sofern sie die Möglichkeiten haben –, sollen von städtischen Aufträgen profitieren.
- Ausbau der Kinderbetreuung als wichtigem Baustein der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Familienfreundlichkeit der Arbeitgeber: Entwicklung von Arbeitszeitmodellen, die eine Anpassung der Notwendigkeiten der Arbeitszeitgestaltung an die Interessen und Bedürfnisse der Familien ermöglichen.

Marburg ist nicht nur Wohnort, sondern für viele tausend Menschen auch Ort des eigenen Arbeitsplatzes und der Ausbildung, Ort des beruflichen Aufstiegs, Ort der Entwicklung beruflicher Perspektiven. Wir wollen alle unterstützen, die hier ihre Aufgabe sehen. Wir wollen gute Arbeit bei gerechten Löhnen auch in Marburg. Jedem, der dies auch so sieht, bieten wir unsere Hand.

UNIVERSITÄT UND WISSENSCHAFTSSTANDORT

Marburg ist ohne die Philipps-Universität und ohne das Universitätsklinikum nicht denkbar. Über 20.000 junge Menschen studieren an der Universität. Am Klinikum arbeiten rund 5.000 Menschen, an der Philipps-Universität knapp 4.000.

Die Beziehungen zwischen Stadt und Universität gestalten sich auf drei Ebenen:

- Verantwortung für die Studierenden und Beschäftigte
- Räumliche und inhaltliche Entwicklung der Universität
- Kooperationen der Universität (Wissenstransfer, Existenzgründungen)

Verantwortung für die Universität, die Beschäftigten und Studierenden

Auch wenn Stadt und Universität aufs engste miteinander verwoben sind, obliegt die Hauptverantwortung für die Entwicklung der Philipps-Universität beim Land Hessen. Weil für die SPD Bildung für Menschen gleich welcher Herkunft und gleich welchen sozialen Status ein Grundanliegen ist, sind wir sehr froh darüber, dass es 2009 gelungen ist, die Studiengebühren an hessischen Universitäten abzuschaffen. Umso mehr ist es ein Skandal, dass die CDU-FDP-Landesregierung die Planungssicherheit der Universitäten aufgibt, so dass allein in Marburg jährlich drei Millionen Euro zusätzlich gespart werden müssen – und das vor der Situation, dass die Philipps-Universität durch ihre zahlreichen, verteilten Standorte mit teilweise historischen Gebäuden besonders hohe Baulasten und Energiekosten zu tragen hat. Die SPD verurteilt die geplanten Kürzungen und die damit verbundene ange-dachte Umschichtung von Lehrsondermitteln – der Ersatz der Studiengebühren für die Universitäten, durch den Verbesserungen in der Lehre finanziert werden sollten – in den regulären Etat. Auch Personaleinsparungen finden unsere deutliche Kritik. Die Konsequenz ist eine höhere Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Verschlechterung der Studienbedingungen, das heißt die Minderung in der Qualität der universitären Ausbildung.

**Universität
ausreichend
finanzieren**

Wir verurteilen ebenso die Mittelkürzungen, die zu Einschränkungen in der Benutzbarkeit des Neuen Botanischen Gartens auf den Lahnbergen, zur Nichtbesetzung von Stellen und zur Vernichtung seltener Pflanzen geführt haben. Das Beispiel zeigt, dass die Stadt Marburg die Fehlleistungen des Landes Hessen nicht kompensieren kann. Trotzdem haben wir im Jahr 2010 versucht, mit einem zusätzlichen Betrag von 20.000 Euro den Erhalt des Botanischen Gartens zu sichern. Wir appellieren an alle, sich für den dauerhaften Erhalt dieser viel genutzten und beliebten Einrichtung einzusetzen.

Darüber hinaus erleben wir eine Bevorzugung der südhessischen Universitäten durch die Landesregierung. Wir sind für den Wettbewerb der Universitätsstandorte, wenn er denn gerecht ausgetragen werden kann. Durch die so genannte erfolgsorientierte Hochschulfinanzierung erleiden Volluniversitäten mit kleinen Fächern und teurer, weil historischer Bausubstanz jedoch strukturelle Nachteile. Die Benachteiligung der mittelhessischen Universitäten muss aufhören!

Die Privatisierung des Universitätsklinikums haben wir trotz breiter Proteste in der Bevölkerung nicht verhindern können. Wie in anderen Kliniken auch erleben wir Arbeitszeitverdichtung und Gehaltskürzungen durch Umschichtungen und Outsourcing. Die weitere Entwicklung des Klinikums werden wir deshalb kritisch begleiten und die SPD-Landtagsfraktion in ihrer Forderung nach Personalmindeststandards zum Wohle der PatientInnen und der Beschäftigten an der Seite der Gewerkschaften unterstützen.

Zur Verantwortung der Stadt gegenüber den Studierenden gehört, dass wir uns für eine hohe Lebensqualität in Marburg einsetzen. Neben kulturellen und sportlichen Angeboten zählt dazu insbesondere bezahlbarer Wohnraum. Auch hier müssen wir feststellen, dass sich das Land Hessen aus der Finanzierung neuer Wohnheime für Studierende weitgehend zurückgezogen hat. Vor dem Hintergrund der doppelten Abiturientenjahrgänge (Verkürzung der gymnasialen Schulzeit), die die Lage auf dem Wohnungsmarkt nochmals verschärfen, ist die Untätigkeit der Landesregierung skandalös: Die Universitätsstädte sind alleine gelassen.

Was wir tun können, tun wir: Über die kommunale Wohnungsbaugesellschaft GeWoBau wollen wir weiterhin günstige Wohnungen für Studierende zur Verfügung stellen. Weil nicht alle Studierende in der Kernstadt wohnen können, setzen wir uns für einen weiteren Ausbau des ÖPNV ein, damit alle bequem zu ihren Instituts- und Vorlesungsstandorten gelangen können.

Universitäts- und Stadtentwicklung

Die Entstehung des neuen Uni-Campus mit Universitätsbibliothek mitten in der Stadt zeigt, wie sehr Stadt und Universität auch im Bereich der Stadtentwicklung miteinander verbunden sind. Die Zukunft des Savigny-Hauses, der Gebäude am Krummbogen (Phil-Fak) und der alten UB sind weitere Themen der kommenden Jahre. Diese Nähe erfordert eine gute Kooperation zwischen allen Beteiligten. Die Zusammenarbeit hat sich in den letzten Jahren schon sehr verbessert und sie hat ihre Tragfähigkeit unter Beweis gestellt. Wir wollen diese Kooperation verstetigen.

Die Wissenschaftslandschaft verändert sich. Geistes- wie Naturwissenschaften erleben eine dynamische Entwicklung mit neuen Forschungsthemen. Friedens- und Konfliktforschung hat sich zu einem Schwerpunkt entwickelt. Im Bereich der so genannten Life-Sciences (v. a. Gesundheit / Medizin, Biologie, Biochemie) sind zahlreiche Forschergruppen und auch Sonderforschungsbereiche angesiedelt. Diese Beispiele könnten um viele weitere ergänzt wer-

Erhalt des Neuen Botanischen Gartens

Personalmindeststandards im Klinikum

Wohnraum für Studierende

Ausbau der Kooperation Stadt – Universität

Stärken weiter fördern

den. Neue Forschungsverbände und interdisziplinäre Zentren tragen zur Profilbildung und Bündelung von Kompetenzen bei. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen, dass sich die Universität nicht auf den Lorbeeren der Vergangenheit ausruhen kann und unterstützen deshalb alle Anstrengungen, damit die Philipps-Universität sowohl in der Forschung als auch in der Lehre attraktiv bleibt und Spitzenpositionen einnimmt. Im Besonderen begrüßen wir die geplante Ansiedlung des Bereichs Hygiene- und Krankenhaustechnik der Hochschule Mittelhessen (ehem. FH Gießen-Friedberg) in Marburg. Diese Ansiedlung passt zu Marburg mit dem Universitätsklinikum und den Firmen der Medizintechnik, wie sie beispielsweise aus den Behringwerken hervorgegangen sind bzw. sich dort angesiedelt haben.

Wissenstransfer stärken

Die Verwobenheit von Stadt und Universität beschränkt sich nicht nur auf die wirtschaftliche Bedeutung, die die Philipps-Universität und das Klinikum für die Stadt und die Region hat. Marburg zeichnet sich durch eine vielfältige Landschaft von Existenzgründungen aus, die ihren Anfang in der Universität genommen haben. Ebenso gibt es in vielen Bereichen eine enge Zusammenarbeit zwischen der heimischen Wirtschaft und der Universität, insbesondere natürlich in den Naturwissenschaften. Über die Universität selbst sind zahlreiche Initiativen des Wissens- und Technologietransfers gegründet worden. Wir wollen eine noch bessere Vernetzung in die regionale Wirtschaft hinein.

Eine Erfolgsgeschichte der Kooperation im Kleinen ist der Marburger Kamerapreis, der im Jahr 2001 gemeinsam auf Initiative der SPD und dem Fachgebiet Medienwissenschaften erstmals vergeben wurde. Aus einer anfangs eher unbeachteten lokalen Veranstaltung wurde in den vergangenen 10 Jahren ein Preis mit bundesweiter Beachtung, der immer mehr Förderer hat und sowohl die wissenschaftliche Beschäftigung mit Film und Kino in Marburg profiliert als auch die Marburger Kino-Landschaft befruchtet.

Das Chemikum Marburg hat schon jetzt große Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Das Experimentallabor zum Mitmachen richtet sich an die gesamte Bevölkerung und will insbesondere das Interesse für die Naturwissenschaften wecken – auch im Hinblick auf eine spätere Studien- oder Berufswahl. Mit dem für 2011 geplanten Bezug eines eigenen Gebäudes in der Bahnhofstraße bekommt das Chemikum die Möglichkeit dauerhafter Öffnungszeiten und stellt sich damit an die Seite des Mathematikums in Gießen, das gezeigt hat, wie durch verständlich aufbereitete, erlebte Wissenschaft eine Brücke zwischen Naturwissenschaft und Alltag geschlagen werden kann. Die SPD wird sich deshalb für die nachhaltige Förderung des Chemikums stark machen.

Wir wollen uns weiterhin dafür einsetzen, dass kommunale Projekte dort, wo es möglich ist und sinnvoll erscheint, über die Universität wissenschaftlich beraten oder begleitet werden. Dies kann in vielfältigen Formen geschehen, um gegenseitige Lernprozesse zu ermöglichen oder die Expertise der Wissenschaft für die Umsetzung von Projekten nutzbar zu machen.

Da wollen wir hin:

- Gesicherte Hochschulfinanzierung für gute Forschung und Lehre und gute Arbeitsbedingungen des nichtakademischen Personals
- Personalmindeststandards für das Gesundheitswesen und damit Verbesserung der Krankenversorgung im Universitätsklinikum wie im Krankenhauswesen insgesamt

**Bessere Vernetzung
Universität –
Wirtschaft – Stadt**

**Attraktion
Chemikum**

**Wissenschafts-
standort Marburg:
Unsere Ziele**

- Guter ÖPNV für Studierende und Universitätsmitarbeiter, vor allem zu den Lahnbergen, und Sicherung des attraktiven Semestertickets
- Preiswerter Wohnraum für Studierende
- Gute Kooperation zwischen Stadt und Universität im Bereich der Universitätsentwicklung – bei Bauvorhaben (Uni-Campus, Areal Krummbogen, Savignyhaus / Allianzhaus in der Universitätsstraße) wie bei der Weiterentwicklung der Kompetenzen der Universität
- Ausbau des Chemikums zu einem attraktiven naturwissenschaftlichen Lernort mit dauerhaften Öffnungszeiten
- Unterstützung der Ansiedlung eines Bereichs Hygienetechnik der Hochschule Mittelhessen zur weiteren Profilierung des Wissenschafts- und Gewerbestandorts
- Stärkung des Wissenstransfers und Förderung der Existenzgründungen aus der Universität heraus und Vernetzung in die heimische Wirtschaft
- Begleitung und Beratung kommunaler Projekte im Kontext von Forschung und Lehre der Universität

Mit seinen Schulen, der Universität und den hoch qualifizierten Arbeitsplätzen ist Marburg eine Bildungs- und Wissenschaftsstadt. Die Marburger SPD will dieses Profil weiter herausstellen und die gegenseitige Vernetzung mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln fördern. Das schafft sowohl nachhaltige Perspektiven für die Wirtschaftsentwicklung als auch für Beschäftigte und junge Menschen, die in der Region eine Arbeitsstelle suchen.

TOURISMUS

Marburg ist eine attraktive Stadt. Deshalb kommen Menschen von außerhalb gerne nach Marburg. Die historischen Gebäude wie Schloss, Alte Universität und Elisabethkirche, die lebendige Oberstadt, die Landschaft um die Stadt und die Lahn mit ihren vielfältigen Ausflugsmöglichkeiten sind Anlässe, nach Marburg zu reisen. Die kulturellen und sportlichen Höhepunkte wie das Elisabethjahr, das Stadtfest 3TM, Großveranstaltungen in Musik und Sport, die in den letzten Jahren stattgefunden haben, tun ein Übriges dazu. Nicht zuletzt führen auch Tagungen und Kongresse Besucherinnen und Besucher nach Marburg.

Als Wirtschaftsfaktor ist der Tourismus in Marburg nicht mehr wegzudenken. Deshalb setzt sich die SPD für den weiteren Ausbau touristischer Angebote ein.

Der Grundstein für den wachsenden Tourismus wurde durch die Altstadtsanierung gelegt, die unter dem sozialdemokratischen Oberbürgermeister Hanno Drechsler begonnen wurde. Elisabethkirche, Schloss und Oberstadt führen jedes Jahr Besucherinnen und Besucher nach Marburg, die sich vom Charme des jung gebliebenen Ambientes anstecken lassen. Doch die Touristen von heute wollen mehr als eine historische Kulisse und Erinnerung. Deshalb muss Tourismusförderung immer wieder neue Wege gehen, um Zielgruppen anzusprechen und Menschen zu motivieren, nach Marburg zu kommen.

Da wollen wir hin:

- Profilierung des Stadtmarketings, das Tradition und Lebendigkeit der Universitätsstadt Marburg miteinander verbindet. Elisabeth, Philipp und Behring symbolisieren Geschichte und Gegenwart, Tradition und Innovation.

**Hohe Attraktivität
für Touristen**

Weiterentwicklung der Tourismusförderung

**Marburg attraktiv
machen: Unsere
Ziele**

- Attraktivierung der Oberstadt, die für Touristen immer wieder neue Überraschungen bietet. Das Brüder-Grimm-Jahr mit seinen Installationen in der Oberstadt hat beispielhaft gezeigt, wie Kunst im öffentlichen Raum neue Entdeckungen ermöglicht.
- Weiterentwicklung der Stadtführungen, wie sie in den letzten Jahren bereits entwickelt wurden, z. B. durch zusätzliche Motiv- und Mottoführungen für bestimmte Zielgruppen und die erfolgreichen Kinderführungen.
- Erprobung neuer Formen von Stadtführungen für einzelne Zielgruppen. Beispiele sind multimediale Sightseeing Guides, die von Touristen selbstständig bedient werden können.
- Entwicklung spezieller Angebote für ältere und in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen
- Weitere Vernetzung von kulturellen und sportlichen Angeboten mit dem Tourismus. Dabei ist darauf zu achten, dass eine attraktive Mischung von wiederkehrenden und traditionellen Veranstaltungen (Elisabethmarkt, 3TM, Stadtmarathon u. a.), den neu eingeführten und erfolgreichen Themenjahren (Elisabethjahr, Marburg an die Lahn) und neuen Angebotsformen entsteht, in der Bewährtes seinen Platz behält und Neues entstehen kann.
- Öffnung für Formen touristischen Reisens wie das Pilgern. Das Elisabethjahr hat gezeigt, dass es eine Renaissance des Pilgerns gibt. Marburg als historischer Pilgerort muss seine Potenziale nutzen. Hierbei setzen wir uns auch für entsprechende Unterkunftsmöglichkeiten (Pilgerherberge) ein.
- Weiterentwicklung des Stadtteils Weidenhausen zu einem Künstler- und Familienviertel, das mit Lahnufer, Northampton-Park, Jugendherberge und AquaMar ein Gegenüber zur Oberstadt bilden kann. Ein Künstlerviertel Weidenhausen stellt für die SPD eine Ergänzung oder mögliche Alternative zum Einzelhandelsstandort in Marburgs ältestem Stadtteil dar, die mit den Anwohnern und Gewerbetreibenden diskutiert und erarbeitet werden muss.
- Erhalt und Verbesserung der touristischen Infrastruktur. Ausschilderungen, Rad- und Wanderwege müssen in gutem Zustand sein, damit sich die Menschen leicht zurecht finden.

Eine wichtige Aufgabe der Zukunft ist die gemeinsame Vermarktung der Universitätsstadt Marburg mit der Region. Die Verbände "Region Marburger Land" und der "Lahntal Tourismus Verband", in denen die Universitätsstadt Marburg Mitglied ist, sind wichtige Instrumente. Wandertourismus zu Fuß, Rad oder auf der Lahn ist ohne die Einbeziehung des Marburger Umlandes nicht denkbar. Umgekehrt profitiert das Umland von attraktiven Angeboten, die bei Ausflügen nach Marburg wahrgenommen werden. Die Anstrengungen zur Zusammenarbeit der Tourismusförderung von Stadt, Kreis und Umlandgemeinden dürfen deshalb nicht nachlassen. Auch der RMV muss mit weiteren Angeboten für die Region Marburg und Marburg-Biedenkopf werben. Die SPD wird sich sowohl in der Stadt Marburg als auch im Landkreis dafür stark machen.

Eine weitere Herausforderung für den Tourismus, die die SPD in Marburg angehen will, ist die Bereitstellung preisgünstiger Unterkünfte. Die SPD unterstützt deshalb die Pläne, die Jugendherberge grundlegend umzubauen und für Familien attraktiv zu machen. Die Marburger Jugendherberge ist schon heute der Ausgangspunkt für Jugendliche, Schulklassen und Familien, die Marburg erkunden wollen. Deshalb hat die Marburger SPD der finanziel-

Marburg in der Region

Preisgünstige Übernachtungen

len Unterstützung des Umbaus aus dem städtischen Haushalt gerne zugestimmt. Darüber hinaus aber müssen Wege gefunden werden, ein niedrigpreisiges Übernachtungsangebot in Marburg zu etablieren, das es Familien ermöglicht, mehr als nur einen Tag in unserer Stadt zu verbringen. Für den immer wichtiger werdenden Kongresstourismus müssen Unterkünfte in allen Preiskategorien bereitstehen.

Die Marburger SPD will, dass Menschen aller Einkommensstufen in unsere Stadt reisen können und anschließend nur Gutes über ihren Besuch berichten.

STADTENTWICKLUNG

Grundsätze unserer Stadtentwicklungspolitik

Stadtentwicklungsplanung ist abgestimmtes Handeln für alle kommunalen Bereiche. Unter sozialdemokratischer Führung wird seit Jahrzehnten eine verantwortungsvolle Stadtentwicklungspolitik für Marburg betrieben. Auch in Zukunft werden wir dafür sorgen, dass sich unsere Stadt durch maßvolle Projekte weiterentwickelt und dabei lebens- und liebenswert bleibt.

Globalisierung, Zunahme kultureller Pluralität, demographischer Wandel und auch die Anforderungen der notwendigen Energiewende stellen zusätzliche Anforderungen an die Marburger Stadtentwicklung und die Infrastrukturplanung. Die Umsetzung und passgenaue Angebotsstrukturen für alle Teile der Bevölkerung und der Wirtschaft werden im sich verschärfenden Wettbewerb der Städte und Regionen immer wichtiger. Deshalb nimmt die Bedeutung der Zusammenarbeit mit dem Umland immer mehr zu. Marburg braucht sein Umland und die Region braucht ihr Oberzentrum Marburg.

Die Sicherung der bestehenden und die Schaffung neuer zukunftsweisender Infrastruktur wird auch weiterhin wesentliche Aufgabe der Marburger Stadtentwicklungsplanung sein. Dabei sind die Zielbereiche Wohnen, Arbeit und Wirtschaft, Bildung und Kultur, Umwelt und Erholung sowie eine bedarfsgerechte soziale Infrastruktur bestmöglich aufeinander abzustimmen. Verkehrliche Beziehungen dürfen keinesfalls Selbstzweck sein, sondern Verkehr soll verschiedene Einrichtungen miteinander verbinden – so bequem wie nötig und so umweltfreundlich wie möglich.

Von überragender Bedeutung für die Marburger Stadtentwicklung ist unverändert die Philipps-Universität einschließlich des Klinikums sowie der international bedeutsame Pharmastandort in Marbach und am Görzhäuser Hof. Auch der Einzelhandel mit seinen Geschäften, das örtliche Handwerk, die vielen teils innovativen Dienstleistungsbetriebe und die hohe Lebensqualität der Stadt mit ihren Schulen und vielfältigen weiteren Bildungseinrichtungen, das kulturelle Leben in all seinen Facetten und das attraktive Stadtbild prägen das Oberzentrum Marburg entscheidend.

Unter sozialdemokratischer Verantwortung wird es auch weiterhin von der allgemeinen Stadtentwicklungsplanung bis hin zum konkreten Bebauungsplan nur zielgerichtete Projekte mit Augenmaß und Fingerspitzengefühl geben. Unternehmen und Handwerk können sich darauf verlassen, dass wir weiterhin alles tun, um die heimische Wirtschaftskraft zu stärken und die Arbeitsplätze zukunftssicher zu machen. Bauliche Entwicklungen und verkehrliche Neuerungen müssen zugleich zum Stadtbild passen und den Stadtcharakter wahren. Das gilt für die Nordstadt mit der Bahnhofstraße ebenso wie für das Umfeld der Elisabethkirche oder den Rudolphsplatz und das Südviertel.

**Passgenaue
Stadtentwicklung**

**Sicherung und
Schaffung von
Infrastruktur**

**Zielgerichtete
Maßnahmen**

Marburg ist das einwohnerstärkste Oberzentrum Mittelhessens und liegt zwischen den Ballungsräumen Frankfurt / Rhein-Main und Kassel. Dieser Lagevorteil muss im regionalen und überregionalen Wettbewerb noch besser zur Geltung gebracht und dadurch verkehrlich auf Schiene (Verbesserung der IC-Anschlüsse) und Straße (vierspuriger Anschluss an das überregionale Straßennetz) umgemünzt werden. Sowohl in regionalen Zusammenschlüssen als auch in überregionalen Gremien werden wir die Interessen unserer Stadt deutlich vertreten und unsere Möglichkeiten nutzen, um auf die Regional- und Landesplanung im Sinne des Oberzentrums Marburg Einfluss zu nehmen.

L(i)ebenswerte Innenstadt

Der besondere Charme und die Attraktivität der Marburger Innenstadt liegt in ihrer Vielfalt: Bewohner und Besucher aller Altersgruppen, Touristen, Studierende, Beschäftigte, Kundinnen und Kunden des Einzelhandels, der Dienstleister oder Gesundheitseinrichtungen – sie alle sind Teil der Marburger Innenstadt. Die Marburger SPD setzt sich dafür ein, dass diese Mischung, die sich über Jahrhunderte hinweg entwickelt hat, weiter besteht und sich weiter entwickelt. Die Innenstadt muss ein attraktiver Ort zum Wohnen, Arbeiten, Verweilen und Leben bleiben. Folgende Eckpunkte sind uns dabei wichtig:

- Erhalt historischer Bausubstanz
- Erhalt der Infrastruktur (Dienstleistungen, Einzelhandel)
- Familien- und Generationenfreundlichkeit
- Gute Mobilität für alle
- Bewahrung einer sozial ausgewogenen Bevölkerungsstruktur

Der von Einheimischen und Gästen als besonders liebenswert empfundene Charakter der Altstadt darf nicht zerstört werden. Für die notwendige Infrastruktur und den Erhalt der Bausubstanz muss gleichermaßen gesorgt werden. Da die Marburger Altstadt vor Jahrhunderten unter ganz anderen Bedingungen gebaut wurde, ist ein vernünftiger Ausgleich der verschiedenen Interessen wichtig. Dies ist auch in Zukunft eine Herausforderung für die Entwicklung unserer Stadt.

Nicht nur die Oberstadt und Weidenhausen mit der Straßenführung und vielen Baudenkmalern aus dem Mittelalter, auch die großen denkmalgeschützten Gesamtanlagen Südviertel und Biegenviertel sind unbedingt schützenswerte Beispiele für die hohe Wohn- und Lebensqualität in Marburg.

Nach dem großen Erfolg der Sanierung in der Oberstadt und in Weidenhausen wird nun die Nordstadt baulich und in ihrer Infrastruktur verbessert. Der neue Campus Firmanei und das neue Verwaltungs- und Schulungszentrum der DVAG werden für die Entwicklung bestimmend sein. Die Marburger SPD unterstützt beide Vorhaben, denn sie bieten große Chancen für die weitere Entwicklung nach dem Abzug der Institute und Kliniken der Universität. Wir haben die Chance, die seit Jahren stagnierende Entwicklung in der Nordstadt zwischen Deutschhausstraße, Wehrdaer Weg und Bahnhof voranzubringen. Nicht nur die bauliche Verbesserung, auch die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Sicherung des Einzelhandels gehören dazu. Zugleich werden wir dafür Sorge tragen, dass die Sozialstruktur in diesem Bereich erhalten bleibt.

Mit dem Ideenwettbewerb für die Neugestaltung des Rudolphsplatzes wird sich das Stadtbild und die Infrastruktur in diesem Bereich wesentlich verbessern. Dazu gehören auch eine würdigere Gestaltung des Geländes der ehemaligen Synagoge und die Sanierung der Wei-

**Verbesserung der
Verkehrs-
anbindung**

**Erhalt der
Bausubstanz**

**Entwicklung
Nordstadt**

denhäuser Brücke mit dem Bau eines zusätzlichen Fußweges auf der nördlichen Brückenseite.

Die Stärkung bzw. Wiederbelegung der Innenstadt war für die Marburger SPD eine der wichtigsten Aufgaben der Stadtentwicklungspolitik in den letzten Jahrzehnten. Daran wird sich auch in der Zukunft nichts ändern.

Marburgs ausgedehnte Einkaufsbereiche vom Bahnhof über Ketzerbach, Oberstadt, Rudolphsplatz zur Universitätsstraße, nach Weidenhausen bis zum Erlenring sind inzwischen besser miteinander verbunden. An der Stärkung des innerstädtischen Einzelhandels gegenüber Einkaufszentren auf der "Grünen Wiese" wird die Marburger SPD auch künftig weiterarbeiten. Die Fußgängerzonen und verkehrsberuhigten Bereiche in der Oberstadt und in Weidenhausen haben sich bewährt und sind zur Selbstverständlichkeit geworden. Der Marktplatz ist wieder zu einem viel besuchten Mittelpunkt unserer Stadt geworden. Aufgaben für die kommende Zeit sehen wir in der besseren Anbindung des Steinwegs an die Fußgängerzone, so dass damit auch die Verbindung zu den Geschäften rund um die Elisabethkirche verbessert wird. Mit der geplanten Erweiterung des Kaufangebotes im Bereich Gutenbergstraße / Universitätsstraße werden Defizite in der Angebotsstruktur des innerstädtischen Einzelhandels behoben und die Konkurrenzfähigkeit mit benachbarten Städten erhöht.

Die Sanierung des Parkhauses am Pilgrimstein und die neuen Parkplätze auf dem Gelände der ehemaligen Brauerei haben den Zugang zu den Geschäften in der Oberstadt noch attraktiver gemacht.

Neben dem Erhalt innerstädtischer Infrastruktur und Einkaufsmöglichkeiten hat die Marburger SPD immer darauf geachtet, dass Wohnen für Familien und für Studenten in der Marburger Innenstadt nicht nur möglich, sondern auch zu sozial ausgewogenen Mieten gewährleistet ist. Der Bebauungsplan für das Südviertel, das Zweckentfremdungsverbot für Wohnraum und eine vernünftige Verkehrsplanung haben dafür gesorgt, dass die Marburgerinnen und Marburger in der Innenstadt nicht nur einkaufen, sondern auch wohnen können.

Das Altenzentrum und der Kindergarten "Auf der Weide" sind feste Bestandteile der sozialen Landschaft in Marburg geworden. In Weidenhausen-Süd ist Wohnen im Grünen mitten in der Stadt möglich.

Der Neubau des Hirsefeldsteges wird die Verbindung der Innenstadt mit den attraktiven Sport- und Freizeitangeboten jenseits der Lahn für Fußgänger und Radfahrer wesentlich verbessern. Auch Personen im Rollstuhl und Familien mit Kinderwagen können sich jetzt problemlos auf der neuen Brücke begegnen.

Wir wollen den innerstädtischen Bereich als Lebens- und Arbeitsort mit hoher Aufenthaltsqualität für alle. Deshalb werden wir auch in Zukunft darauf achten, dass die vorhandenen Grünflächen und der alte Baumbestand geschützt bleiben. Wir wollen, dass die Innenstadt mit ihren Plätzen und Parks ein Ort vielgestaltiger gesellschaftlicher Aktivitäten ist. Politische Veranstaltungen, Feste und Feiern (z. B. 3TM), Märkte (z. B. Elisabethmarkt, Weihnachtsmärkte), kulturelle Höhepunkte (z. B. Nacht der Kunst): Sie alle gehören zu Marburg. Die Marburger SPD wird auch in Zukunft diese Veranstaltungen ebenso unterstützen wie die vielfältigen Feste und Feiern der Stadtteilgemeinden.

Stärkung der Innenstadt

Wohnen für Familien, Studierende und Senioren

Hohe Aufenthalts- qualität

Da wollen wir hin:

- Eine lebendige und attraktive Innenstadt für alle: Bewohner, Besucher, Touristen, Handel und Dienstleister
- Erhalt der Infrastruktur und Einkaufsmöglichkeiten in der Kernstadt
- Erhalt der Wohnqualität mit einer sozial ausgewogenen Struktur bei bezahlbaren Mieten
- Familien- und generationengerechtes Wohnen, Miteinander von Jung und Alt
- Aufwertung des neuen Sanierungsgebiets Nordviertel und Neugestaltung des Rudolphsplatzes
- Optimierung der Wegeverbindungen, besonders für Fußgänger und Radfahrer (z. B. Oberstadt – Steinweg – Elisabethkirche, neuer nördlicher Fußgängerweg bei Sanierung der Weidenhäuser Brücke)

Die Marburger SPD wird sich auch in Zukunft gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt dafür einsetzen, dass die Marburger Innenstadt als l(i)ebenswerter Ort erhalten bleibt.

Stadtbild und Denkmalschutz

Marburg gehört zu den Städten in Deutschland, die nicht nur auf viele schützenswerte Baudenkmäler, sondern auch auf ein weitgehend erhaltenes historisches Stadtbild stolz sein können. In Marburg ist Geschichte lebendig: das Leben und Wirken der Heiligen Elisabeth, das Entstehen und Wachsen der Landgrafschaft Hessen mit dem Schloss als Residenz der Landgrafen, die Gründung der Philipps-Universität als erste protestantische Universität, die wandelvolle Geschichte der Stadt seit dem Mittelalter bis heute – davon zeugen anschaulich Kulturdenkmäler wie die Elisabethkirche mit den Deutschordensgebäuden, das Landgrafenschloss, die Lutherische Pfarrkirche St. Marien, die Kugelkirche, das Rathaus und auch die mittelalterlichen Vorstädte Weidenhausen, Ketzlerbach und Am Grün.

Diesem historischen Erbe fühlt sich die Marburger SPD verpflichtet.

Aufgabe einer verantwortungsvollen Stadtplanung ist es aber zugleich, die Entfaltungsmöglichkeiten der Bewohner auch in den historischen Stadtbereichen zu gewährleisten, denn Stadtentwicklung ist ein dynamischer und schöpferischer Prozess, der die unterschiedlichen sozialen Funktionen einer lebendigen Stadt berücksichtigen muss.

In Marburg arbeiten Magistrat und Denkmalschutzbehörden eng zusammen. Wir unterstützen die kritische und konstruktive Begleitung der Stadtplanung durch Denkmalbeirat und Gestaltungsbeirat, die noch weiter entwickelt werden soll. Lebhaftere Auseinandersetzungen um öffentliche und private Bauvorhaben in den vergangenen Jahren haben gezeigt, wie stark viele Bürgerinnen und Bürger am Erhalt und dem Erscheinungsbild der Stadt Anteil nehmen. Wir sind überzeugt, dass eine rege Bürgerbeteiligung an der Beratung aller für das Stadtbild relevanten Entscheidungen gut für unsere Stadt ist und wollen mit unseren Vorstellungen weiterhin zu diesen gemeinsamen Bemühungen zum Wohle Marburgs beitragen.

In der Kernstadt kann sich die Pflege des Stadtbildes nicht wie andernorts auf Erhalt und Wiederherstellung von Straßenbildern beschränken. Die Bergstadt Marburg hat eine Stadtsilhouette, die erst aus der Sicht des langgestreckten Lahntals und von den Höhen voll zur Geltung kommt. Dies muss bei Baumaßnahmen auch künftig besonders berücksichtigt werden.

Stadtentwicklung: Unsere Ziele

Verpflichtung gegenüber dem historischen Erbe

Wir streben die Aufnahme der Altstadt Marburgs mit Elisabethkirche und Schloss in das UNESCO-Verzeichnis "Zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt" an. Das durch das Mittelalter geprägte Stadtbild und speziell diese beiden Bauwerke sind von internationaler kunsthistorischer Bedeutung.

Besondere Aufmerksamkeit erfordert die für Marburg charakteristische, weiträumige Bebauung des Schlossberges, der auch in Zukunft vor unsensiblen Veränderungen bewahrt bleiben muss. Da die Schönheit unserer Stadt stark von ihrer Einbettung in die umliegende Landschaft geprägt wird, verdienen auch die Lahnberge besonderen Schutz.

Im Rahmen der Altstadtsanierung hat die Stadt Marburg unter sozialdemokratischer Führung bedeutende historische Bauten mit erheblichem Aufwand wiederhergestellt. Unzählige Wohnhäuser und öffentliche Gebäude wurden zu Schmuckstücken des historischen Stadtbildes. Dabei haben wir die Sozialverträglichkeit nie aus den Augen verloren und den sozialen Wohnungsbau in unser Konzept integriert. Dieses Konzept der Stadterneuerung wird nun erfolgreich in der Nordstadt fortgeführt.

Die Neugestaltung vieler Straßen, Gässchen und Treppen in der Oberstadt hat dazu beigetragen, den Eindruck einer alten, aber dennoch lebendigen Stadt zu unterstreichen. Diese Aufgabe muss weitergeführt werden, nicht alle in Frage kommenden Straßen und Gassen in der Oberstadt konnten bisher erneuert werden.

Für die Wettergasse setzen wir uns zudem für einen neuen, besonders rutschhemmenden Belag ein, der wie bereits an anderen Stellen der Oberstadt die erprobten glattgefrästen Streifen für Rollstühle und Kinderwagen enthalten muss.

Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass die seit langem geplante Veröffentlichung der Denkmaltopografie Marburg, Band 1 und 2 endlich umgesetzt wird, damit alle für den Denkmalschutz tätigen und interessierten Bürger eine fundierte Zusammenstellung aller Einzel- und Flächendenkmäler in Marburg zur Verfügung haben.

Die Marburger Sozialdemokraten setzen sich dafür ein, dass die wünschenswerte Energiegewinnung durch Solaranlagen auf Dachflächen in der Marburger Altstadt so behutsam vorgenommen wird, dass eine Beeinträchtigung des Stadtbildes ausgeschlossen ist.

Bei der Campusplanung "Firmani" werden wir darauf achten, dass denkmalgeschützte Gebäude erhalten bleiben, bei Neubauten gestalterisch und in ihrer Höhe auf die Bebauung in der benachbarten Altstadt Rücksicht genommen wird und das Gartendenkmal "Alter Botanischer Garten" erhalten bleibt.

Die Bodendenkmäler unserer Geschichte wollen wir schützen, erforschen und soweit möglich zugänglich machen. Größere Bodenuntersuchungen konnten teilweise verborgene Denkmäler wieder dauerhaft sichtbar machen. Neben der mittelalterlichen Synagoge an der Judengasse, von der überraschend viel erhalten ist, konnten auch bei der Neugestaltung des Umfelds der Elisabethkirche viele Zeugnisse aus der Geschichte erforscht und dokumentiert werden.

Denkmalschutz und Pflege des Stadtbildes finden aber nicht nur in der Kernstadt statt. Wir wollen selbstverständlich auch die gewachsenen Ortskerne mit ihren zahlreichen Denkmälern erhalten. Die schönen vielgestaltigen Fachwerkensembles, die historischen Dorfkirchen sollen auch in Zukunft mit Sanierungsmitteln der Stadt gefördert werden.

Da wollen wir hin:

- Bewahrung des historischen Stadtbildes und ein ausgewogener Interessenausgleich bei allen Maßnahmen der weiteren Stadtentwicklung
- Aufnahme von Schloss, Altstadt und Elisabethkirche in das UNESCO-Weltkulturerbe

UNESCO- Weltkulturerbe

Alt und doch lebendig

Campus Firmani

Ortskerne der Stadtteile

Stadtbildung und Denkmalschutz: Unsere Ziele

- Erhalt der charakteristischen weiträumigen Bebauung am Schlossberg
- Integration des sozialen Wohnungsbaus und Erhalt der sozialen Strukturen bei allen Maßnahmen der Sanierung und künftigen Stadtentwicklung
- Veröffentlichung der Denkmaltopographie als Beitrag zum transparenten Denkmalschutz
- Schutz der Bodendenkmäler mit umfassender Dokumentation und öffentlicher Zugänglichkeit, soweit dies möglich ist
- Erhalt der historisch gewachsenen Dorfkerne mit ihren Denkmälern, Förderung der Denkmäler in den Stadtteilen mit Sanierungsmitteln

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass unsere Stadt für ihre Bewohnerinnen und Bewohner sowie für Studierende, Lehrende und Gäste anziehend und liebenswert bleibt.

Stadtteile und Siedlungspolitik

In den Marburger Außenstadtteilen lässt es sich gut leben. Dank langjähriger, gezielter Dorfentwicklungspolitik unter sozialdemokratischer Verantwortung haben sich dörfliches Ambiente und naturnahes Wohnen im Nahbereich des kernstädtischen Zentrums nahezu optimal entwickelt. Ortsverbundenheit und reges Vereinsleben finden ihren Ort in den Bürgerhäusern und Mehrzweckhallen, die wir in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich auf- und ausgebaut haben. Maßnahmen in historischen Ortskernen werden mit Mitteln aus entsprechenden Programmen gefördert und oft auch durch die Eigeninitiative der Menschen im Dorf selbst erst möglich.

Nach wie vor gibt es einen lebhaften Zuzug in die Außenstadtteile – seien es Kernstädter, die es gerne etwas ländlicher hätten, seien es Neu-Marburger, die ruhigeres Wohnen aber noch nahe eines städtischen Zentrums wünschen. All dies macht den Reiz aus, in den Marburger Außenstadtteilen zu leben. Dabei sind zumindest die ausgewiesenen Siedlungsschwerpunkte Bauerbach, Moischt, Schröck, Gisselberg, Elnhausen und Michelbach in Bezug auf ihre Infrastruktur gut ausgestattet. Diese Entwicklungen wollen wir weiter fördern, soweit es die Ortsbeiräte wünschen. Dazu gehört auch die Ausweisung von Bauland in den Siedlungsschwerpunkten – aber in allen Außenstadtteilen werden wir darauf achten, dass letztlich ergänzende Baugebiete und Abrundungen nicht zu Leerständen in den dörflichen Kernen führen. Die von der "Region Marburger Land" geförderte Maßnahme "Innenentwicklung vor Außenentwicklung" soll im Interesse des Fortbestandes der Dorfkerne künftig stärker Beachtung finden.

Siedlungsentwicklung aus gesamtstädtischer Sicht muss weiterhin mit der vorhandenen Infrastruktur verknüpft werden und nicht jede Wiese ist ein Bauplatz. Der zu erwartende zusätzliche Verkehr muss vom vorhandenen Straßen- und Busnetz verkraftet werden und Neubaugebiet und alter Ortskern müssen eine Einheit bilden können. Damit sind dann auch wichtige Voraussetzungen für eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung in bestehenden Kindergärten und Grundschulen geschaffen. Siedlungsentwicklung in dem von uns vertretenen Sinne hat immer auch mit schonendem Flächenverbrauch und Erhalt einer lebenswerten Umwelt zu tun.

Die Marburger SPD wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Außenstadtteile an die Kernstadt durch Buslinien direkt angeschlossen sind und – soweit nicht durch Abendbuslinien bedient – ein verbessertes AST-Angebot erhalten. Der Öffentliche Personennah-

**Gut leben in
Marburgs
Stadtteilen**

**Siedlungsent-
wicklung entlang
der Infrastruktur**

**Busanbindung
und AST**

verkehr ist ein wichtiger Faktor für Mobilität, der in Zukunft noch an Bedeutung zunehmen wird.

Eine zentrale Herausforderung der Zukunft stellt die Nahversorgung in den Außenstadtteilen dar. Dieser Herausforderung wollen wir uns als Marburger SPD verstärkt annehmen. Über die Dorfläden in Ginseldorf, Michelbach und im Stadtwald haben wir schon Akzente setzen können. Diese Läden haben zudem einen Schwerpunkt in der Vermarktung regionaler Produkte und fördern das Bewusstsein für die Vernetzung von Produktion und Konsum vor Ort.

Sicherung der Nahversorgung heißt aber auch, die Versorgung mit Dienstleistungen unterschiedlichster Art und den Zugang zu medizinischer Versorgung sicherzustellen. Der demographische Wandel hinterlässt hier besonders starke Spuren. Die Marburger SPD wird in der kommenden Legislaturperiode daran arbeiten, der sich abzeichnenden weiteren Ausdehnung von Angebotsstrukturen zu begegnen und die Lebensqualität auch in den Stadtteilen zu erhalten.

Nicht zuletzt fällt unter Nahversorgung nach unserem Verständnis auch, dass im sozialen und kulturellen Leben Angebote vor Ort vorhanden sind. Auch hier werden wir uns für Verbesserungen stark machen.

Da wollen wir hin:

- Abstimmung der weiteren Stadtteil- und Siedlungsentwicklung auf die vorhandene Infrastruktur, insbesondere im Hinblick auf den Kfz-Verkehr
- Innenentwicklung vor Außenentwicklung: Stärkung der Ortskerne vor der Ausweisung neuen Baulands an den Dorfrändern
- Möglichst geringer Flächenverbrauch für alle Neubau-Vorhaben
- Sicherung der Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur in den Stadtteilen
- Sicherstellung von Mobilität durch gut ausgebauten ÖPNV
- Sicherung bzw. Herstellung einer umfassenden Nahversorgung: Lebensmittel, medizinische Versorgung, kulturelle, sportliche und soziale Angebote
- Versorgung aller Stadtteile mit schnellen Breitband-Internetverbindungen

WOHNEN

Die Schaffung menschenwürdiger Wohnverhältnisse ist ein altes Ziel der Sozialdemokratie. Kommunale Sozialpolitik war deshalb immer auch Wohnungspolitik, d. h. die Errichtung von bezahlbaren Wohnungen insbesondere für Bürgerinnen und Bürger, die sich kein eigenes Wohneigentum bilden konnten oder für die der freie Wohnungsmarkt keine bezahlbaren Angebote bereithielt. Dieses sozialpolitische Ziel zu erreichen: Dafür gab und gibt es die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften.

Heute müssen wir feststellen, dass sich Bund und Land aus der Förderung des "Sozialen Wohnungsbaus" weitgehend zurückgezogen haben. Zugleich fallen durch Ablauf gesetzlicher Fristen immer mehr Wohnungen aus der Sozialbindung, d. h. die Mieten können sich nach den Regeln des Marktes entwickeln. Wir müssen auch feststellen, dass die Kommune allein die Herausforderungen angesichts fehlenden Wohnraums für einkommensschwä-

Nahversorgung ermöglichen und sichern

Stadtteilentwicklung: Unsere Ziele

Soziale und politische Verantwortung

chere Menschen nicht mehr stemmen kann. Sozialer Wohnungsbau ist auf Förderung angewiesen, so wie er es immer war.

Eine weitere Herausforderung im Wohnungsbau besteht durch den demographischen Wandel. Die typische 4- bis 5-Zimmer-Wohnung für eine Familie wird immer weniger nachgefragt. Stattdessen werden kleinere Wohnungen für Singles und Paare benötigt sowie Wohnungen für ältere Menschen, die selbstbestimmt in den eigenen vier Wänden leben wollen. Unter dem Stichwort Barrierefreiheit müssen nicht nur die baulichen Voraussetzungen für Blinde, Rollstuhlfahrer usw. geschaffen werden, sondern auch für ältere Menschen mit Mobilitätseinschränkungen. Und schließlich entwickeln sich neue Formen gemeinschaftlichen Wohnens zwischen Jung und Alt.

Die Marburger SPD setzt sich trotz aller Widrigkeiten mit aller Kraft dafür ein, dass alle Bürgerinnen und Bürger eine nach Lage, Preis, Ausstattung und Größe angemessene Wohnung finden können. Wir wissen, dass das Mietniveau auf dem Wohnungsmarkt derzeit (2010) relativ hoch ist. Umso mehr sind wir gefordert, ausreichend Wohnraum bereitzustellen. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gilt: Der Ausbau des Sozialen Wohnungsbaus in Marburg darf nicht zugunsten privilegierter Bauprojekte vernachlässigt werden. Die Zweckbestimmung des Sozialen Wohnungsbaus ist unbedingt zu sichern: In den letzten Jahren sind viele Wohnungen aus der Sozialbindung entfallen, weil die gesetzlichen Bindungsfristen ausgelaufen sind. Deshalb müssen sowohl bundespolitische wie kommunale Anreize zur Neuschaffung preisgünstigen Wohnraums geschaffen bzw. erhalten werden.

Zeitgemäßer Wohnraum zeichnet sich dadurch aus, dass die Raumaufteilung und Ausstattung einer Nutzung von Familien mit Kindern genauso gerecht wird wie älteren Mitbürgern oder Menschen mit Behinderungen. Barrierefreier oder barrierearmer Wohnraum ist auf Grund höherer Kosten im preiswerten Wohnraumsektor ganz besonders schwierig zu beschaffen. Umso wichtiger ist die Förderung dazu geeigneter Wohnungen und die Steuerung der Belegung, um den besonderen Bedürfnissen der Menschen gerecht zu werden.

Neue Wohnformen zu erproben erfreut sich zunehmender Beliebtheit: Generationsübergreifendes Wohnen, gemeinschaftliches Miteinander von Behinderten und Nichtbehinderten, gemeinsames Älterwerden Alleinstehender stehen hoch im Kurs. Wir haben solche Projekte unterstützt und fördern sie auch in Zukunft, weil sie wichtig sind, weil sie ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen und weil sie vielleicht Entwicklungen vorwegnehmen, die in wenigen Jahren selbstverständlich sind. So können wir schon heute die Standards der Zukunft erproben.

Eine weitere Herausforderung der Zukunft besteht darin, für Studierende ausreichende und bezahlbare Unterkünfte zur Verfügung zu stellen. Die Zahl der Studierenden in Marburg steigt seit einigen Jahren kontinuierlich und sie wird durch den gleichzeitigen Studienbeginn der "normalen" Abiturienten mit den G8-Abgängern für einige Jahre überdurchschnittlich zunehmen. Auch hier hat sich das Land Hessen unter der CDU-FDP-Regierung aus der Verantwortung verabschiedet: Seit Jahren sind keine neuen Studierendenheime entstanden. Der private Wohnungsmarkt wird den Bedarf kaum auffangen können. Bezahlbarer Wohnraum ist aber auch für die Attraktivität des Studienortes wichtig. Es wird deshalb auch darauf ankommen, ob die Außenstadtteile und Umlandgemeinden mehr Unterkünfte für Studierende zur Verfügung stellen können und ob es gute Verkehrsverbindungen (ÖPNV) sowie Infrastruktur (Telekommunikation, DSL) gibt, die Studierende motiviert, auch außerhalb der Kernstadt nach Wohnungen zu suchen. Um aber zu gewährleis-

Selbstbestimmung

Sozialer Wohnungsbau

Neue Wohnformen

Wohnraum für Studierende und Auszubildende

ten, dass der vorhandene für Studierende geeignete Wohnraum auch leicht von diesen gefunden werden kann – wichtig ist das insbesondere am Anfang des Studiums –, wird eine Wohnungsbörse aufgebaut, in der das Studentenwerk, die GeWoBau und andere Wohnungsbaugesellschaften und private Anbieter ihre Angebote gebündelt darstellen können. Auch auf dem Ausbildungsmarkt ist die Mobilität immer größer. Selbst bei geringer Ausbildungsvergütung werden Ausbildungsplätze weitab der elterlichen Wohnung angenommen. In der Berufsschulausbildung findet immer mehr Blockunterricht fernab der Ausbildungsstätten statt. Die Marburger SPD setzt sich deshalb dafür ein, auch für Auszubildende Angebote geeigneter, günstiger Unterkunftsmöglichkeiten zu entwickeln, zum Beispiel über spezielle Wohnheime.

Bei der Schaffung von neuem Wohnraum ist auch auf nachhaltigen Umgang mit Bauland, Baumaterialien und Energieeffizienz der Gebäude zu achten: So genießt eine behutsame Nachverdichtung Vorrang vor der Ausweisung neuer Baugebiete. Auch die Umnutzung ehemals landwirtschaftlich genutzter Gebäude ist im Rahmen des Projekts "Innenentwicklung vor Außenentwicklung" eine gute Alternative, zumal durch diese Maßnahme die alten Ortskerne unserer Außenstadtteile revitalisiert und gepflegt werden. Wir wollen alle Instrumente nutzen, die Nutzung von Wohnraum den Bedürfnissen der Menschen anzupassen. Dazu gehört auch die von der SPD initiierte Wohnungstauschbörse, mit der Leerstände vermieden und die Nutzung privaten Wohnraums bis ins Alter hinein unterstützt werden soll.

Die Erhaltung vorhandenen Wohnraums und die Modernisierung veralteter Gebäude mit nicht mehr zeitgemäßen sanitären Ausstattungen oder energetischen Mängeln muss auch in Zukunft weitergeführt werden. Auch dies ist für uns Teil des Ziels, Wohnraum nach heutigen Standards für alle zur Verfügung zu stellen. Energetische Sanierung bedeutet zugleich immer eine Entlastung des eigenen Geldbeutels durch verminderte Energiekosten. Die Solarsatzung ist ebenfalls in diesem Zusammenhang zu sehen.

Die Erosion sozialer Gefüge in Stadtteilen mit besonderen Problemlagen ist eine ernst zu nehmende Entwicklung, die wir nicht nur mit Sorge betrachten, sondern der wir aktiv begegnen. So ist das Projekt "Soziale Stadt" im vergangenen Jahrzehnt am Richtsberg in vielfältiger Weise überaus erfolgreich in stadtentwicklungspolitischer Hinsicht wie auch im Hinblick auf Wohnumfeldverbesserungen und sozialer Netzwerke gewesen. Dadurch konnten auch Sicherheit, Sauberkeit und die Wohnqualität im Stadtteil insgesamt verbessert werden. Für die Zukunft sollen das Waldtal und der Stadtwald in das Projekt Soziale Stadt aufgenommen werden, um dort vergleichbare Fortschritte zu erreichen: bauliche und soziale Aufwertung. Dabei wollen wir auch am Richtsberg den Erhalt des Erreichten sichern und die inzwischen etablierten Projekte zu einer eigenständigen Existenz verhelfen.

Unser kommunaler Träger des Sozialen Wohnungsbaus ist die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft (GeWoBau). Sie soll auch in Zukunft eine wichtige Rolle in der städtischen Wohnungsmarktpolitik übernehmen um die städtische Verantwortung für das Grundrecht auf Wohnraum für alle nachhaltig zu sichern.

Da wollen wir hin:

- Verbesserte Förderung des Sozialen Wohnungsbaus durch Bund und Land
- Preiswerter, bezahlbarer Wohnraum für alle
- Erhalt der Sozialbindung im Sozialen Wohnungsbau
- Mehr Unterkünfte für Studierende, auch im Umland

Nachhaltigkeit im Ressourcenverbrauch

Modernisierung

Soziale Stadt und Wohnumfeldverbesserung

Kommunale Wohnungspolitik: Unsere Ziele

- Aufbau einer Wohnungsbörse für Studierende
- Neue Wohnmöglichkeiten für Auszubildende
- Überall schnelles Internet und attraktiver ÖPNV zur Steigerung der Wohnortqualität in den Außenstadtteilen
- Barrierefreiheit / Barrierearmut als Grundprinzip des Wohnungsbaus
- Förderung aller innovativen selbst bestimmten Wohnformen (z. B. gemeinschaftliches Wohnen von Jung und Alt)
- Förderung flexibler Formen des Wohnungsbaus, die sich der demographischen Entwicklung und den Lebenszyklen anpassen
- Vorrang behutsamer Verdichtung vor der Ausweisung von Neubeugebieten
- Innenentwicklung vor Außenentwicklung: Revitalisierung der Ortskerne in den Stadtteilen durch alternative Nutzung leer stehender Gebäude
- Sicherung dessen, was über das Programm "Soziale Stadt" am Richtsberg erreicht wurde, und Neuaufnahme des Waldtals und des Stadtwalds in das Bundesprogramm, das Verbesserungen im Wohnumfeld mit Gemeinwesenarbeit, sozialer Integration und Aufwertung kombiniert.

MOBILITÄT

Mobilität ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Ganz gleich ob der Weg zum Arbeitsplatz oder zu Freizeitaktivitäten, zum Arzt oder Einkauf, zum Kindergarten, zur Schule oder Universität: Wir alle wollen bequem, sicher und ohne unnötige Hindernisse unsere Ziele erreichen, um am sozialen, wirtschaftlichen oder kulturellen Leben teilzunehmen.

Mobilität wird oftmals auf "Verkehr" und hier auf den Individualverkehr, also das eigene Auto, verkürzt. Eine einseitige Ausrichtung der Verkehrspolitik auf das Auto lehnen wir ab. Der Verkehrskollaps wäre vorprogrammiert und Fußgänger, Radfahrer, ältere Menschen, Behinderte kämen sprichwörtlich unter die Räder. Die Marburger SPD setzt sich seit langem dafür ein, dass in der Mobilitäts- bzw. Verkehrspolitik die Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmer, aber auch der Menschen, die Verkehr z. B. als Anwohner passiv ertragen, berücksichtigt werden müssen. Rücksichtnahme und gegenseitiges Verständnis sollten den Umgang miteinander prägen. Stärkere müssen auf Schwächere achten, die Großen auf die Kleinen.

Die zentralen Aufgaben heißen deshalb:

- Vorrang für Fußgänger, Radfahrer, ÖPNV auf Schiene und Straße
- Verringerung des Autoverkehrs und Verkehrsberuhigung in der Stadt und den Stadtteilen

So sehen auch die Ziele der Lokalen Agenda 21 vor: Umweltverbund vor motorisiertem Individualverkehr, denn nur so lässt sich die Verkehrsmenge dauerhaft reduzieren – zum Nutzen und zum Schutz aller. Wir wissen darum, dass die Nutzung des eigenen Autos oftmals unumgänglich ist. Deshalb wollen wir in unserem Programm das Autofahren nicht grundsätzlich ablehnen. Uns geht es vielmehr darum, sinnvolle Alternativen zum Auto zu entwickeln und diese in der Politik umzusetzen. Dabei ist für uns selbstverständlich, wie auch in der Vergangenheit mit den Bürgerinnen und Bürgern im Gespräch zu bleiben.

Mobilität: Mehr als Bewegung von A nach B

Umweltverbund stärken

Fußgänger

Jede und jeder von uns ist auch Fußgänger, spätestens nach dem Abstellen des Autos. Fußgänger bilden tatsächlich den größten Anteil der Verkehrsteilnehmer und das ist gut so. Aber damit zu Fuß gehen in Marburg angenehm und ungefährlich ist, sind Rücksichtnahme und sichere Wegebeziehungen wichtig. Das Netz der Fußwege ist noch immer an etlichen Stellen verbesserungswürdig: Zu Fuß gehen darf kein Hindernislauf sein. Deshalb ist Parken auf Gehwegen aus gutem Grund verboten, denn Rollstuhlfahrer und Kinderwagen hätten sonst keine Chance.

Maßnahmen zur Verkehrsverlangsamung und -beruhigung dienen an erster Stelle der Sicherheit und bleiben deshalb eines unserer wichtigen Ziele. Dass sich dadurch auch die Aufenthaltsqualität verbessern lässt, zeigt beispielhaft die Neugestaltung der Ketzerbach und der Universitätsstraße.

Auch Tempo-30-Zonen helfen Anwohnern wie Fußgängern gleichermaßen: Neben der Lärmreduzierung ist auch der Stressfaktor für die Passanten dadurch geringer.

Die Beleuchtung der Gehwege und eine Trennung von Rad- und Fußwegen ist eine Aufgabe, die wir in den nächsten Jahren fortsetzen wollen – nicht zuletzt auch, um Unfallschwerpunkte oder Angsträume zu entschärfen.

Bürgersteige sollen bei Neubau oder Sanierung aus ökologischen und ökonomischen Gründen mit Verbundpflaster statt Asphalt gestaltet werden. Dabei sollen die Hauptverkehrsachsen nach und nach Blindenleitlinien erhalten, die sichere Orientierung und Überquerung von Straßen ermöglichen, wie es z. B. am Elisabeth-Blochmann-Platz vorbildlich gelöst ist.

Schulkinder sind besonders gefährdete Fußgänger. Blinkende Warnlichter, die z. B. in Schröck mit Erfolg getestet wurden, sollten auch an anderen Straßen in Schulpnähe eingesetzt werden, an denen ein Zebrastreifen nicht zulässig oder nicht möglich ist.

Fahrbahnen müssen für Fußgänger praktisch und sicher zu überqueren sein. Mittelinseln erleichtern dies bereits jetzt schon an vielen Stellen im Stadtgebiet; die Ampelschaltungen sind mit dem neuen Verkehrsrechner nach Möglichkeit so zu organisieren, dass die gesamte Straße in einem Zug überquert werden kann.

Das Netz der Spazier- und Wanderwege sowie die größeren und kleineren Parks bieten viele schöne Erholungs- und Erlebnismöglichkeiten. Sie müssen durch regelmäßige Pflege, einheitliche und deutliche Markierungen und zahlreiche Ruhebänke in gutem Zustand erhalten werden. Im Schlosspark sind dafür in den letzten Jahren besondere Anstrengungen unternommen worden, aber auch in den Außenstadtteilen und entlang der Lahn. Reit- und Spazierwege sollten im Interesse beider Seiten möglichst getrennt voneinander sein.

Neue Brücken über die Lahn und ihre Nebenarme erleichtern und verkürzen die Wege: So ist der Weg zwischen Stadthalle und Oberstadt durch eine Brücke am ehemaligen Brauereigelände kürzer und bequemer geworden, ebenso zwischen der Uferstraße und dem Behördenviertel durch eine Brücke über das Schwarze Wasser. Der Bahnhof ist so sicher und rasch erreichbar. Der neue Hirsefeldsteg verbindet das Südviertel mit Weidenhausen – endlich in bequemer Breite, die Begegnungen von Fahrrädern, Rollstühlen und Kinderwagen zulassen. Das letzte Teilstück der Sanierung und Ertüchtigung des Trojedamms ist in Planung und wird im Zusammenhang mit der Sanierung der Jugendherberge eine wichtige Achse komplettieren. Außerdem ist auf mittlere Sicht die Erneuerung der seit Jahren abgängigen Fußgängerbrücke zwischen dem Wehrdaer Weg und dem Afföller anzugehen.

Sichere Wege

Verkehrs- beruhigung

Barrierefreiheit

Sicherheit für Kinder

Spazierwege

Über die Lahn...

Der neue Uni-Campus macht den Bau einer neuen Brücke in den Bereich der Philosophischen Fakultät notwendig, um die hier entstehenden Fußgänger- und Radfahrerbewegungen aufzunehmen.

Da wollen wir hin:

- Weitere Verbesserung des Fußwegenetzes
- Trennung von Rad- und Fußwegen
- Trennung von Reit- und Spazierwegen
- Erhöhung der Sicherheit für Fußgänger, u. a. durch Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung, Verbesserung der Quermöglichkeiten, Blindenleitlinien
- Ergänzung der Tempo-30-Zonen, soweit dies nach der Straßenverkehrsordnung zulässig ist
- Sanierung und Ertüchtigung des Trojedamms
- Neubau einer Fußgängerbrücke zwischen Philosophischer Fakultät und Uferstraße zur Anbindung des neuen Uni-Campus
- Erneuerung der Fußgängerbrücke zwischen Wehrdaer Weg und Afföller

Öffentlicher Personennahverkehr

Ein gut funktionierender Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) gehört für uns Sozialdemokraten genauso zur Daseinsvorsorge wie die Versorgung mit Trinkwasser oder gute Schulen. Deshalb ist es uns so wichtig, dass unsere eigenen Stadtwerke diese Aufgabe für uns erfüllen und nicht ein rein gewinnorientierter internationaler Verkehrsgigant. Nur so haben wir Einfluss auf Fahrpläne, Taktzeiten und nicht zuletzt auf die Arbeitsbedingungen des Fahrpersonals und die Sicherung von Arbeitsplätzen. So sichern wir den Fahrgästen die gewohnte Qualität. Wir werden die Stadtwerke auch in den kommenden Jahren mit dieser Aufgabe betrauen und die nötigen Geldmittel dafür zur Verfügung stellen, wenn weitere Verbesserungen der Linienführung oder Taktverdichtung dies erfordern.

Das Bussystem in Marburg wurde über die letzten Jahre konsequent auch in alle Außenstadtteile ausgebaut. Die Anzahl der Linien hat sich beinahe verdoppelt, damit alle, gleich wo in Marburg sie leben, mit dem ÖPNV die Innenstadt erreichen und dies dank Abendlinien, N8Express und AST auch bis in die Nachtstunden und am Wochenende. Die Stadtwerke fahren zuverlässig und gestalten die Fahrpläne nach den Rückmeldungen und Bedürfnissen der Kunden. Wir wissen, dass dies ein ständiger Prozess ist mit manchmal auch widerstreitenden Interessen verschiedener Kundengruppen. Ebenso dürfen letztlich – trotz unseres Bekenntnisses zur weiteren finanziellen Unterstützung des ÖPNV – wirtschaftliche Aspekte nicht außer Acht gelassen werden.

Eine große Herausforderung der Zukunft wird die Bewältigung der Verkehre zu den Lahnbergen (Universität und Klinikum) sein. Dabei müssen Quell- und Zielverkehre genau und differenziert untersucht werden: So kommt nur etwa die Hälfte des Verkehrs zu den Lahnbergen aus dem Innenstadtbereich und auf den Lahnbergen gibt es ein großflächiges Zielgebiet mit Klinikum und Universitätseinrichtungen. Die Einbindung des Landkreises in einen guten ÖPNV ist deshalb besonders wichtig. Die Marburger SPD setzt sich für pragmatische, machbare und vor allem finanzierbare Lösungen ein. Wir sehen derzeit zu einer weiteren Verdichtung der Busanbindung mit ergänzenden Schnellbuslinien keine Alternative. Wichtig dafür ist aber auch, dass für die auf den Lahnbergen Beschäftigten ein Jobticket eingeführt wird.

Mobilität für Fußgänger: Unsere Ziele

ÖPNV in kommunaler Verantwortung

Ständige Weiter- entwicklung der Angebote

Anbindung der Lahnberge

Die Marburger SPD setzt sich für eine einheitliche Tarifzone für das ganze Stadtgebiet ein. Im jetzigen Tarif sind die östlichen und westlichen Außenstadtteile benachteiligt. Marburg bestimmt aber die Tarifstrukturen nicht autonom. Wir werden deshalb weiterhin versuchen, unsere Forderung über die Gremien des Rhein-Main-Verkehrsverbundes (RMV) durchzusetzen.

Gute Konditionen für das Semesterticket und die Schülerbeförderung finden auch in Zukunft die Unterstützung der Marburger SPD. Allerdings setzen wir uns beim RMV dafür ein, dass der Anteil, den die Stadtwerke Marburg aus den Einnahmen des Semestertickets erhält, erhöht wird. Wir suchen weiterhin das Gespräch mit allen großen Unternehmen über die Ausstattung der Mitarbeiter mit dem Jobticket.

Der Umstieg vom Auto auf den ÖPNV wird durch mehrere Park&Ride-Plätze ermöglicht. Dies möchten wir besonders für Berufspendler auch in Zukunft fördern.

Das Anruf-Sammel-Taxi (AST) hat sich über die Jahre bewährt. Mittlerweile werden nicht nur die Außenstadtteile, sondern auch die innerstädtischen Gebiete Ortenberg, Cappeler Berg, Rotenberg sowie tagsüber die Höhegebiete (Ortenberg, Diakonie Wehrda, Grassenberg, Marbach) durch das AST versorgt.

Gleichwohl stößt das AST an seine Grenzen. Die Kapazitäten sind immer wieder erschöpft, nicht nur am Wochenende. Für ältere Menschen, Menschen mit eingeschränkter Mobilität und Fahrgäste mit Kinderwagen stellt das AST eine Beschränkung oder gar Barriere ihrer Mobilität dar.

Deshalb setzen wir uns in der kommenden Legislaturperiode für kontinuierliche Verbesserungen im AST-Verkehr ein: bessere Fahrzeuge, Abbau von Barrieren im AST-System wie bei Fahrzeugen, ausreichendes Fahrzeugangebot in Spitzenzeiten, Mitnahme ohne Anmeldung bei nicht-ausgelasteten AST.

Ob und inwieweit ein Senioren-Taxi, das von vielen älteren Menschen befürwortet wird, für Marburg umsetzbar ist, wollen wir zusätzlich prüfen.

Zu besonderen Anlässen wie 3TM oder Marburg b(u)y night sind in den Abendverkehren spezielle Angebote einzurichten und bekannt zu machen, um an solchen Tagen die Stadt vom verstärkten Verkehr zu entlasten und den sicheren wie kostengünstigen Nachhauseweg insbesondere von Jugendlichen zu ermöglichen.

Familien- und behindertengerechte Haltestellen sind für einen ÖPNV, wie ihn die SPD versteht, eine Selbstverständlichkeit. Viele Haltestellen wurden bereits entsprechend erneuert. Mit dem Umbau des Bahnhofsvorplatzes halten moderne Standards endlich auch für diesen zentralen Umsteigepunkt Einzug. Komfortable Warteplätze und ein dynamisches Fahrgastinformationssystem sollen den Service und die Orientierung verbessern.

Unbefriedigend ist aus unserer Sicht jedoch die Situation am Theodor-Bleek-Platz und am Südbahnhof. Hier sind weitere Verbesserungen bei der Barrierefreiheit, der Sicherheit für Fußgänger und der Erreichbarkeit der Haltepunkte notwendig. Auch die Anlage selbst (Gebäude, Vorplatz) muss attraktiver werden. In Verantwortung der Bahn AG liegt die Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten zu den Bahnsteigen. Insbesondere dass zum Gleis 2 Richtung Gießen weder eine Rampe oder wenigstens Hilfen für Kinderwagen eingerichtet sind, ist nicht hinnehmbar und widerspricht den Zielen einer sicheren, bequemen und barrierefreien Mobilität im ÖPNV.

Einheitliche Tarifzone

Schüler, Studierende, Beschäftigte

Mitnahmegarantie im AST

Barrierefreiheit im AST

ÖPNV bei Groß- veranstaltungen

Mehr Informatio- nen und besseres Umsteigen

Da wollen wir hin:

- Erhalt der kommunalen Verantwortung für den ÖPNV über die Stadtwerke als Verkehrserbringer
- Kundenorientierung bei der Fahrplangestaltung
- Erhalt des Semestertickets, gute Schülerbeförderung, mehr Jobtickets bei den Unternehmen
- Verbesserungen im AST-Verkehr abends und am Wochenende
- Erhalt des Studentaktes für alle Außenstadtteile
- Nachverdichtung der Taktstruktur gegenüber der Struktur von 2010 für Wehrda, Cappel, Richtsberg und Ockershausen / Stadtwald
- Familiengerechte, barrierefreie Haltepunkte und Umsteigemöglichkeiten
- Erprobung eines Fahrgastinformationssystems im neu gestalteten Bahnhofsvorplatz
- Verbesserung der Umsteigebeziehungen an den zentralen Umsteigeplätzen Hauptbahnhof und Südbahnhof
- Schaffung sicherer Umsteigewege auch an anderen Umsteigehaltstellen
- Barrierefreiheit für die Gleiszugänge im Südbahnhof
- Verlängerung der Betriebszeiten des Oberstadtaufzuges um 30 Minuten sowie ganztägiger Betrieb des Fahrstuhls am Ortenbergsteg

Regionaler und überregionaler Schienenverkehr

Marburg muss besser in den überregionalen Schienenverkehr eingebunden werden. Der Schienenverkehr ist unverzichtbarer Bestandteil des regionalen und überregionalen Verkehrssystems. Das vorhandene Schienenverkehrsangebot muss erhalten und ausgebaut werden. Aufgrund des wachsenden Verkehrsaufkommens darf keines der bestehenden Verkehrsangebote zu Lasten eines anderen vernachlässigt werden. Weitere Streckenstilllegungen im heimischen Raum lehnen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ab. Der Schienenverkehr ist für Marburg ein wichtiger Standortfaktor. Außerdem ist das Pendleraufkommen sehr groß. Jeden Tag fahren tausende Personen in das Rhein-Main-Gebiet und nach Kassel, gleichzeitig kommen auch viele Arbeitnehmer, Schüler und Auszubildende aus den benachbarten Gemeinden, aber auch aus dem Raum Stadtlendorf und Schwalmstadt nach Marburg.

Gerade die Berufspendler sind auf verlässliche und komfortable Bahnverbindungen angewiesen. Die Herausnahme der IC-Verbindungen aus dem regelmäßigen Takt der Regional-express-Verbindung hat deshalb nicht nur negative Auswirkungen auf Anschlüsse in Frankfurt und Kassel gehabt, sondern auch den täglichen Berufsverkehr: Unregelmäßige Abfahrtszeiten, Wartezeiten für IC-Überholungen und die Schwierigkeiten in der Abstimmung mit dem Marburger Busverkehr müssen durch die Rückkehr der IC-Verbindungen in den regelmäßigen Takt durch die Deutsche Bahn zurückgenommen werden.

Die durch die Zugehörigkeit zum RMV mögliche attraktive Verbundnutzung im überregionalen Verkehrssystem soll für Marburg auch in der Tourismuswerbung stärker hervorgehoben werden. Wir wollen die Verlängerung der Regionalbahnen von Frankenberg und Biedenkopf zum Südbahnhof als weiteren Baustein für eine Verbesserung des Schienenverkehrs in Marburg. In allen Regionalbahnen muss es ausreichende Möglichkeiten der Fahrradmitnahme geben. Weiter setzen wir uns für eine bessere Bedienung der Regionalbahnen abends und an den Wochenenden ein.

ÖPNV:

Unsere Ziele

Ausbau der Verbindungen auf der Schiene

Verlässliche und schnelle Verbindungen

Verbesserung der Angebote für verschiedene Zielgruppen

Da wollen wir hin:

- Wiederherstellung des einheitlichen Taktverkehrs mit stündlichen schnellen RE- und IC-Verbindungen nach Frankfurt und Kassel und Beseitigung von Wartezeiten des Mittelhessen-Express wg. Überholung durch IC-Züge
- Verbesserung des Fahrzeugparks im Regionalverkehr durch entsprechende Maßnahmen bzw. Neuanschaffungen des RMV und der Bahn AG
- Ausreichende Fahrradmitnahmemöglichkeiten in allen Regionalbahnen
- Beseitigung der Mängel beim integralen Taktverkehr, besonders in Marburg und Gießen
- Prüfung durch die Bahn AG, ob die Region Mittelhessen durch weitere IC-Linien, z. B. durch eine neue Ost-West-Verbindung, besser an den überregionalen Schienenverkehr angeschlossen werden kann
- Wiedereinführung einiger Regionalexpress-Verbindungen auf der Strecke Marburg- Biedenkopf-Erndtebrück-Siegen-Köln und zurück
- Wiedereinführung einer Regionalexpress-Verbindung Marburg-Frankenberg-Korbach-Altenbeken-Herford-Bremen und die Wiederherstellung einer Ost-West-Verbindung nach Osthessen und Thüringen auf lange Sicht
- Grundlegende Verbesserung des Service im Hauptbahnhof: Ausdehnung der Schalteröffnungszeiten, ansprechendes gastronomisches Angebot mit Aufenthaltsmöglichkeiten für Reisende
- Öffnung des Hauptbahnhofs im gesamten Zeitraum abfahrender Züge am Morgen bis zum letzten ankommenden Zug in der Nacht

Radverkehr

Die Entwicklung des Radwegenetzes in Marburg ist durch Initiativen der SPD zügig vorangeschritten. Trotz der vielfach schwierigen Topographie in unserer Stadt sind gut ausgebaut Radwege eine vorteilhafte Ergänzung des Verkehrsmittelangebotes. Gemeinsam mit dem Verkehrsforum und dem Radverkehrsbeirat ist es unser Ziel, dass dem Radverkehr künftig noch mehr Verkehrsanteile gehören. Dabei gilt es, zur Verfügung stehenden Verkehrsraum zugunsten des Radverkehrs besser zu verteilen und die gegenseitige Rücksichtnahme der unterschiedlichen Verkehrsarten aufeinander zu verbessern.

Beim Neu- und Ausbau von Straßen sind Radwege und Radstreifen, wo immer möglich und das Straßenverkehrsrecht dies zulässt, vorzusehen, um ein immer dichteres Netz von Radverkehrsverbindungen zu knüpfen. Dabei soll der Radverkehr baulich nicht vom fließenden Kraftfahrzeugverkehr getrennt werden. Deutliche ebenerdige Begrenzungslinien oder besondere farbliche Hervorhebungen des Belages von Radwegen entsprechen modernen Erfordernissen der Radverkehrsführung und erhöhen die Verkehrssicherheit für Radfahrer gegenüber baulich abgetrennten Radwegen. Jedoch kann es in verkehrsreichen Innenstadtstraßen im Einzelfall vorteilhaft sein, Radwege auch baulich getrennt zu führen.

Aus ökologischen Gründen ist Verbundpflaster asphaltierten Radwegen vorzuziehen. Für die jederzeitige Benutzbarkeit von Radwegen ist sowohl ihre regelmäßige bauliche Unterhaltung als auch die jeweils jahreszeitlich erforderliche Pflege zu gewährleisten, insbesondere Reinigung bei Laubfall im Herbst, Räum- und Streudienste im Winter und Freischnitt von in die Wege wachsenden Sträuchern im Sommer.

Der sehr entfernungsempfindliche Radverkehr erfordert je nach Start-Ziel-Relation neue zusätzliche Verbindungen. Dieses haben wir mit dem neuen Hirsefeldsteg für den Bereich

Schienenverkehr: Unsere Ziele

Mobilität mit dem Fahrrad

Grundsätze im Radwegebau

Neue Radwege- verbindungen

des Hallen- und Freibades AquaMar und der Jugendherberge initiiert und wir setzen es uns zum Ziel, zwischen Lahntal und Lahnbergen mit dem sich ausweitenden naturwissenschaftlichen Campus neue Radverkehrsmöglichkeiten zu schaffen. Dabei werden wir sowohl neue Radwegtrassen als auch Fahrradmitnahmevarianten im öffentlichen Personennahverkehr prüfen.

Das Radwegenetz im Marburger Lahntal und der Kernstadt ist durch Radwanderwege zu den Außenstadtteilen und den Nachbargemeinden zu ergänzen. Die lange ersehnte Verlängerung des Radweges von Marburg-Bortshausen bis in den Ebsdorfergrund ist durch langjährige intensive Bemühungen vor kurzem endlich Wirklichkeit geworden. Bislang nur für landwirtschaftliche Fahrzeuge geeignete Feld- und Waldwege zwischen den Außenstadtteilen sollen mit einfachen Mitteln hergerichtet werden, um sie dem Radverkehr anbieten zu können.

Fahrradstadtplan und Hinweisschilder auf Radwegverbindungen sind erforderlich, um auch Ortsfremden, z. B. Radtouristen, eine Orientierung im Marburger Radwegenetz zu ermöglichen, Fahrradabstellplätze zu finden und touristische Ziele ansteuern zu können. Deshalb ist das vorhandene Radwegweisungssystem zu komplettieren und in Druck- und elektronischen Medien zu dokumentieren.

Weitere Fahrradabstellanlagen im Stadtgebiet und eine Fahrradstation am Hauptbahnhof mit der Möglichkeit zum geschützten und sicheren Abstellen, zum Reparieren und zum Mieten von Fahrrädern sollen eingerichtet werden. Auch weiterhin sind Prüfungen durchzuführen, inwieweit noch zusätzliche Einbahnstraßen gegenläufig für den Radverkehr zugelassen werden können. Sobald der gegenwärtig gültige Radverkehrsplan abgearbeitet ist und die darin enthaltenen Maßnahmen umgesetzt sind, soll eine umfassende Fortschreibung erfolgen, um die Radverkehrspolitik der Universitätsstadt Marburg modernen Erfordernissen anzupassen.

Da wollen wir hin:

- Erhöhung des Radverkehrsanteils am gesamten Verkehrsaufkommen durch attraktive Bedingungen für Radfahren in Marburg
- Fahrradstreifen bei allen Neu- und Ausbauten von Straßen
- Stete Unterhaltung der Fahrradwege, insbesondere im Herbst (Laub mit Rutschgefahr) und Winter
- Verbesserung der Anbindung des Universitätsgeländes auf den Lahnbergen für Radfahrer: Entwicklung neuer Radwege zwischen Stadt und Lahnberge sowie Verbesserung der Fahrradmitnahmemöglichkeiten im ÖPNV
- Verbesserung der Orientierungshinweise für Radfahrer, Komplettierung und Dokumentation des Radwegeleitsystems
- Engere Verknüpfung des Radwegenetzes in Marburg mit dem Landkreis und vermehrte Nutzung von Feld- und Waldwegen für den Radverkehr
- Ausbau eines Radweges von Lahntal-Sterzhausen über Michelbach, Dagobertshausen, Einhausen, Haddamshausen bis Niederweimar
- Umfassende Anpassung des Radverkehrsplans für eine nachhaltige Radverkehrspolitik

Fahrradstadtplan

Mobilität mit dem Fahrrad: Unsere Ziele

Kraftfahrzeugverkehr

Marburg ist durch den gerade fertig gestellten Lückenschluss der B3a endlich gut in Richtung Süden angebunden. Die A49 muss den Anschluss in nördlicher Richtung gewährleisten. Damit dabei nicht noch mehr Durchgangsverkehr über die B62 auf die B3a gelenkt wird, muss die A49 zwingend in einem Bauabschnitt zwischen Neuental und der A5 bei Gießen erfolgen.

Verkehr produziert Lärm. Zur Vermeidung von Lärm fordert die Marburger SPD seit vielen Jahren die Temporeduzierung auf der B3a im Stadtgebiet (80 km/h für PKW, 60 km/h für LKW). Es ist für uns nicht nachvollziehbar, dass das Land Hessen in Gestalt des Regierungspräsidenten die Lärmreduktion verhindert.

Auch die Nachtfahrverbote für LKW zwischen Cölbe und Borken bzw. Lahntal und Diemelstadt dienen dem Lärmschutz. Sie müssen unbedingt erhalten bleiben.

Eine weitere Verkehrsreduzierung bei LKW versprechen wir uns durch die Einführung einer LKW-Maut für autobahnähnliche Straßen und vom überregionalen Schwerverkehr genutzten Verkehrsachsen wie die B3.

Die SPD will weitere Lärmschutzmaßnahmen überall dort, wo wir sie über die Stadtverordnetenversammlung durchsetzen können. Für die B3a beispielsweise ist nicht die Stadt, sondern der Bund zuständig.

Die innerstädtische Verteilerfunktion der B3a muss nach unserer Auffassung weiter gestärkt werden. Auch dem dient die Temporeduzierung. In baulicher Hinsicht muss die Leistungsfähigkeit der Südspange erhöht werden, so dass hier mehr Verkehr ohne lange Staus auf die B3a abgeführt werden kann.

Die Verteilerfunktion ist auch wichtig für alle visionären Überlegungen, die B3a in einen Tunnel zu verlegen. Abgesehen von den überaus hohen Kosten müssen die heutigen Auf- und Abfahrten in die Tunnellösung einbezogen werden, was zusätzliche bauliche Herausforderungen bedeutet. Für die Diskussion muss bedacht werden, dass auch für eine solche bauliche Maßnahme der Bundestag und das Bundesverkehrsministerium überzeugt werden müssen.

Für uns in der Marburger SPD stehen deshalb alle Maßnahmen im Vordergrund, die absehbar umzusetzen sind: Tempo- und Lärmreduktion und Nutzung der so genannten Stadtautobahn für den innerstädtischen Verkehr zur Entlastung der innerstädtischen Verkehrswege.

Die Marburger SPD lehnt alle Planungen einer so genannten A4 light ab. Die angedachte Verbindung von Olpe über die Marburger Region zur A4 / A5 (Hattenbacher Dreieck) wird vor allem Fernverkehr anziehen, obgleich die Streckenreduktion unerheblich ist. Verbesserungen in der Erschließung des Hinterlandes oder der Region Frankenberg sind über die Erhöhung des bestehenden Straßennetzes, beispielsweise mit Ortsumgehungen, herbeizuführen. So hat etwa die Ortsumgehung Michelbach deutliche Entlastung sowohl für die Michelbacher als auch für den Bereich Ketzerbach / Marbach gebracht. Eine A4 light, die noch dazu über Marburger Stadtgebiet führt – in welcher Variante auch immer –, lehnt die SPD in Marburg ganz eindeutig ab.

Geschwindigkeitsbeschränkungen im Wohnumfeld erhöhen die Sicherheit und vermindern die Lärm-, Feinstaub- und Abgasbelastung. Deshalb wollen wir auch weiterhin überall dort, wo dies rechtlich zulässig ist, Tempo 30 umsetzen.

**Überregionale
Anbindung
verbessern**

Lärmvermeidung

Stärkung der Verteilerfunktion der "Stadtautobahn"

Keine A4 light

Tempo 30

Der private Kfz-Verkehr dient der Versorgung, der Inanspruchnahme von Dienstleistungen und dem Tourismus. Damit das Miteinander und Nebeneinander von motorisiertem Individualverkehr und anderen Verkehrsmitteln möglichst reibungslos funktioniert, haben wir in den letzten Jahren einige wichtige Hauptverkehrsadern zukunftsweisend saniert, wie z. B. die Schwanallee, die Ketzerbach und den Marbacher Weg. Die zweijährige Sanierung der Universitätsstraße ist 2010 abgeschlossen worden. Anstehende Projekte sind der Umbau des Bahnhofsvorplatzes und die Sanierung der Weidenhäuser Brücke sowie der Rudolphsplatz, für dessen grundlegende Umgestaltung die SPD-Fraktion einen Ideenwettbewerb initiiert hat. An diesem zentralen und verkehrsensitiven Punkt brauchen wir eine Neugestaltung, die allen gerecht wird. Das benötigt intensive Planung und Diskussion. Weil die bisherige Anlage an seine technischen Grenzen gestoßen ist, soll ein neuer Verkehrsrechner die Lichtzeichenanlagen der Stadt zukünftig intelligenter steuern. Um die weitgehend verkehrsberuhigte Oberstadt noch besser für Touristen, Einkaufsbummel und den Besuch der zahlreichen Biergärten attraktiv zu machen, wollen wir in enger Abstimmung mit den Ladeninhabern versuchen, wieder zu einheitlichen zeitlich eingegrenzten Anlieferungszeiten zu kommen.

Der neue Uni-Campus Firmanei stellt nicht nur eine stadtplanerische, sondern auch verkehrliche Herausforderung dar. Wir werden alles daransetzen, dass nach Fertigstellung des neuen Campus kein zusätzlicher Individualverkehr die Innenstadt belastet. Teil eines solchen Konzepts wird sicherlich auch die Umwidmung der Elisabethstraße in eine Umweltzone für Fußgänger, Radfahrer und ÖPNV sein.

Im Zuge der Baumaßnahmen sind intelligente Verkehrsführungen zur logistischen Abwicklung des Baustellenbetriebs einerseits und der Gewährleistung des fließenden Verkehrs andererseits zu organisieren.

Da wollen wir hin:

- Keine A4 light!
- Lückenschluss der A49 in einem Stück
- Stärkung der innerstädtischen Verteilfunktion der so genannten Stadtautobahn (B3a)
- Tempolimit für PKW und LKW auf der B3a (80 / 60 km/h) und weitere Lärmschutzmaßnahmen
- Weitere Tempo-30-Zonen zur Erhöhung der Sicherheit und Verringerung von Lärm und Abgasen
- Intelligenter Verkehrssteuerung durch einen modernen Verkehrsrechner
- Umgestaltung des Rudolphsplatzes nach Ideenwettbewerb und Bürgerbeteiligung
- Verhinderung von mehr Individualverkehr durch den neuen Uni-Campus
- Umwandlung der Elisabethstraße in eine Umweltzone
- Vermeidung von Behinderungen durch den Baustellenbetrieb für den neuen Uni-Campus.

Ruhender Verkehr

In Marburg gibt es eine ausreichende Zahl von Parkplätzen. In den letzten 10 Jahren sind sogar zusätzliche neue öffentliche Parkplätze entstanden. Dies erstaunt, weil immer wieder behauptet wird, man könne in Marburg nicht adäquat parken. Auch in der politischen Auseinandersetzung wird der bisherigen rot-grünen Koalition vorgeworfen, Parkplätze zu ver-

Miteinander der Verkehrsträger fördern

Herausforderung Uni-Campus Firmanei

Mobilität mit dem Kfz: Unsere Ziele

Parkraum nutzen

nichten und damit dem innerstädtischen Marburger Einzelhandel zu schaden. Das Gegenteil ist richtig.

Wir haben das Parkhaus am Pilgrimstein durch die Stadtwerke sanieren und freundlicher gestalten lassen. Im Zuge der Verkehrsberuhigung in der Biegenstraße sind neue Parkplätze entstanden. Das ehemalige Brauereigelände wurde zum Parkplatz umgebaut, um die Parkflächen auf dem Lahnvorland in ein attraktives Freizeitgelände zwischen Mensa und Schwarzem Wasser umgestalten zu können. Richtig ist: Die Parkplätze auf dem Brauereigelände werden mit der Campus-Bebauung wieder wegfallen. Die im März 2011 neu zu wählende SPD-Fraktion wird deshalb intensiv nach Lösungen und nachhaltigen Konzepten suchen, z. B. durch die Nutzung des Bereichs zwischen Hörsaalgebäude und Stadthalle.

Die vorhandenen Parkleitsysteme sollen erweitert und verbessert werden.

Auch die Park&Ride-Plätze dienen der Entlastung der Innenstadt, von hier aus kommt man gut mit dem ÖPNV in die Kernstadt.

Carsharing ist ebenso eine immer beliebter werdende Alternative zum eigenen Auto. Die umweltfreundliche Methode des Autoteilens benötigt feste Stellflächen für die Fahrzeugflotte. Wo die Bereitstellung durch private Anbieter nicht möglich ist und die Nachfrage im öffentlichen Raum besonders groß ist, wie etwa in der Oberstadt oder im Südviertel, bemühen wir uns um Lösungen im Bereich der öffentlichen Verkehrsflächen, um das Carsharing auch in Zukunft attraktiv und benutzerfreundlich gewährleisten zu können.

Das Anwohnerparken hat sich bewährt und soll auch in Zukunft dort, wo die Anwohner dies wünschen, ausgeweitet werden.

Da wollen wir hin:

- Erhalt eines ausreichenden innerstädtischen Parkplatzangebots
- Verbesserung und Erweiterung der vorhandenen Parkleitsysteme
- Förderung des Carsharing durch Ausweisung von Stellflächen für die Carsharing-Fahrzeuge
- Bedarfsgerechte Ausweitung des Anwohnerparkens

UMWELT, NATUR, ENERGIE

Ökonomie und Ökologie sind kein Widerspruch – im Gegenteil: Es hat sich gezeigt, dass jede Investition in Maßnahmen zum Schutze der Umwelt uns allen zugute kommt, sei es in der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, sei es in der Erhöhung der Lebensqualität. Sozialdemokratische Umweltpolitik zielt darauf ab, zukünftige Umweltbelastungen weitgehend zu vermeiden und bereits eingetretene Umweltschäden zu korrigieren. Deshalb sollen alle öffentlichen und privaten Vorhaben mit nachweislicher Umweltbedeutung einer strategischen Umweltverträglichkeits- bzw. FFH-Verträglichkeitsprüfung entsprechend der europäischen Rechtsetzung unterzogen werden, die die zu erwartenden Umweltfolgen offenlegt.

Zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen und in Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen stellen wir uns den Fragen des Natur- und Landschaftsschutzes, einer umweltverträglichen Energieversorgung, einer ausreichenden, qualitativ guten Trinkwasserversorgung sowie der Abwasserentsorgung, der Reinhaltung von Gewässern und der Luft, dem Lärmschutz und den Problemen der Abfallentsorgung.

Parkkonzept Innenstadt

Anwohnerparken und Carsharing

Auszeit der Mobilität: Unsere Ziele

Umweltschutz kommt allen zugute

Die Marburger SPD bekennt sich zur Verantwortung der Städte und Gemeinden für eine nachhaltige Umwelt- und Energiepolitik. Dafür wollen wir Möglichkeiten ausschöpfen, die uns vor Ort gegeben sind. Der Grundsatz "Global denken, lokal handeln" muss anhand konkreter Maßnahmen in unserer Stadt mit Leben gefüllt werden. Dies umso mehr, als die gegenwärtige CDU-FDP-Bundesregierung ihrer umwelt- und energiepolitischen Verantwortung nicht gerecht wird. Die Bundesregierung setzt auf Atomstrom und große Anlagen und verhindert den Umstieg hin zu erneuerbaren Energien. Das sichert die Gewinne der vier großen Stromkonzerne und den Erhalt ihrer Monopolstellung auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger: Die Instandhaltungskosten der AKW für längere Laufzeiten werden ebenso auf den Strompreis abgewälzt, wie die Entsorgungskosten rostender Atommüllfässer in maroden Salzbergwerken vom Steuerzahlen übernommen werden. Das Verursacherprinzip wird auf den Kopf gestellt: Gewinne bleiben bei den Aktionären, Risiken zahlen die Bürgerinnen und Bürger.

Natur- und Landschaftsschutz

Natur- und Landschaftsschutz ist auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten eine dringliche Aufgabe der Nachhaltigkeitsstrategie für die Stadtentwicklung Marburgs. Unsere Naturschutzpolitik zielt daher darauf, diesem existenziellen Thema grundsätzlich einen entsprechenden Stellenwert bei allen baulichen Maßnahmen einzuräumen. Das bedeutet für uns konkret, dass ökologische Belange in naturschutzfachlichen Umweltqualitätszielen umfassend Berücksichtigung finden:

So hat die Stadt Marburg im Jahr 2010 im Rahmen des Jahres der Artenvielfalt (Biodiversität) eine Resolution zum Erhalt der Biodiversität unterzeichnet. Sie verpflichtet sich damit im Sinne unserer Forderung, den Erhalt und die Entwicklung der Artenvielfalt bei allen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Darüber hinaus beteiligt sich die Stadt am Wettbewerb "Bundeshauptstadt der Biodiversität".

Ein Beitrag dazu wird durch die von der Marburger SPD initiierte Umgestaltung einiger öffentlicher Bereiche (Schülerpark, Verkehrsinseln) in blütenreiche Grünflächen geleistet. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, diese Entwicklung voranzutreiben und damit sowohl die ökologische Vielfalt als auch die Attraktivität innerhalb des Stadtgebietes zu erhalten.

Überschwemmungsgebiete und Uferbereiche von Gewässern sollen über die gesetzlichen Vorgaben hinaus im Stadtgebiet von Marburg von Bebauung freigehalten und den natürlichen Verhältnissen entsprechend gestaltet, geschützt und erhalten werden. Grundlage hierfür sind die nunmehr vorliegenden Maßnahmenpläne zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Durch den Rückbau und die Wegnahme der Parkplätze am Lahnufer in der Uferstraße und ihren anderweitigen Ersatz zugunsten einer naturnahen Naherholung haben wir bereits einen wichtigen Beitrag dazu geleistet.

Ein konsequent verfolgter Natur- und Landschaftsschutz ist eine notwendige Voraussetzung zur Erhaltung der Pflanzen- und Tierwelt. Nur so besteht die Chance, die Basis für eine lebenswerte Natur und Umwelt im Interesse nachfolgender Generationen für die Stadt Marburg zu bewahren.

Nachhaltigkeit kommunaler Umwelt- und Energiepolitik

Beachtung des Natur- und Land- schaftsschutzes

Erhalt der Biodiversität

Schutz von Ufer- und Über- schwemmungs- gebieten

Saubere Luft und Schutz vor Lärm

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden uns weiter dafür einsetzen, dass die Belastung mit Luftschadstoffen im Interesse der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger minimiert wird.

Die Stadtwerke Marburg handeln bereits seit Jahren in diesem Sinne, z. B. durch die sukzessive Umstellung ihrer Busflotte auf Erdgastechnik oder die umfangreichen Förderprogramme zur Umrüstung von PKW oder Heizungsanlagen auf schadstoffarme oder schadstofffreie Techniken.

Ebenso wichtig wie die Luftreinhaltung und eng damit verknüpft ist der Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger vor Lärmbelastungen. Daher fordern wir für die Stadt Marburg die Aufstellung eines Lärminderungsplans sowie die Überarbeitung des nicht mehr aktuellen Schallemissionsplans.

Die Marburger SPD wird sich in diesem Sinne weiterhin für verkehrsberuhigende Maßnahmen und, über den unzureichenden Luftreinhalteplan des Landes hinaus, die Senkung der Lärmemissionen von der B3a durch ein Tempolimit von 80 km/h für PKW und 60 km/h für LKW einsetzen.

Gesunde Ernährung für Mensch und Umwelt

Die Marburger SPD setzt sich für gesunde Ernährung und ressourcenschonende Herstellung von Nahrungsmitteln ein.

Unsere Ernährungsgewohnheiten wirken sich nicht nur auf uns selbst aus, sondern haben auch weitreichende Folgen für die Umwelt. Hoher Fleischkonsum führt beispielsweise dazu, dass der Treibhauseffekt über die Ausscheidungen der Tiere massiv verstärkt wird. Ackerflächen müssen für den Anbau von Tierfuttermitteln verwendet werden, anstatt dass sie die Menschen direkt ernähren – für die Fleischproduktion muss ein Mehrfaches an Nahrungsmitteln aufgewendet werden. Nicht zu vergessen ist, dass auch die ethisch und tierschutzrechtlich problematische Massentierhaltung eine Folge des hohen Fleischkonsums bei gleichzeitiger Erwartung billiger Preise ist. Auch weite Transportwege belasten die Umwelt unnötig.

Auf kommunaler Ebene haben wir deshalb in Kindergärten und Schulen dafür gesorgt, dass dort gesunde Kost weitgehend regionaler Herkunft angeboten wird. Auch die Mensa der Philipps-Universität arbeitet in dieser Richtung und hat dafür das Prädikat „qualitätsgeprüft“ erhalten. Die Stadtverwaltung wie viele andere Einrichtungen auch schenken darüber hinaus fair gehandelten Kaffee aus.

Als weiteren Schritt für eine verantwortungsbewusste Ernährung wollen wir dem Beispiel anderer Städte folgen und einen "Veggy-Day" initiieren. Das bedeutet, dass an einem Tag der Woche in Kantinen und Restaurants ausschließlich fleischlose Kost angeboten wird. Selbstverständlich sollen auch die Bürgerinnen und Bürger überzeugt werden, freiwillig einmal in der Woche auf Fleisch zu verzichten. Dabei wird der Veggy-Day von vielfältigen Informationen und Aktionen zum Thema begleitet.

Wasser und Abwasser

Wasser ist eines der wertvollsten Naturgüter und gehört zu den elementaren Lebensgrundlagen. Die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit sauberem Trinkwasser zu bezahlbaren Preisen ist daher ein unverzichtbarer Teil der Daseinsvorsorge jedes kommunalen Gemeinwesens. Diese Daseinsvorsorge darf nie den allein auf privaten Gewinn fixierten In-

Minimierung von Emissionen im ÖPNV

Verkehrsberuhigung

Ernährung und Umwelt

Gesunde Ernährung fördern

Veggy-Day

Privatisierung: Nicht mit uns!

teressen des Marktes geopfert werden. Deshalb wiederholen wir unsere unverrückbare Position auch an dieser Stelle: keine Privatisierung der Wasserversorgung!

Vielmehr werden wir weiter dafür sorgen, dass die Trinkwasservorkommen in Marburg besonders geschützt werden und die Wasserpreise bei hoher Eigenerzeugung (60 %) niedrig bleiben.

In der Abwasserentsorgung ist die von der Marburger SPD geforderte verbesserte Effizienz und Leistungsfähigkeit durch die Übernahme des Kanalnetzes durch den Dienstleistungsbetrieb (DBM) sowie der Betriebsführung und Investitionstätigkeit auf diesem Gebiet durch die Stadtwerke umgesetzt worden.

Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass die notwendigen Investitionen in den Erhalt und Ausbau des Kanalnetzes und der Kläranlagen bei höchsten ökologisch-technischen Standards ohne höhere Belastung der Bürgerinnen und Bürger erfolgen können.

Abfall und Altlasten

In der Abfallwirtschaft gibt es aus sozialdemokratischer Sicht zu den Grundsätzen der Abfallvermeidung und optimalen Verwertung unvermeidbarer Abfälle keine Alternative.

Die Sicherstellung der Entsorgung ist eine wesentliche kommunale Aufgabe.

Sie trägt unmittelbar zur Lebensqualität bei und befriedigt die Grundbedürfnisse eines jeden Bürgers. Dabei darf die damit verbundene finanzielle Belastung nicht unendlich sein.

Für eine gerechte und soziale Politik sind die Stadtwerke, der Dienstleistungsbetrieb (DBM) und die Marburger Entsorgungs-Gesellschaft (MEG) von besonderer Bedeutung. Wir brauchen sie als kommunale Gesellschaften bzw. Eigenbetriebe, um unsere ökologischen Zielvorstellungen umzusetzen und um das Leben in unserer Stadt – wenn es weiterhin sozial gerecht gestaltet sein soll – bezahlbar zu machen.

Öffentliche Straßenreinigung, Entsorgung, Winterdienst, Pflege der Grün- und Parkanlagen sowie die Unterhaltung der Radwege, Stege und ca. 400 km Straßenkanäle – diese Leistungen werden von den städtischen Gesellschaften und Eigenbetrieben wie z. B. dem DBM und der MEG zu Preisen vorgehalten und gesichert, für die es so keine private Konkurrenz gibt.

Denn nicht maximaler Gewinn, sondern das Gemeinwohl Marburgs ist oberste Priorität.

Wir fordern weiterhin die flächendeckende Sanierung der Altlasten im Stadtgebiet. Dabei ist das Verursacherprinzip strikt einzuhalten.

Mit der vollständigen Kartierung der Altablagerungen (kommunale Flächen) und Altstandorte (meist private Flächen) sowie der Erstellung einer Prioritätenliste sind die Grundlagen dafür bereits gelegt. Die kartierten Altablagerungen werden sukzessiv untersucht sowie saniert.

Wir fordern, dass für die erforderlichen Untersuchungs- und Sanierungsmaßnahmen auch in den restlichen kommunalen Standorten sowie an den Altstandorten eine angemessene finanzielle Unterstützung durch das Land erfolgt.

Kommunale Energiepolitik für den Klimaschutz

Wichtigstes Ziel kommunaler Energiepolitik ist die Reduzierung des Energieverbrauchs und damit auch die Verbesserung des Klimaschutzes durch sinnvolles Energiesparen. Unser Energiebedarf muss möglichst rationell erzeugt und verbraucht werden, unter Ausweitung der aus Sonne, Wind, Wasser, Biomasse (z. B. Holz) und mittels Kraft-Wärme-Kopplung erzeugten Energie im Sinne der Lokalen Agenda 21, die immer noch Richtungweisend ist.

Energieeffizienz, d. h. die bestmögliche Ausnutzung des Energieeinsatzes etwa durch Ver-

Gebühren niedrig halten

Grundsatz bleibt Abfallvermeidung

Gemeinwohlorientierung

Kartierung und Sanierung der Altstandorte

Energiesparen und Energieeffizienz

meidung von Abwärme oder verbrauchsarme Leuchtmittel, ist ein elementarer Baustein mit großem Energiesparpotenzial. Die Abkoppelung von die Umwelt belastenden fossilen Energieträgern wie Öl, Kohle und Gas sowie von Uran mit nicht kalkulierbaren Preisrisiken durch Rohstoffknappheit und internationale Spekulation ist zugleich ein Beitrag zur Senkung privater Energiekosten.

Durch die vorausschauende Kommunalpolitik der Marburger SPD ist die kommunale Energiewirtschaft als wichtiger Baustein der öffentlichen Daseinsvorsorge weiter gestärkt worden. Die Stadtwerke Marburg GmbH behaupten sich als regionaler Energieversorger ökonomisch erfolgreich im liberalisierten Energiemarkt durch die konsequente ökologische Ausrichtung der stetig zunehmenden Eigenproduktion von Energie sowie die Erweiterung des eigenen Stromnetzes.

Diese Politik zahlt sich für Marburg und ihre Bürgerinnen und Bürger aus: Wir können viele Arbeitsplätze in Marburg halten und sogar weitere schaffen. In den Stadtwerken und ihren Tochtergesellschaften sind fast 600 Mitarbeiter beschäftigt. Ein Verkauf von Stadtwerken wäre deshalb auch ein Arbeitsplatzvernichtungsprogramm!

Durch die wachsende Klima und Ressourcen schonende Eigenerzeugung von Energie werden wir unabhängiger vom Markt und dem Oligopol der Stromkonzerne mit deren rücksichtsloser Atom- und Kohlepolitik und leisten auch einen wichtigen Beitrag zum Erhalt einer lebenswerten Umwelt für kommende Generationen.

Weiter wurde bisher erreicht:

Seit Juli 2009 werden alle privaten Kundinnen und Kunden der Stadtwerke in der Stadt und dem Landkreis ausschließlich mit Ökostrom beliefert.

Mit der Übernahme des Bürgerwindrades in Wehrda betreiben die Stadtwerke an diesem Standort drei Windkraftanlagen. Die Entwicklung weiterer Standorte, die einen guten Energieertrag liefern, ist in Vorbereitung, etwa in der windgünstigen Lage bei Bad Endbach. Auch die Beteiligung am Offshore-Windpark Bard 1 vor Borkum dient dem Ziel einer nachhaltigen Erzeugung erneuerbarer Energien für Marburg.

2010 wurde die Biogasanlage in der Kompostierungsanlage Cyriaxweimar in Betrieb genommen. Das Biogas wird in das Blockheizkraftwerk (BHKW) im Stadtwald geleitet und dort mittels Kraft-Wärme-Kopplung in Strom und Wärme umgewandelt.

Ein weiteres beispielgebendes Projekt kommunaler Energiepolitik ist die Nahwärmeversorgung von Marburger Schulen und der beiden Hallenbäder und im Wohnungsbau (Richtsberg), die zum Teil mit Hilfe der GeWoBau verwirklicht werden konnten.

Dank der vielfältigen städtischen Unterstützung ist die Erzeugung von Solarstrom, meist im privaten Bereich, auf über 1 Megawatt (MW) installierter elektrischer Leistung angestiegen. Insgesamt erzeugen die Stadtwerke ca. 10 % des in Marburg verbrauchten Stroms selbst, und zwar ausschließlich aus erneuerbaren Energieträgern wie Sonne, Wind und Wasser sowie mittels innovativer Kraft-Wärme-Kopplung.

Einen zentralen Beitrag zum Umstieg auf erneuerbare, regional erzeugte Energien ist die Rekommunalisierung der Stromnetze. Die Städte und Gemeinden des Landkreises haben die Chance, in einer gleichberechtigten interkommunalen Zusammenarbeit mit der von den Stadtwerken Marburg gegründeten Netzgesellschaft "Energie Marburg-Biedenkopf GmbH" die Stromnetze selbst zu betreiben. Das bringt Vorteile für alle: Die Einnahmen aus dem Stromverkauf führen zu einer Wertschöpfung in der Region. Das Geld der Bürgerinnen und Bürger fließt nicht an die Energiekonzerne und deren Aktionäre, sondern wird für Investiti-

**Ökologische
kommunale
Energiever-
sorgung**

**Ökostrom ohne
Mehrpreis**

**Neue Techniken
voranbringen**

**Stromnetze
gehören in die
Hand der
Kommunen!**

onen in nachhaltige, klimaschonende Energieerzeugung und den Erhalt und Ausbau von Arbeitsplätzen vor Ort verwendet.

Eine große Herausforderung für den Umstieg auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz besteht bei bestehenden Gebäuden. Was in allen neu aufgestellten Bebauungsplänen bereits Standard ist, muss auch auf Altbauten übertragen werden, die den weitaus größten Teil des Gebäudebestands ausmachen. Deshalb haben wir in der rot-grünen Koalition die europaweit viel gelobte und mit Preisen ausgezeichnete Solarsatzung beschlossen, die genau diesem Ziel dient: der kommunalen Verantwortung für eine ressourcen- und klimaschonende Erzeugung von Energie für Heizung und Warmwasserbereitung gerecht zu werden.

Da wollen wir hin:

- Erhöhung der Eigenenergieerzeugung der Stadtwerke Marburg aus erneuerbaren Energien auf 20 % der gesamten in der Stadt Marburg verbrauchten Strommenge
- Stärkung der dezentralen, an den Bedürfnissen der Menschen orientierten Energieerzeugung
- Erhöhung der Eigenerzeugung von sauberem Strom durch Solaranlagen, Wind- und Wasserkraft an den ökonomisch effizientesten Standorten
- Umfassende Bürgerbeteiligung bei der Entwicklung neuer Standorte und Berücksichtigung der Interessen des Natur- und Landschaftsschutzes
- Unterstützung aller Bemühungen der Kommunen im heimischen Raum bei der Rekommunalisierung der Stromnetze
- Ausbau der Nahwärmeversorgung durch hocheffiziente Heizkraftwerke mittels Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)
- Schrittweise Umstellung der KWK-Anlagen auf Biogas
- Unterstützung aller privaten Initiativen zum Betrieb von Anlagen mit erneuerbaren Energieträgern
- Umsetzung der Ziele der Marburger Solarsatzung, d. h. die Umstellung auf alternative Ausstattung mit Solarthermie, Photovoltaik, Holzpellettheizung oder Blockheizkraftwerken bei Heizungstausch oder Dacherneuerung von Bestandsbauten

BRANDSCHUTZ, FEUERWEHR, LEBENSRETTUNG

Die Stadt Marburg als Träger des Brandschutzes ist für das Sicherheitsniveau der Bürgerinnen und Bürger in der Universitätsstadt Marburg verantwortlich und hat für den örtlichen Brandschutz und die allgemeine Hilfe finanziell und organisatorisch zu sorgen. Die Einsatzabteilungen der Freiwilligen Feuerwehren als eine der tragenden Säulen des öffentlichen Sicherheitssystems nehmen diese Aufgaben in vorbildlicher Art und Weise wahr. Die Aufgabenschwerpunkte der Feuerwehren haben sich im Laufe der Zeit erheblich erweitert und verändern sich ständig auf das Neue.

Steigerung der Energieeffizienz

Kommunale Energiepolitik: Unsere Ziele

Verantwortung für Sicherheit und Schutz

Zu den Pflichten gehören heute neben dem Brandschutz vor allem technische Hilfeleistungen bei Unglücks- und Notfällen, im Gefahrgutbereich und bei der Abwehr von Umweltschäden. Dies alles erfordert besonders qualifizierte Fachleute, die sich in der Brandbekämpfung unter Atemschutz, Unfallverhütung, Ersten Hilfe und im Vorbeugenden Brandschutz auskennen. Zudem ist eine technische Ausrüstung erforderlich, die den vielfältigen Aufgaben entspricht und auf dem neuesten Stand ist. Das Land Hessen zieht sich nach wie vor immer mehr aus der zeitnahen finanziellen Verantwortung zurück.

Die Marburger SPD ist sich ihrer Verantwortung für die Feuerwehren auch in Zukunft bewusst. Die Marburger SPD steht, wie in all den Jahren zuvor, für die Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel, um die Ausbildung der Feuerwehren weiterhin zu fördern, sie mit der notwendigen Technik auszustatten und sie in ihrer laufenden Arbeit gemäß den neuesten Anforderungen zu unterstützen.

Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt den notwendigen baulichen Anlagen und Einrichtungen für die Feuerwehren. Wir haben uns in der Vergangenheit immer für den Erhalt und die Erweiterung der Hauptfeuerwehrwache in Marburg eingesetzt. Das werden wir genauso in der Zukunft tun. Alle Freiwilligen Feuerwehren Marburgs und Rettungsorganisationen haben eine eigene vorzeigbare Unterkunft erhalten. Wir haben damit unsere Versprechen eingelöst.

Um die Rettungsorganisationen und Feuerwehren weiter zu stärken, fordern wir die Umsetzungen von notwendigen Anschaffungen nach den Prioritäten und nach den Vorgaben des fortentwickelten Feuerwehrbedarfs- und -entwicklungsplanes – mit Augenmaß und unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten.

Da wollen wir hin:

- Verbesserung der Möglichkeiten der Aus- und Fortbildung für Feuerwehrleute
- Vermeidung von Nachteilen durch den ehrenamtlichen Einsatz bei Rettungsorganisationen, etwa im Beruf
- Verbesserung der Brandschutzerziehung an Schulen und Kindergärten
- Besondere Unterstützung der Arbeit bei den Jugendfeuerwehren für die Nachwuchsarbeit
- Erhöhung des Mädchen- und Frauenanteils bei den Jugendfeuerwehren
- Erhalt des Freiwilligenprinzips der Feuerwehr als tragende Säule in Brandschutz, Rettung, Bergung und Sicherung
- Errichtung einer Universitäts-Werkfeuerwehr für den Standort Klinikum Lahnberge, die vom Land Hessen eingerichtet und unterhalten wird

Den im breiten Konsens erstellten Feuerwehrbedarfs- und -entwicklungsplan wollen wir kontinuierlich an die sich verändernden Gegebenheiten in unserer Stadt anpassen (neue Gefahrenpotenziale, Einwohnerentwicklung, Gewerbestruktur, Entwicklung der Verkehrswege).

Dabei liegt der Marburger SPD die Zukunft der ehrenamtlichen Arbeit der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Marburg wie auch bei den anderen im Rettungs- und Katastrophenschutz tätigen Organisationen besonders am Herzen. Die SPD ist ein verlässlicher Partner, der das Freiwilligenprinzip mit all ihren Möglichkeiten unterstützt.

**Verantwortung
für Ausstattung
und Technik**

**Verantwortung
für Gebäude und
Fahrzeuge**

**Brandschutz,
Feuerwehr,
Lebensrettung:
Unsere Ziele**

**Feuerwehrent-
wicklungsplan**

**Erhalt der
Freiwilligen
Feuerwehren**

Auch wenn auf Grund der kommunalen Verantwortlichkeit unser Hauptaugenmerk auf der Feuerwehr liegt, wollen wir nach unseren Möglichkeiten auch die anderen Rettungsdienste unterstützen: DLRG, Technisches Hilfswerk, Johanniter und Rotes Kreuz.

Wer zu jeder Tages- und Nachtzeit unter Einsatz von Leben und Gesundheit seine Leistungsbereitschaft zeigt, verdient große Anerkennung. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Aktiven der Freiwilligen Feuerwehren in Marburg und der weiteren Rettungsdienste in unserer Gesellschaft als Vorbilder anerkannt werden, weil sie sich immer wieder uneigennützig in den Dienst der Allgemeinheit stellen.

SOZIALE STADT

Die SPD ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs. Mit unseren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität hat die Marburger SPD die Kommunalpolitik – und damit insbesondere auch die kommunale Sozialpolitik – über Jahrzehnte hinweg entscheidend mitbestimmt. Wir haben über viele Jahre hin ein breites System von Unterstützungsleistungen für unterschiedlichste Lebenslagen aufgebaut, das in der Kooperation der städtischen Fachdienste und der freien Träger gut funktioniert und hilft, Armut und deren Folgen abzufedern, Hilfen bereitzustellen, Teilhabe am Leben zu ermöglichen und Perspektiven zu eröffnen.

Marburg ist eine soziale Stadt!

Dass dies so bleibt – das garantiert nur die SPD.

Folgende Bereiche stehen dabei im Zentrum der sozialdemokratischen Politik für ein soziales Marburg:

- Tolerantes und weltoffenes Marburg: Für ein gelingendes Zusammenleben
- Familie und Generationen: Gut leben, aufwachsen und arbeiten in Marburg, gemeinsam den Alltag gestalten, in Würde und Selbstbestimmung alt werden
- Teilhabe ermöglichen: Allen Bürgerinnen und Bürgern die Teilhabe am öffentlichen, sozialen und politischen Leben ermöglichen
- Prävention und Unterstützung: Entwicklung einer kommunalen Gesundheitspolitik, Hilfen vorausschauend und rechtzeitig anbieten, Unterstützung in schwierigen Lebenslagen sicherstellen

Integration

In Marburg leben Menschen aus über 140 Nationen. Die Marburger SPD will, dass in unserer Stadt alle Menschen ihre Heimat finden, gerne hier leben und am öffentlichen und sozialen Leben teilhaben. Der "Migrationshintergrund", die jeweilige Biografie oder die der Familie mit den je eigenen sozialen, kulturellen und religiösen Prägungen ist zugleich eine Kompetenz, die viel zu oft ungenutzt bleibt.

Deshalb ist das Thema Integration für uns keine Einbahnstraße. Integration fordert die aufnehmende Gesellschaft ebenso wie die Migrantinnen und Migranten. Wir unterstützen in der praktischen Integrationsarbeit deshalb alle Ansätze, die die Fähigkeiten der Migrantinnen und Migranten stärken (Empowerment) und die kulturelle Pluralität als produktive Bereicherung für unsere Stadt begreifen.

**Anerkennung für
Lebensretter**

**Marburg ist eine
soziale Stadt –
dank der SPD**

**Vielfalt als
Kompetenz**

Integration ist in Marburg an vielen Stellen Wirklichkeit. Eine Selbstverständlichkeit ist die kulturelle und ethnische Vielfalt an der Philipps-Universität. Über die Gemeinwesenarbeit am Richtsberg und in weiteren Projekten (Kultur und Kulturen, Interkulturelle Gärten, Bildungspartnerschaften) gelingt das Zusammenleben der Menschen unterschiedlicher Kulturen und die Chancen von Vielfalt werden sichtbar. Viele Menschen mit Migrationshintergrund haben erfolgreich den Sprung in die Selbstständigkeit gewagt und können z. B. ihre interkulturelle Sensibilität in vielen Dienstleistungsbereichen einbringen.

Wichtig für Integration sind Möglichkeiten des Austauschs der Menschen untereinander. Das jährliche Internationale Suppenfest am Richtsberg findet mittlerweile Nachahmer. Über das Projekt "Kultur und Kulturen" findet regelmäßig im Herzen der Stadt, im Rathaus, eine bunte Veranstaltung statt, die vorhandene kulturelle Vielfalt sichtbar macht. Die interkulturellen Feste des Ausländerbeirats ergänzen die Angebote des Kennenlernens und gemeinsam Feierns genauso wie viele hier nicht aufgeführte Initiativen, Feste und Begegnungsmöglichkeiten.

Integration in Marburg wird durch die Arbeit des Ausländerbeirats, des Runden Tisches der Religionen sowie des Runden Tisches Integration des Büros für Integration im Landkreis Marburg-Biedenkopf begleitet.

Der Runde Tisch Integration der Stadt Marburg hat in den vergangenen Jahren beispielhaft dazu beigetragen, das sensible Thema der Errichtung einer Moschee so zu bearbeiten, dass Vertrauen aufgebaut und das Vorhaben nun voraussichtlich ohne weitere Konflikte umgesetzt werden kann. Die Marburger SPD unterstützt den Neubau einer Moschee, weil wir wollen, dass auch Muslime angemessene Räumlichkeiten für ihre Belange haben. Außerdem hat uns das Konzept einer offenen Moschee mit Bildungs- und Begegnungsmöglichkeiten überzeugt.

Integration bedeutet soziale, wirtschaftliche, politische und kulturelle Teilhabe. Dabei wissen wir auch, dass viele Problemlagen von Menschen mit Migrationshintergrund bei anderen Bürgerinnen und Bürgern in ganz ähnlicher Weise vorhanden sind, z. B. die Ausgrenzung auf Grund sozialer Herkunft oder des Wohnsitzes in bestimmten Stadtteilen. Die Integrationspolitik der Marburger SPD wird die verschiedenen Aspekte von Integration immer beachten und zugleich solche Problemlagen als allgemeine Herausforderungen begreifen, die jede und jeden in unserer Stadt betreffen können.

Der Ausländerbeirat leistet eine wichtige Arbeit. Als Partei werden wir den Austausch mit dem Ausländerbeirat intensivieren. Der Ausländerbeirat muss in seinen Funktionen gestärkt werden.

Gelingende Integration stellt nicht nur Herausforderungen an Menschen mit Migrationshintergrund. Eine wichtige Aufgabe der kommenden Legislaturperiode wird die Stärkung der interkulturellen Kompetenz in der Verwaltung, die vollständige Einbindung von Migrantenselbstorganisationen in die allgemeinen Beteiligungsstrukturen sowie mehr Chancen für das Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund in bestehenden ehrenamtlichen Strukturen (z. B. Feuerwehr, Freiwilligenagentur, Vereinswesen) sein. Wir brauchen eine abgestimmte Integrationsstrategie für die Universitätsstadt Marburg.

Da wollen wir hin:

- Toleranz, Respekt und Anerkennung gegenüber allen Menschen, gleich welcher Herkunft oder Religion
- Schaffung von Orten und Möglichkeiten der Begegnung

Integration ist Wirklichkeit

Begegnungen fördern

Neubau einer Moschee für Marburg

Keine Stigmatisierung von Problemlagen

Interkulturelle Kompetenz steigern

Integration in Marburg: Unsere Ziele

- Unterstützende Begleitung des Moscheeprojekts
- Integration als Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen
- Erhöhung der interkulturellen Kompetenz der aufnehmenden Strukturen
- Gleichberechtigte Beteiligung von Migrantenselbstorganisationen am öffentlichen Leben
- Unterstützung der Arbeit des Ausländerbeirats
- Erhöhung des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund in bestehenden ehrenamtlichen Strukturen und bei Vereinen
- Erhöhung des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund in allen Bereichen der städtischen Verwaltung und Gesellschaften
- Zusammenarbeit mit der Philipps-Universität für eine Vernetzung der lokalen Integrationspolitik
- Erstellung eines Konzepts für ein besseres Zusammenleben unter Beteiligung aller maßgeblichen Institutionen, Vereine und Initiativen

Homo- und Transsexualität

Die Marburger SPD setzt sich dafür ein, Ungleichbehandlungen von Menschen mit einer homo- oder transsexuellen Identität zu bekämpfen. Marburg ist eine vielfältige Stadt in jeder Hinsicht – und sie ist offen und tolerant. Dies wollen wir betonen und nach außen tragen. Wir wollen ein Marburg, in dem sich niemand ausgeschlossen fühlt – dies gilt auch für Menschen mit anderen Lebensentwürfen.

Die Marburger SPD wird sich dafür stark machen, Ungleichbehandlungen auf kommunaler Ebene zu überwinden. Wir wollen ein tolerantes Klima in unserer Stadt – und fördern dieses. Bestehende Einrichtungen wie die Aids-Hilfe und Veranstaltungen wie der Super Paradise Beach werden weiterhin unsere Unterstützung finden, damit Marburg neben Gießen ein Zentrum für Lesben und Schwule in Mittelhessen bleibt.

Da wollen wir hin:

- Toleranz, Respekt und Anerkennung gegenüber allen Menschen mit homo- oder transsexueller Identität
- Unterstützung bestehender Einrichtungen wie der Aids-Hilfe

Familie und Generationen

Alte, Junge, Väter, Mütter, Kinder, Alleinerziehende und große Familien, Eltern, Omas und Opas: Sie alle gehören für uns in der Politik zusammen.

In der Familienpolitik geht es nicht nur um Kinderbetreuung, in der sog. "Altenpolitik" nicht nur darum, welche Heime vorhanden sind, wenn – aus welchen Gründen auch immer – die vertraute Umgebung verlassen werden muss. Familien- und Generationenpolitik, gerade auch angesichts des demographischen Wandels, muss der Ausdifferenzierung von Lebens- und Familienformen genauso Rechnung tragen wie dem für alle Menschen geltenden Ziel, ein Leben in sozialer Gemeinschaft und Selbstbestimmung führen zu können. Und schließlich dürfen die sich verändernden Bedingungen des Arbeitsmarktes nicht außer Acht gelassen werden.

Gegen Diskriminierung – für Anerkennung

Toleranz fördern

Familienpolitik ist Generationenpolitik

Politik für Familie und Generationen bedeutet aber in erster Linie, vielfältige Möglichkeiten der individuellen Entfaltung anzubieten. Kinder wollen die Welt erkunden, Jugendliche ihren Interessen nachgehen, Erwachsene nach ihren Bedürfnissen und Vorstellungen die Freizeit gestalten. Seniorinnen und Senioren wollen mit ihren Möglichkeiten am Leben teilhaben. Alle wollen sich einbringen, Kontakte pflegen. Musik, Theater, Kino, Sport und Spiel, Wissenschaft, Bildung und vieles andere – Marburg verfügt über eine breite Palette von Möglichkeiten für jedes Alter. Viele dieser Angebote werden von der Stadt Marburg gefördert. Unser Programm gibt darüber an allen Stellen Auskunft.

Marburger Bündnis für Familien

Die Marburger SPD unterstützt und beteiligt sich am "Marburger Bündnis für Familien", das im Wesentlichen die Ziele einer kinder- und familienfreundlichen Stadt verfolgt. Dazu gehören die Vereinbarung von Familie und Beruf, die Stärkung der Elternkompetenz und die Unterstützung von Vätern und Müttern bei Erziehungsaufgaben sowie von Familien bei der Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger.

Hierbei kommt es auf die Zusammenarbeit vieler an: von Elterninitiativen, Betreuungseinrichtungen, Schulen, Einrichtungen der Familien- und Erwachsenenbildung, von Unternehmen, Gewerkschaften, Parteien und Verbänden sowie von Kirchen, dem Pflegebüro, Kinderärzten und weiteren gesellschaftlichen Akteuren.

Deshalb ist das Bündnis für Familien für uns auch ein wichtiger Ansprechpartner unseres Ziels, Vereinbarkeit von Familie und Beruf verstärkt so zu definieren, dass Zeitstrukturen in Verwaltung und Betrieben so gestaltet werden, dass sie mit den Erfordernissen von Familie vereinbar sind.

Auch wenn demnächst die Bundesförderung für das Mehrgenerationenhaus ausläuft, wollen wir alles daran setzen, dass dieses Projekt mit kommunaler Unterstützung fortgesetzt werden kann. Zahlreiche Familien und Alleinlebende haben durch dieses Angebot neue Gelegenheiten der Begegnung und Unterstützung gefunden. Zugleich gilt es auszuloten, ob und wenn ja, wie die Erfolge und Erfahrungen des Mehrgenerationenhauses übertragbar sind, etwa für die Außenstadtteile.

Gute Betreuungsangebote für Kinder

Ein Schwerpunkt unserer Politik für Familien besteht – neben den Hilfen in besonderen Lebenslagen, die weiter unten beschrieben sind – in der Sicherung und Erweiterung von Betreuungsmöglichkeiten für Kinder. Bezahlbare Gebühren sind uns dabei genauso wichtig wie die Schaffung wohnort- und arbeitsplatznaher Angebote sowie die Wahlmöglichkeiten der Eltern in einer breit aufgestellten Trägerlandschaft in Marburg mit je spezifischen pädagogischen Konzepten. Wie in unserer Schulpolitik gilt auch hier: Die individuellen Bedürfnisse und Interessen der Kinder und Eltern stehen im Mittelpunkt unserer Politik.

Unser Kinderbetreuungssystem muss den Veränderungen von Familienstrukturen (Ein-Kind-Familien, Patchworkfamilien, wachsende Zahl Alleinerziehender, Berufstätigkeit) Rechnung tragen, sowohl im organisatorischen als auch im pädagogischen Bereich. Die Verwirklichung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergarten- und Krippenplatz (ab 2013) war ein wichtiger Schritt in diese Richtung. In Marburg hat jedes Kind vom dritten Geburtstag an "seinen Kindergartenplatz". Wir haben uns dafür eingesetzt, dass möglichst wohnortnahe Einrichtungen verschiedener Träger zur Verfügung stehen, mit bedarfsorientierten Öffnungszeiten und gut qualifiziertem Personal. Schon jetzt gibt es für über 30 % der Kin-

**Selbstbestimmung
in jedem Alter
fördern**

**Zusammenarbeit
organisieren**

**Modell Mehrgene-
rationenhaus**

**Kinder und Eltern
im Mittelpunkt**

**Betreuungs-
angebote mit
hoher Qualität
voranbringen**

der unter 3 Jahren (U3) einen Betreuungsplatz. Wir wollen das Betreuungsangebot bis zum Ende der Wahlperiode (2016) auf 50 % ausbauen.

Mit dem Rechtsanspruch ist aber nur ein Teil des Problems gelöst. Wir wollen Kinderbetreuung mit hoher Qualität, mit gut ausgebildetem und motiviertem Personal. Dafür hat die Marburger SPD schon Sorge getragen, bevor entsprechende gesetzliche Standards erhöht wurden. Dies haben wir für eine gute Betreuung der Kinder im Vorgriff auf gesetzliche Regelungen gemacht (z. B. Betreuungsschlüssel) und aus dem städtischen Haushalt finanziert. Umso mehr ist es ein Skandal, dass die Kosten nur den Kommunen ersetzt werden, die erst auf gesetzlichen Druck hin für Verbesserungen sorgen.

Wir wollen zudem vermehrt Angebote bereitstellen, die Krippen-, Kindergarten- und Hortangebote integrieren, so dass Kinder in einer Einrichtung aufwachsen können – ohne Beziehungsabbrüche (Geschwister, Freunde, Bezugspersonen) durch häufige Einrichtungswechsel. Die Freie Schule und der Waldorfkindergarten lösen dieses Problem vorbildlich; hier sind selbst die Übergänge zur Schule in einer Einrichtung möglich (von der Elementarerziehung zum Abitur).

Eine weitere Aufgabe der Zukunft ist das Zusammenspiel der Kindertagesbetreuung mit einer betrieblichen bzw. wohnortnahen Versorgung, um lange Wege zu vermeiden. Die Kinderbetreuungsborse – betrieben von der Stadt Marburg und dem Landkreis Marburg-Biedenkopf – hilft vor allem Eltern, ihren Betreuungsbedarf sowohl laufend als auch zu ungewöhnlichen Zeiten abzudecken.

Der Aufbau einer flächendeckenden qualifizierten Struktur zur Versorgung mit Tagesmüttern und -vätern soll in den kommenden Jahren vorangetrieben werden. Gleichzeitig ist uns die soziale und wirtschaftliche Absicherung der Tagesmütter bzw. -väter ein wichtiges Anliegen.

Eltern sollen sich zukünftig besser und leichter über die vorhandenen Kinderbetreuungsangebote und deren Träger informieren können. Die Marburger SPD wird deshalb dafür sorgen, dass die bestehenden Berichte in diesem Bereich (z. B. Entwicklungsplan der Kindertagesstätten) um eine für alle zugängliche Darstellung der anbietenden Einrichtungen, deren Träger und Personal sowie deren pädagogische Konzepte erweitert wird.

Auch für Schülerinnen und Schüler wird zukünftig ein umfangreicheres Hort- bzw. Betreuungsangebot notwendig sein. Die SPD setzt sich dafür ein, dass hier Schule und Jugendhilfe eng kooperieren und die konzeptionelle Ausrichtung am Bedarf der Kinder und Jugendlichen orientiert werden.

Auch in den Schulferien sollen Kinder und Jugendliche gemeinsam mit anderen sinnvolle, Spaß machende Aktivitäten entwickeln können. Das entlastet zugleich Familien. In Marburg gibt es deshalb ein breites Angebot der Ferienbetreuung mit pädagogischer Begleitung für alle Altersstufen. Diese Angebote wollen wir weiter ausbauen.

Offene Jugendarbeit, wie sie in Jugendzentren (Club X, Compass, Connex) und Jugendclubs und dem Haus der Jugend geleistet wird, ist ein weiterer wichtiger Baustein für eine kinder- und familienfreundliche Stadt, in der es Spaß macht, sich auszuprobieren und gemeinsam mit anderen etwas zu erleben, Freizeit zu verbringen, Talente zu fördern. Die Marburger SPD unterstützt die offene Jugendarbeit der Stadt und freier Träger in der Kernstadt und in den Stadtteilen. Sie ist uns wichtig. Wir wollen gute räumliche Bedingungen und eine gute Ausstattung. Wir fördern selbstverwaltete Strukturen und Angebote, die Mädchen und Jungen in ihrer positiven Rollenidentität stärken.

Integration von Krippe, Kindergarten und Hort

Betreuung am Wohn- und Arbeitsort

Absicherung der Tagesmütter und Tagesväter

Mehr Informationen

Ausrichtung am Bedarf

Angebote für Schulferien ausbauen

Offene Jugendarbeit fördern

Selbst unter den Bedingungen einer schwierigen Haushaltssituation müssen die notwendigen Gebühren so gestaltet werden, dass jedes Kind an den vielfältigen Angeboten teilnehmen kann.

Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass die Betreuungskosten für die Eltern tragbar und kalkulierbar bleiben. Sinnvoll erscheint uns deshalb eine Gestaltung der Gebühren so, dass unabhängig vom Alter der Kinder jede Betreuungsstunde in einer Einrichtung etwa gleich viel kostet. Darüber hinaus müssen einkommensschwache Eltern weiterhin durch gestaffelte Zuschüsse (im Ergebnis bis zur Gebührenbefreiung) dementsprechend entlastet werden.

Da wollen wir hin:

- Erhalt der von einer vielfältigen Trägerlandschaft verantworteten Angebote der Kinderbetreuung
- Erhöhung des Anteils der U3-Plätze auf 50 %
- Hohe Qualität der Betreuung: gute Ausbildung und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten
- Weiterentwicklung der Kinderbetriebsbörsen und Verbesserung der Informationsmöglichkeiten über die vielfältigen Angebote und Möglichkeiten in der Kinderbetreuung
- Weiterentwicklung der Angebote der Ferienbetreuung
- Erhalt und Ausbau der offenen Jugendarbeit kommunaler und freier Träger
- Erweiterung der Hortangebote im Schulbereich; Sicherstellung einer Nachmittagsbetreuung mindestens bis zum 6. Schuljahr, wenn es kein Ganztagsangebot gibt
- Verbesserung der sozialen Absicherung der Tagesmütter / -väter
- Erhalt der sozialen Gebührenstaffelung in allen Betreuungsbereichen

Gut aufwachsen in Marburg

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen Hilfen und Unterstützung für Kinder, Jugendliche und Familien anbieten, wo immer das gewünscht und notwendig ist. Es geht nicht um Bevormundung, sondern um Hilfe. Entscheidend wird nach unseren Vorstellungen dafür sein, die vorhandenen Strukturen und Angebote besser miteinander zu vernetzen und in ein Gesamtkonzept von Prävention und Hilfe zu überführen, an dem alle beteiligt sind: Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Betreuungseinrichtungen, Pflegedienste, Ärzte, Gesundheitseinrichtungen und andere mehr. Das Prinzip der aufsuchenden Sozialarbeit steht im Vordergrund. Es wird darum gehen, die bestehenden Möglichkeiten besser bekannt zu machen und die begleitende und helfende Funktion deutlicher herauszustellen. Dem dient beispielsweise das Begrüßungspaket für Neugeborene, das anlässlich eines persönlichen Besuchs überreicht wird und über das jede und jeder Informationen über die Möglichkeiten von Hilfen angesichts neuer Aufgaben und Herausforderungen informiert wird und so bei Bedarf entscheiden kann, ob und wenn ja, welche Unterstützungsangebote hilfreich sein können. Junge Eltern haben über Hebammen, Ärzte und über Kitas, Kindergärten und Schulen Kontakte zu Stellen, die in vernetzten Strukturen frühe niedrigschwellige Hilfsangebote machen können.

Soziale Gebühren

Gute Betreuung: Unsere Ziele

Hilfe, Prävention, Vernetzung

Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Immer wieder kommt es vor, dass Kinder, Jugendliche, Eltern oder Familien den Herausforderungen des Alltags nicht gewachsen sind. Die Ursachen sind vielfältig: Leistungsdruck, Erwerbslosigkeit, zerfallende soziale oder familiäre Strukturen und Beziehungen, Perspektivlosigkeit, fehlende Orientierung, Entfremdung, Alkohol- und Drogenkonsum, Versagensängste und vieles andere sind Faktoren, die ein "normales" Leben aus den Fugen geraten lassen.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist die solidarische Hilfe der Gesellschaft für Menschen in schwierigen Lebenslagen ein Kernelement unseres Selbstverständnisses. Angesichts einer sich wandelnden Arbeitswelt und der Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse, im Zeichen von Arbeitslosigkeit und ungleich verteilten Chancen wissen wir, wie schnell Menschen in Not geraten können und wie notwendig Begleitung und Hilfe dann sind.

Neben dem Erhalt und Ausbau der bestehenden Beratungs- und Hilfsangebote wird es für die Marburger SPD in der kommenden Wahlperiode vor allem darauf ankommen, den Gedanken der Prävention mit aufsuchender Sozialarbeit einerseits und die bessere und transparente Verzahnung von Aufgaben und Angeboten im Fachdienstes Jugend ("Jugendamt") mit den Möglichkeiten freier Träger andererseits zu organisieren.

Wir wollen, dass über verschiedene "Sensoren" (Hebammen, Kinderbetreuungseinrichtungen, Schule, Vereine) notwendige Unterstützung für Kinder, Jugendliche oder Familien frühzeitig einsetzen kann. Wichtig ist, dass niedrighschwellige Zugänge vorhanden sind und Vertrauen aufgebaut werden kann. Es geht nicht um Bevormundung, sondern um Begleitung und Unterstützung. Die ambulanten Maßnahmen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe sollen so greifen und gestaffelt aufgebaut sein, dass Herausnahmen von Kindern und Jugendlichen aus Familien die Ausnahme bilden. Betreutes Wohnen muss qualifiziert begleitet werden. Hilfepläne müssen transparent und den sich wandelnden Erfordernissen angepasst sein. Den Beschäftigten der freien Träger, die hier wertvolle Arbeit leisten, müssen kontinuierliche Weiterbildungsmöglichkeiten eröffnet werden.

Kinder und Jugendliche sollen sicher und gewaltlos aufwachsen. Soweit Eltern hierzu Unterstützung benötigen, stehen differenzierte Hilfen (z. B. Starke Eltern – starke Kinder; für Stadtpassinhaber kostenlos) oder individuelle Beratung und ggf. Betreuung bereit. Wir fördern weiterhin das Angebot Menschenskind, das Kinder und Eltern begleitet, die in Risikosituationen leben.

Im Bereich des Kinderschutzes werden wir die Zusammenarbeit zwischen dem Jugendamt und kinderbetreuenden Einrichtungen sowie Beratungsstellen weiter fördern und ausbauen.

Das gesetzlich verankerte Subsidiaritätsprinzip, nach dem freie Träger Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe übernehmen, schafft für die jeweiligen Fachdienste zugleich Freiräume, die ihnen obliegenden Aufgaben umfassend wahrzunehmen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamts brauchen für ihre qualifizierte Arbeit eine geeignete räumliche und personelle Ausstattung. Wir wissen, dass die Belastungen hoch sind. Umso mehr wird gemeinsam nach Wegen zu suchen sein, damit die sensiblen und verantwortungsvollen Aufgaben im Interesse derjenigen, die Hilfe bedürfen, besser erfüllt werden können.

**Solidarische,
aufsuchende
Angebote**

**Prävention steht
im Mittelpunkt**

**Begleitung
und niedrig-
schwellige
Zugänge**

**Gewaltfrei
aufwachsen**

**Gute Bedingungen
für alle, die
engagiert tätig
sind**

Trennung und Scheidung

Kinder sind besonders betroffen, wenn ihre Eltern sich streitig trennen und deshalb nicht in der Lage sind, das Wohl der Kinder zu gewährleisten. Eltern und Kinder sind in dieser Situation besonders auf Beratung und Hilfe durch begleitende Dienste angewiesen.

Eine besondere Herausforderung für die Beratung, Begleitung und Unterstützung stellen die jüngsten Gesetzesänderungen im Familienrecht (FamFG – Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, Sorgerechtsregelung nicht miteinander verheirateter Eltern) dar.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Vielfalt der Beratungs- und Hilfeangebote in diesem Bereich entsprechend der neuen Anforderungen ausgebaut wird, damit Kindern auch nach Trennung und Scheidung ihr Recht auf gute Beziehungen zu beiden Eltern und der jeweiligen Verwandtschaft ermöglicht wird. Zusätzliche Aufgaben, zum Beispiel Beratung der Eltern, Mediation, begleiteter Umgang und Kontaktanbahnung nach langer Unterbrechung des Kontaktes zum außerfamiliär lebenden Elternteil, sind weitere Elemente einer auf das Kindeswohl orientierten Jugendhilfe.

Da wollen wir hin:

- Prävention, aufsuchende Hilfen und frühzeitige Begleitung als zentrales Prinzip der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
- Erhalt der Kinder- und Jugendarbeit in den Stadtteilen
- Sicherung des Projekts "Jugendhilfe-Schule" für sozialpädagogische Angebote über die Schule
- Sicherung des Sorgentelefon für Kinder und Jugendliche
- Ausbau des Pflegekinderdienstes, damit Kinder und Jugendliche, die nicht mehr bei den Eltern bleiben können, alternative familiäre Betreuungs- und Versorgungsmöglichkeiten haben.
- Erhalt der Angebote des betreuten Wohnens zur Verselbstständigung von Jugendlichen und jungen Volljährigen.
- Förderung von Institutionen und Initiativen gegen häusliche Gewalt
- Erhalt der Tagesgruppe(n) für verhaltensauffällige Kinder und Jugendliche
- Finanzielle Absicherung von Einrichtungen, die straffällig gewordenen Jugendlichen helfen
- Absicherung und Ausbau der Erziehungsberatungsstellen, weil Prävention wirkungsvoller und besser ist als notwendige nachgehende Hilfe
- Ausbau der sozialpädagogischen Familienhilfe und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen durch qualifizierte Betreuerinnen und Betreuer
- Supervision und Qualitätssicherung in allen Bereichen der Jugendhilfe, enge und zugleich transparente Verzahnung von Jugendamt und freien Trägern
- Verbesserung der Arbeitssituation für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamts, angemessene räumliche und personelle Ausstattung
- Kontinuierliche Weiterbildung von allen im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Tätigen

**Hilfe in
besonderer
Situation**

**Kinder- und
Jugendhilfe:
Unsere Ziele**

Gut alt werden in Marburg

Ziel sozialdemokratischer Politik für Menschen im Alter ist ein Leben in Selbstbestimmung und Würde. Wir wollen die aktive Teilhabe der älteren Generation am Leben. Der Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Matthias Platzeck, bringt es auf den Punkt: "Alte Menschen leben anders, alte Menschen kaufen anders, alte Menschen lieben anders, aber sie tun all das. Freuen wir uns doch darüber, dass sie es heute länger tun als noch vor 50 Jahren. Das war doch unser Ziel!" Die Marburger SPD nimmt die Herausforderungen und Chancen des demographischen Wandels an. Gut alt werden in Marburg – das ist unser Ziel. Studien besagen zugleich, dass Altersarmut in Zukunft weiter zunehmen wird. Wir wollen mit unseren Möglichkeiten dafür sorgen, dass Armut auch im Alter nicht zur Ausgrenzung führt. Das fängt bei einfachen Dingen an: Mobilität, Barrierefreiheit, die wohnortnahe Versorgung, das Angebot von kulturellen und anderen Freizeitaktivitäten ermöglichen Kontakte und am Leben teilzuhaben.

Mit der Errichtung des Beratungszentrums mit integriertem Pflegestützpunkt am Rudolphsplatz und der Schaffung der Stelle einer sog. "Altenplanerin" hat die Marburger SPD dafür gesorgt, dass künftig Beratung für ältere und pflegebedürftige Menschen an einem Ort und unter verbesserter Einbeziehung der Hilfsmöglichkeiten erfolgen kann. Die neue Stabsstelle Altenplanung ermöglicht außerdem die konsequente Weiterentwicklung der Marburger kommunalen Altenplanung. Die Befragungen, die in Marbach, Michelbach und Cappel begonnen haben, um Dorf bzw. quartierbezogene Bedarfe zu entwickeln, sollen fortgesetzt werden.

Ein wichtiges Thema des Altwerdens ist das selbstbestimmte Wohnen. Wir unterstützen alle darin, so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden, in vertrauter Umgebung zu bleiben. Für den Fall, dass dies nicht mehr geht oder dass die Pflege durch Angehörige nicht mehr möglich ist, fördert die Marburger SPD eine breite Vielfalt von Wohn- und Unterbringungsmöglichkeiten. Das fängt bei der Schaffung barrierefreien Wohnraums an – einschließlich entsprechender Sanierung des Wohnungsbestands – und hört bei menschenwürdigen Pflegeheimen auf. Diese müssen, gemeinsam mit den Wohnungsbaugesellschaften und Akteuren der Politik für ältere Menschen, stadtteilbezogen entwickelt und umgesetzt werden.

Wir wollen, dass Menschen im Alter auch Kontakt zu Jüngeren haben und beide Altersgruppen mit gegenseitigem Gewinn miteinander leben. Deshalb setzt sich die Marburger SPD für Projekte gemeinschaftlichen Wohnens ein, z. B. im Stadtwald.

Mit der Marburger Altenhilfe GmbH haben wir zudem ein Instrument in der Hand, selbst Angebote für Generationen zu schaffen. Unter Führung der SPD konnte die Marburger Altenhilfe aus wirtschaftlich schwierigem Fahrwasser herausgeholt und die Rückkehr in einen einheitlichen Tarifvertrag für alle Beschäftigten erreicht werden. Das Altenzentrum Auf der Weide ist auf dem besten Weg, mit neuen Angeboten und höherer Inanspruchnahme auch betriebswirtschaftlich auf gutem Boden zu stehen.

Die SPD will, dass die Marburger Altenhilfe GmbH von städtischen Zuschüssen unabhängig bleibt. Dafür sind der Neubau eines Altenheims in der Nachbargemeinde Cölbe sowie auf dem Richtsberg zentrale Voraussetzungen. Hier entstehen keine Bettenburgen, wie sie private Anbieter planen – und die wir nicht wollen! –, sondern qualitativ hochwertige Angebote mit abgegrenzten, kleinen Wohneinheiten, die zudem durch flexibel an sich verändernde Nachfrageverhältnisse angepasst werden können. Wir wollen außerdem, dass sich die Marburger Altenhilfe auch an weiteren, wohnortnahen Standorten beteiligt oder

**Teilhabe
ermöglichen**

**Altersarmut
vermeiden**

**"Altenplanung"
und Beratung**

**Selbstbestimmt
leben**

**Alte nicht aufs
Altenteil
abschieben:
Generationen
verbinden**

**Zukunft der
Marburger
Altenhilfe GmbH**

diese selbst betreibt, sofern sich dies mit unseren Qualitätsansprüchen für Beschäftigte und Bewohnerinnen und Bewohner vereinbaren lässt und das Konzept wirtschaftlich nachhaltig tragfähig ist.

Da wollen wir hin:

- Ermöglichung von Selbstbestimmung bis ins Alter
- Schaffung barrierefreien Wohnraums und entsprechende Sanierung des Wohnungsbestands
- Förderung aller Möglichkeiten, möglichst lange in vertrauter Umgebung zu leben
- Förderung von Projekten generationenübergreifenden, gemeinschaftlichen Wohnens
- Weiterentwicklung der kommunalen Altenplanung unter Einbeziehung aller Beteiligten und stadtteilbezogener Bedarfsbefragungen
- Ausbau der Angebote im neuen Beratungszentrum mit integriertem Pflegestützpunkt
- Sicherung der nachhaltigen wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit der Marburger Altenhilfe bei hohen Qualitätsstandards
- Bau einer neuen, integrierten Wohnanlage der Marburger Altenhilfe mit flexiblen, abgegrenzten Wohngruppen und der dort vorhandenen Möglichkeit des "betreuten Wohnens" am Richtsberg (Ersatz für das Altenheim in der Sudetenstraße)
- Sicherung der Mobilität von Menschen im Alter durch entsprechende Angebote im ÖPNV und Ausstattung der Fahrzeuge, durch Seniorenparkplätze im Innenstadtbereich, durch Ausbau von Gehwegen, Sitzgelegenheiten und ÖPNV-Haltestellen, die sicheres Fortkommen ermöglichen
- Sicherung wohnortnaher Versorgungsleistungen (Einzelhandel, medizinische Versorgung)
- Erhalt der Fortbildungsangebote und Beteiligungsmöglichkeiten der Volkshochschule und der Freiwilligenagentur
- Förderung von Initiativen und Vereinen, die besondere Angebote für ältere Menschen oder für Generationen anbieten; Entwicklung altersspezifischer Angebote im Sport
- Einbeziehung der Stadtteilgemeinden, Ortsbeiräte und Träger der Gemeinwesenarbeit bei der Weiterentwicklung der Politik für Ältere, Förderung und Berücksichtigung der Arbeit des Seniorenbeirats und der ehrenamtlich arbeitenden Heimbeiräte

Teilhabe ermöglichen

Das Zusammenleben in unserer Stadt wurde durch die kommunale Sozialpolitik der Marburger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten entscheidend geprägt. Durch das Engagement zahlreicher – auch öffentlich geförderter – Einrichtungen, Verbände, Vereine und Initiativen wurde das Leben in Marburgs Stadtteilen lebenswerter und offen, ohne dass hierbei soziale und kulturelle Intoleranz vorherrschen. Wir wollen, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger am öffentlichen Leben beteiligen können und sie Verantwortung übernehmen und ihr Dorf, ihren Stadtteil oder ihr Quartier gemeinsam weiterentwickeln und die Perspektiven für ein gutes Zusammenleben in Marburg schaffen.

Gemeinwesenarbeit

Sozialdemokratische Politik in Marburg wird weiterhin der sozialen und wirtschaftlichen Sicherung und der Integration aller Menschen unserer Stadt dienen. Kommunale Sozialpoli-

**Generationen in
Marburg: Unsere
Ziele**

**Teilhabe,
Verantwortung,
Vielfalt**

tik bedeutet in Marburg schon seit Jahrzehnten auch die Verbesserung der Infrastruktur ganzer Stadtteile. Schwerpunkte werden wie bisher verschiedene Bereiche des Waldtals, des Richtsbergs und Ockershausen / Stadtwald sein. Hier gibt es durch bauliche Bedingungen und die Sozialstruktur besondere Herausforderungen.

Zusammen mit den freien Trägern der Gemeinwesenarbeit ist hessen- wie bundesweit bereits Vorbildliches geleistet worden. Die von der Marburger SPD immer stark unterstützte traditionelle Gemeinwesenarbeit mit ihrer Kinder-, Jugend-, Erwachsenen- und Integrationsarbeit ist aus den Lebenszusammenhängen der Menschen in diesen Marburger Stadtteilen nicht mehr wegzudenken. Die Menschen wirken an der Gestaltung und Weiterentwicklung ihres Stadtteils mit, setzen sich für ihre Interessen ein, bestimmen mit. Der Arbeitskreis Soziale Brennpunkte (AKSB) im Waldtal, die Initiative für Kinder-, Jugend- und Gemeinwesenarbeit (IKJG) im Stadtwald oder die Bürgerinitiative für soziale Fragen (BSF) am Richtsberg haben ein anerkanntes, gut genutztes Beratungs- und Unterstützungsangebot entwickelt, das für die positive soziale Entwicklung der Stadtteile und ihrer Bewohnerinnen und Bewohner unerlässlich ist.

Die CDU-geführte Regierung hat durch die vollkommene Streichung aller Landeszuschüsse für die Gemeinwesenarbeit die Versorgung der Bewohnerinnen und Bewohner – insbesondere der Kinder und Jugendlichen sowie der Familien – sehr gefährdet. Denn Beratungs- und Kinderbetreuungsangebote von freien Trägern können ohne diese Mittel nicht mehr im bisherigen Umfang aufrechterhalten werden.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten arbeiten bei der demokratischen Gestaltung der Gemeinwesenarbeit mit. Sie engagieren sich unter anderem im Arbeitskreis Richtsberg sowie in vielen weiteren Trägervereinen. Die Marburger SPD wird die Gemeinwesenarbeit in den kommenden Jahren weiter unterstützen und neuere Ansätze besonders fördern. Das sind z. B. Eltern-Kind-Gruppen als spezielles Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren, die künftigen Vorhaben der Gemeinwesenprojekte zur Eingliederung vor allem benachteiligter Jugendlicher in Ausbildung und Arbeit sowie die soziale Integration zugewanderter Neubürger. Auch die unten beschriebenen kommunalen Sozial- und Gesundheitszentren gehören langfristig ebenso dazu wie Familienzentren als Treffpunkte der Generationen mit integrierten Beratungs- und Hilfsangeboten.

Dabei verkennen wir nicht, dass "Gemeinwesenarbeit" auch in eher traditionellen Vereinsstrukturen und auch über die Stadtteilgemeinden stattfindet – und zwar in allen Stadtteilen. Auch das verdient unsere Anerkennung und Unterstützung. Unser Ziel ist deshalb, mit allen Engagierten immer wieder nach neuen Ideen für die nachhaltige Entwicklung des Zusammenlebens zu suchen.

Programm "Soziale Stadt"

Mit den Programmen "Soziale Stadt" sowie "Lokales Kapital für soziale Zwecke" (LOS) konnte die Entwicklung am Richtsberg mit ihren zahlreichen wertvollen Einzelinitiativen in den letzten Jahren entscheidend gefördert werden. Das Bundesprogramm "Soziale Stadt" verband dabei – entscheidend vorgebracht von der früheren rot-grünen Bundesregierung – Maßnahmen zur Aufwertung des Wohnumfelds in benachteiligten Stadtteilen mit Verbesserungen der sozialen Infrastruktur. Der Richtsberg konnte sein Gesicht so nachhaltig ändern. Nach dem Auslaufen der Bundes- und Landesförderung wollen wir möglichst viele Angebote, die zunächst als befristetes Projekt begonnen haben, weiterführen.

Gemeinwesenarbeit: Alle mitnehmen

Engagement für die Menschen

Gemeinwesenarbeit ist überall

Herausforderung: Kürzung der Förderprogramme durch CDU und FDP

Für die kommende Wahlperiode sollen auch die Stadtteile Stadtwald und Waldtal über das Programm "Soziale Stadt" gefördert werden. Entsprechende Anträge wurden – nach Beschlüssen im Stadtparlament – bereits gestellt. Nachdem die Bundesregierung die Mittel für dieses überaus sinnvolle Programm in den Haushaltsberatungen für 2011 um rund die Hälfte zusammengestrichen hat, steht zu befürchten, dass Marburg keine dringend benötigten Bundes- und ergänzende Landesmittel erhält.

Die Marburger SPD fordert deshalb, dass die Bundes- und Landesförderung für benachteiligte Stadtteile erhalten bleibt bzw. ausgebaut wird. Wir werden uns in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass die Stadt Marburg die Stadtteile Stadtwald und Waldtal in den nächsten Jahren in ihrer Entwicklung (Ergänzung der Infrastruktur durch Familienzentren, Ausbau der Kinderbetreuung, Verbesserung der Wohn- und Erwerbsstruktur) mit ihren Möglichkeiten weiter unterstützt und fördert.

Menschen mit Behinderungen und Barrierefreiheit

Sozialdemokratische Politik für Menschen mit Behinderungen orientiert sich an den Bedürfnissen der Betroffenen. Zentrales Ziel ist es, Menschen mit Behinderung in allen gesellschaftlichen Bereichen zu integrieren. Alle Barrieren, die diesem Ziel entgegenstehen, müssen abgebaut und Betroffene an Entscheidungen beteiligt werden. In diesem Sinne ist für uns der Behindertenbeirat das zentrale behindertenpolitische Organ der Stadt Marburg. In den vergangenen Jahren sind wir diesem Ziel einige Schritte weitergekommen, gemeinsam mit dem Behindertenbeirat und seinen verschiedenen Arbeitsgruppen.

Der Stadtführer für behinderte Menschen wurde aktualisiert und weitere städtische Gebäude und Verkehrsflächen konnten – häufig auch im Rahmen grundlegender Erneuerungen – barrierefrei umgestaltet werden. Die Busflotte der Stadtwerke ist inzwischen standardmäßig auf Niederflurbusse umgestellt. Selbst der Umbau des Bahnhofes wird nun endlich Realität.

Barrierefreiheit ist ein Prinzip, das auch anderen Menschen in der Stadt zugute kommt. Deshalb ist sie ein zentraler und zugleich integrativer Teil sozialdemokratischer Sozialpolitik. Behindertenpolitik erschöpft sich jedoch nicht in der Beseitigung von Barrieren beim Zugang zum "normalen" Leben. Die Errichtung behindertengerechten (und dabei bezahlbaren) Wohnraums bleibt ebenso eine ständige Aufgabe wie die Schaffung geeigneter Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen. Und auch für das Ziel der "Inklusion" ist noch keine tragfähige Strategie mit entsprechender Finanzierung erreicht.

Die Marburger SPD wird sich gemeinsam mit den Betroffenen und v. a. mit deren Vertretung, dem Behindertenbeirat, dafür einsetzen, Marburg immer weiter barrierefrei zu machen – baulich, optisch, aber auch in den Köpfen der Menschen. Wir werden alles tun, was darüber hinaus in unserer Macht steht, die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben zu verbessern.

Selbsthilfegruppen

Ob bei oder nach schwerer Krankheit, nach Schicksalsschlägen oder bei schwierigen sozialen, wirtschaftlichen oder psychischen Lebenslagen – Selbsthilfegruppen bieten vielen Menschen Raum, Schutz und Hoffnung für ihr weiteres Leben. Sie führen Menschen vom Rand wieder in die Mitte der Gesellschaft. Die Marburger SPD weiß um die große Bedeutung dieser Angebote und unterstützt alle diejenigen in unserer Stadt, die sich in dieser Weise organisieren.

**Entwicklung
weiter
voranbringen**

**Barrierefreiheit
und Integration**

**Wohnen und
Arbeit**

**Selbstverständlich
dabei**

**Unterstützung für
Schutz, Hilfe,
Hoffnung**

Selbsthilfegruppen haben nach unserem Verständnis nicht nur Anspruch auf eine solidarische Unterstützung und Begleitung durch Verwaltung und Politik, sie sollten auch so ausgestattet werden, dass sie ihre wertvolle Arbeit leisten können.

AIDS ist weiterhin eine Gefahr für Männer und Frauen. Wir setzen uns deshalb auch in Zukunft dafür ein, dass die Marburger AIDS-Hilfe ihre wichtige Arbeit sicher weiterführen kann.

Ehrenamtliches Engagement

Das ehrenamtliche Engagement hat in den vergangenen Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen. Viele Menschen suchen nach Möglichkeiten, sich in Vereinen oder Initiativen zu engagieren, ihr Können einzubringen und gemeinsam mit anderen ganz unterschiedliche Ziele zu erreichen. Die Marburger Vereinsmesse, die 2010 bereits zum dritten Mal stattgefunden hat, macht nicht nur die zahlreichen Möglichkeiten des ehrenamtlichen Engagements sichtbar, sondern sie ist auch zu einem Ort der Diskussion über die Zukunft des Ehrenamtes in unserer Stadt geworden.

Das ehrenamtliche Engagement steht vor großen Umbrüchen, die sowohl durch den demographischen Wandel, die Veränderungen in der Arbeitswelt als auch Veränderungen in den Erwartungshaltungen der Menschen hervorgerufen werden. Vereine haben oftmals Nachwuchsorgen, flexible Arbeitszeiten erschweren den regelmäßigen Einsatz z. B. als Übungsleiterin.

Die Marburger SPD setzt auch in Zukunft auf die Förderung des Ehrenamts und will zugleich alle darin unterstützen, nach neuen Wegen zu suchen, Menschen für ehrenamtliches Engagement zu gewinnen. Der soziale Zusammenhalt und die Breite des kulturellen, sozialen oder sportlichen Angebots wären ohne das ehrenamtliche Engagement von Männern und Frauen nicht denkbar. Wir werden auch weiterhin die Freiwilligenagentur Marburg-Biedenkopf unterstützen, die wertvolle Dienste im Bereich des Ehrenamts leistet.

Da wollen wir hin:

- Erhalt der Gemeinwesenarbeit und breite Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger
- Fortführung des Programms "Soziale Stadt"
- Sicherung der sozialen Infrastruktur auf dem Richtsberg
- Unterstützung der Stadtteile Waldtal und Stadtwald in der Gemeinwesenarbeit und Entwicklung einer stadtteilbezogenen Infrastruktur (z. B. Familienzentren, Betreuungsangebote, soziale Hilfen)
- Erhalt einer breiten Trägerstruktur in der Gemeinwesenarbeit
- Umsetzung von Barrierefreiheit als Grundprinzip aller städtischen Maßnahmen
- Fortführung der Hilfen für Behinderte zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben
- Unterstützung von Selbsthilfegruppen
- Nachhaltige Förderung des ehrenamtlichen Engagements

Gute medizinische Versorgung für alle

Gute medizinische Versorgung für alle, unabhängig von Einkommen, Wohnumfeld und Herkunft, ist das Ziel sozialdemokratischer Politik auch in Marburg.

Der Zusammenhang zwischen sozialem Status und Gesundheit ist seit langem bekannt. Gerade in Deutschland ist er deutlich zu erkennen – und wenig beachtet worden.

Ehrenamt fördern

Engagement für das Gemeinwesen: Unsere Ziele

Armut macht krank

Menschen mit Einkommen im unteren Fünftel sterben im Durchschnitt mehr als acht Jahre früher als Menschen mit Einkommen im obersten Fünftel.

Schon für Kinder gilt: Armut macht körperlich und seelisch krank.

Der Zugang zu den Einrichtungen des Gesundheitswesens ist für ärmere Menschen deutlich eingeschränkt. Am offenkundigsten wird das an der Verteilung von Arztpraxen zwischen Stadtvierteln; im sozialen Brennpunkt findet man z. B. kaum noch einen Kinderarzt. Räumliche Entfernung aber stellt eine wichtige Hürde für den Arztbesuch dar. Die ärztliche Selbstverwaltung hat dieses Problem bisher allein nicht beheben können, deshalb müssen hier neue Wege gegangen werden.

Im Zentrum einer sozial ausgleichenden kommunalen Gesundheitspolitik steht in Zukunft das integrierte kommunale Sozial- und Gesundheitszentrum als Konzept und als konkreter Ort. Es ist der Schlüssel zu einer kommunalen Gesundheitspolitik, die auf der örtlichen Ebene alle Akteure vernetzt, als niedrigschwellig angelegte Anlaufstelle den Zugang zu den wichtigen Einrichtungen und Diensten verbessert, Gesundheitsversorgung und psycho-soziale Unterstützung zusammenführt und finanzielle, kulturelle sowie geografische Barrieren senkt.

Das kommunale Sozial- und Gesundheitszentrum verbindet medizinische Sprechstunden mit sozialer Arbeit und sozialpädagogischer Kompetenz an den Orten, an denen sich die Betroffenen aufhalten, und kann leicht um aufsuchende Hilfen erweitert werden.

Gesundheitszentren befreien Ärzte von Organisation, Bürokratie und Investitionsrisiko und ermöglichen es gerade der steigenden Zahl von Ärztinnen, die Arbeitszeit flexibel nach Wunsch zu gestalten.

Die Finanzierung der medizinischen Leistungen erfolgt automatisch durch die Krankenkassen. Synergieeffekte durch gemeinsame Organisation schaffen neue Möglichkeiten für eine ganzheitliche soziale und medizinische Versorgung. Denkbar sind natürlich auch kooperative Strukturen mit freien Praxen.

Das kommunale Gesundheitszentrum kann zugleich die Funktion einer "Gesundheitswerkstatt" übernehmen und die aktive Partizipation sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen stärken. Im Rahmen von Stadtteilkonferenzen können zum Beispiel regelmäßige lokale Gesundheitskonferenzen stattfinden, bei denen alle Akteure und Betroffene gemeinsam Pläne aufstellen, lokale Gesundheitsziele festlegen und Umsetzungsentscheidungen treffen. Eine regionale, koordinierte Gesundheits- und Sozialberichterstattung überprüft die Wirkung der eingeleiteten Maßnahmen.

Die ärztliche Versorgung ist ungleich verteilt. Für viele Menschen, die nicht im Zentrum der Stadt leben, sind die Wege zum Hausarzt weit. Wenn der Arzt auf dem Dorf seine Praxis schließt, kommt oft kein neuer. Auf der anderen Seite aber werden die Anforderungen an eine pflegerische und ärztliche Betreuung nicht zuletzt durch den demographischen Wandel höher. Kann die Versorgung nicht anders gesichert werden, bietet das kommunale Sozial- und Gesundheitszentrum auch hier eine Alternative. Dabei bleibt die freie Arztwahl selbstverständlich erhalten. Das kommunale Gesundheitszentrum ist vielmehr ein Weg, die wohnortnahe Versorgung im Interesse der Menschen nachhaltig zu sichern.

Gesundheitspolitik liegt vornehmlich im Aufgabenbereich des Landkreises, so dass der Landkreis bei allen Bemühungen mit einbezogen werden muss. Deshalb werden wir uns gemeinsam mit der SPD Marburg-Biedenkopf für die Entwicklung kommunaler Gesundheitszentren stark machen.

**Zugang zu
medizinischer
Versorgung
sichern**

**Kommunale
Sozial- und
Gesundheits-
zentren**

**"Gesundheits-
werkstatt"**

**Freie Arztwahl
und wohnortnahe
Versorgung**

Da wollen wir hin:

- Entwicklung eines integrativen kommunalen Konzepts mit dem Ziel einer optimalen medizinischen Versorgung in allen Stadtteilen, das gemeinsam von der Universitätsstadt Marburg, dem Landkreis Marburg-Biedenkopf, dem Hausärzterverband, der Kassenärztlichen Vereinigung, den Medizinerinnen vor Ort, anderen Heilberufen (z. B. Pflege, Hebammen), den Trägern der Gemeinwesenarbeit und den Ortsbeiräten erstellt wird
- Stadtteilbezogene Gesundheitskonferenzen als Instrument der Planung, Steuerung und Weiterentwicklung kommunaler Sozial- und Gesundheitszentren bzw. einer wohnortnahen Gesundheitsversorgung

Förderung von Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung

In der Vergangenheit hat Marburg – in Zusammenarbeit mit dem Landkreis und der Arbeitsagentur – einen Spitzenplatz in der Ausbildungs- und Beschäftigungsförderung eingenommen. Zahlreiche Berufsbildungsträger, die sich in der Stadt angesiedelt haben, bieten Arbeitslosen ein reichhaltiges Qualifizierungsangebot, um ihre Konkurrenzfähigkeit am Arbeitsmarkt zu erhalten und weiter zu entwickeln. Stadt und Kreis förderten Hunderte zusätzlicher Arbeitsplätze, die den dort Beschäftigten ein eigenes existenzsicherndes Einkommen ermöglichten.

Mit dem Optionsmodell des Landkreises Marburg-Biedenkopf für Empfänger von Arbeitslosengeld II ist die Verantwortung für Langzeitarbeitslose von der Stadt auf den Kreis übergegangen. Das Sozialamt der Universitätsstadt Marburg ist nur noch für diejenigen zuständig, die laut Gesetz als nicht ausreichend arbeitsfähig gelten. Umso wichtiger ist, dass im Sozialamt ein Bereich der Beschäftigungs- und Ausbildungsförderung neu aufgebaut werden konnte, der für diese Menschen im Gebiet der Stadt Marburg die neu entstehenden Angebote koordiniert. Mit dem Projekt „Raus ins Leben“ erhalten auch diejenigen ein Angebot sinnvoller Beschäftigung, die – meist aus gesundheitlichen Gründen – aus dem aktiven Arbeitsleben ausgeschieden sind.

Schon vor Inkraft-Treten des Sozialgesetzbuches II (SGB II) hat das Marburger Stadtparlament Qualitätsstandards für Arbeitsgelegenheiten beschlossen. Diese beinhalten auch eine Beteiligung der Personal- und Betriebsräte bei der Einrichtung solcher Beschäftigungsmöglichkeiten. Bestehende Arbeitsplätze dürfen auf keinen Fall gefährdet werden. Denjenigen, die nach dem Sozialgesetzbuch II Anspruch auf Eingliederungsleistungen haben, soll zuerst ein Arbeits- oder Ausbildungsplatz und nur als ultima ratio auf ausdrücklich eigenen Wunsch eine Arbeitsgelegenheit mit der Möglichkeit der beruflichen Qualifizierung angeboten werden. Hier haben die Stadt Marburg und ihre Unternehmen eine besondere Verantwortung zu tragen. Ob die neu entstehende "Bürgerarbeit" hier eine wesentliche Verbesserung darstellen wird, muss zum jetzigen Zeitpunkt noch offen bleiben.

Besondere Bedeutung und unsere Unterstützung erhalten Beschäftigungsgesellschaften und Ausbildungsträger. Auch zukünftig werden die Beschäftigungsgesellschaften "INTEGRAL gGmbH" sowie "Praxis GmbH" und "Neue Arbeit Marburg" (beide Arbeit und Bildung) mit ihren Angeboten arbeitslose Menschen qualifizieren und sozialpädagogisch betreuen, sie damit bei der Vermittlung in eine existenzsichernde Arbeit unterstützen und ihnen so neue Chancen eröffnen.

Ergänzt werden müssen diese Angebote um spezielle Maßnahmen für Jugendliche durch die Vereine Jugendkonflikthilfe (JUKO), der Bewegungs- und sportorientierte Jugendsozialarbeit (BSJ) und Maßnahmen für Behinderte (etwa über Arbeit und Bildung GmbH).

Kommunale Gesundheitspolitik: Unsere Ziele

Spitzenplatz in Ausbildungs- und Beschäftigungsförderung

Raus ins Leben!

Qualitätsstandards

Beschäftigungsgesellschaften für kommunale Verantwortung

Die Lage berufsloser Jugendlicher ohne Ausbildungsmöglichkeit ist skandalös. Jugendlichen sind verstärkt Ausbildungsplätze anzubieten. Hier muss die Stadt Marburg – wie in der Vergangenheit – weiter engagiert Ausbildung im Verbund und Ausbildung in außerbetrieblichen Ausbildungszentren fördern sowie eigene Ausbildungsangebote vorhalten. Eine Reihe von Jugendlichen benötigt darüber hinaus eine intensive Berufsberatung zur beruflichen Orientierung und ein Unterstützungssystem von der schulischen Förderung bis zur sozialpädagogischen Betreuung.

Da wollen wir hin:

- Bildung, Ausbildung und Arbeit als Weg, um soziale Sicherheit selbstständig zu ermöglichen und Unabhängigkeit von Transferleistungen zu erlangen
- Erhalt der vielfältigen Strukturen der kommunalen Ausbildungs- und Beschäftigungsförderung
- Anpassung der Fördermaßnahmen an geänderte Bedingungen des Arbeitsmarkts und der Förderrichtlinien von Bund und Land
- Prüfung des Instruments "Bürgerarbeit"
- Freiwilligkeitsprinzip bei allen Maßnahmen der Arbeitsförderung
- Erhalt der begleitenden arbeitsmarktorientierten sozialpädagogischen Maßnahmen und Projekte der lokalen Beschäftigungsförderungsgesellschaften (Integral, Juko, Arbeit und Bildung)

Gewalt, Sucht und Drogen

Die Gewaltbereitschaft nimmt in unserer Gesellschaft immer mehr zu. Auch wenn die absolute Zahl der Straftaten rückläufig ist, steigt die angewendete Brutalität.

Dies spiegelt sich auch im Bereich der Jugendkriminalität. Orientierungslosigkeit, Entfremdung, Perspektivlosigkeit, Frustration drücken sich in Aggressivität aus – oder im Gebrauch von Alkohol und anderen Drogen – oder in beidem. Gewalt wie der Gebrauch von Suchtmitteln weist auf ungute Veränderungen in unserer Gesellschaft hin.

Insbesondere der zunehmende Alkoholkonsum von Jugendlichen ("Komasaufen") ist mehr als beunruhigend. Hier müssen präventive Maßnahmen, die von der SPD bereits angeregt wurden, verstetigt werden. Im Bereich der Jugendkonflikthilfe, der Sucht- und Drogenberatung und Hilfen zum Wiedererlangung gewaltfreier oder sucht- und drogenfreier Selbstkompetenz ist über verschiedene Träger ein breites Angebot an Maßnahmen und Projekten aufgebaut: Täter-Opfer-Ausgleich, Anti-Gewalt-Trainings, soziale Wiedereingliederung sind einige Stichworte.

Kontrovers diskutiert wird immer wieder die kontrollierte Abgabe von "harten" Drogen und die Einrichtung von öffentlichen Druckräumen, in sich denen sich Abhängige ihre Drogen verabreichen können und die Gefahr minimieren, durch verschmutzte Hilfsmittel schwere Krankheiten zu bekommen. Die Marburger SPD setzt sich für solche Möglichkeiten ein, wenn in einem tragfähigen Konzept alle relevanten Faktoren (Sicherheit, Legalität, Zugänglichkeit, Betreuung und Beaufsichtigung) erfüllt sind.

Da wollen wir hin:

- Verstärkte Prävention gegen Alkohol- und Drogenmissbrauch bei Jugendlichen

Ausbildung fördern

Ausbildungs- und Beschäftigungsförderung: Unsere Ziele

Gewalt und Sucht nachhaltig begegnen

Voraussetzungen für kontrollierte Abgabe von Drogen

Sucht und Drogen: Unsere Ziele

- Vermeidung von Jugendkriminalität und Missbrauch von Alkohol und Drogen durch frühzeitige und nachhaltige Hilfeangebote, die ein Abrutschen in Gewalt sowie Sucht- und Drogenkarrieren verhindern (Aufklärung, Beratung, Beschäftigungsförderung, betreute Wohngruppen)
- Sucht- und Drogenberatung auch für Jugendliche und junge Erwachsene
- Erhalt der Projekte und Maßnahmen zur Begleitung und Betreuung von straffällig gewordenen Jugendlichen und jungen Erwachsenen und des Täter-Opfer-Ausgleichs

Obdachlose und Wohnungslose

Obdachlosigkeit oder drohender Wohnungsverlust sind sehr ernste Notlagen und können für die Menschen eine existenzielle Bedrohung darstellen, zumal dies oft mit einer Reihe weiterer Probleme verbunden ist, wie Krankheit, Arbeitslosigkeit, Verschuldung oder dem Verlust sozialer Beziehungen.

Marburg hat im Vergleich zu anderen hessischen Städten nach wie vor eine sehr niedrige Obdachlosenquote – nicht zuletzt deshalb, weil hier freie Träger der Sozialarbeit gut mit den städtischen Ämtern und Wohnungsbaugesellschaften kooperieren. Allerdings sind in den letzten Jahren auch Veränderungen in der Struktur der Gruppe der Betroffenen festzustellen, denen ggf. auch die Hilfeangebote betreffend organisatorisch Rechnung getragen werden muss. Die erfolgreiche Politik der engen Kooperation aller Beteiligten soll fortgesetzt und gemeinsam zukunftsfähig weiterentwickelt werden.

Die Marburger SPD unterstützt auch die „Marburger Tafel“, die Tagesanlaufstelle und die Suppenküche des DRK, die täglich helfen, ganz unmittelbar die schlimmste Not zu lindern.

Armut verhindern

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Marburg werden uns mit Armut niemals abfinden. Wir werden alles in unserer Macht stehende tun, um Armut zu verhindern und die Folgen von Armut zu lindern. Mit einem breiten Angebot von Beratung und Unterstützung stellen wir sicher, dass Menschen auch bei geringem Einkommen am Leben in der Stadt teilhaben können. Der Marburger Stadtpass, der Vergünstigungen in den Bereichen Mobilität, Bildung und Kultur ermöglicht, ist ein zentrales Element. Die Marburger SPD hat die Mittel für den Stadtpass in den vergangenen Jahren kontinuierlich erhöht. Besondere Sorge bereitet uns, dass Kinder ein Armutsrisiko darstellen, insbesondere für Alleinerziehende. Deshalb stehen für uns Hilfen für Kinder, Jugendliche und Familien im Mittelpunkt kommunaler Sozialpolitik. Ein wichtiges Instrument sind soziale Gebührenstaffelungen bis hin zu Gebührenbefreiungen, insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung.

Armut ist kein Schicksal, sondern Folge gesellschaftlicher Verhältnisse. Deshalb unterstützen wir auch in Zukunft alle Anstrengungen, damit Menschen von sozialen Transferleistungen unabhängig werden, indem sie durch Bildung, Ausbildung und Beschäftigung ein selbstbestimmtes Leben führen können. Wo hierbei Hilfen notwendig und möglich sind, werden wir sie bereitstellen. Trotzdem gilt, dass die Kommune kein Reparaturbetrieb einer verfehlten Arbeits- und Beschäftigungspolitik auf Bundes- oder Landesebene sein kann. Wir fordern deshalb gute Löhne für gute Arbeit und die Einführung eines allgemeinen Mindestlohns, damit Menschen von ihrer Arbeit ohne Inanspruchnahme von Sozialleistungen gut leben können.

Hilfen für Wohnsitzlose: Zeichen von Solidarität

Folgen sozialer Spaltung mildern

Alle Kraft für dauerhafte Vermeidung von Armutsrisiken

BILDUNG – SCHULE

Bildung ist ein Menschenrecht. Niemand darf von guter Bildung ausgeschlossen werden. Die Wirklichkeit zeigt leider das Gegenteil: Soziale Herkunft, das Einkommen der Eltern oder der Wohnort bestimmen den Bildungserfolg mit.

Dagegen wehren sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Marburg ist Schul- und Bildungsstandort. Bildung ist eine entscheidende Ressource für die Persönlichkeitsentfaltung und für eine gesicherte Zukunft. Wir wollen eine Schule, die für alle offen ist, in der Lernerfolge Spaß machen und in der die Kinder und Jugendlichen auf die Anforderungen ihres derzeitigen und ihres künftigen Lebens gut vorbereitet werden. In der Schul- und Bildungspolitik der SPD stehen diejenigen im Mittelpunkt, um die es geht: die Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Kein Kind darf zurückgelassen werden.

Zukunftsfähige Bildung bedeutet:

- Herstellung von Chancengleichheit für alle
- Bereitstellung aller Unterrichtsmaterialien auf dem neuesten Stand des Wissens für jeden Schüler und jede Schülerin
- Garantie der Durchlässigkeit im Bildungssystem zwischen Schulformen und bei Schulwechseln
- Förderung gemeinsamen Lernens statt Aufteilung in unterschiedliche Schulformen
- Schule als Lebensort: Qualifizierte Ganztagschule mit individuellen Freiräumen, Betreuung und Förderung und eine Lernorganisation, die Freizeit und Ausgleich auch außerhalb der Schule möglich macht
- Förderung jedes einzelnen Kindes
- Förderung des globalen, interkulturellen und sozialen Lernens
- Vermittlung fachübergreifender Qualifikationen
- Erziehung zu Gewaltfreiheit und Toleranz
- Erprobung neuer Unterrichtsformen
- Förderung der musischen und künstlerischen Bildung
- Vernetzung mit außerschulischen Bildungsträgern und Bildungsmöglichkeiten
- Sicherstellung und Begleitung der Übergänge zwischen Kindergarten und Schule sowie zwischen Schule und Beruf

Die Anforderungen unserer Gesellschaft an Bildung unterliegen einer stetigen Veränderung. Das Wissen vermehrt sich, die Komplexität von Wissen nimmt zu. Soziale und interkulturelle Kompetenzen werden immer wichtiger. Die PISA-Studien und daran anschließende Analysen haben gezeigt, dass eine ausgrenzende Schule, in der bereits nach der vierten Klasse darüber entschieden wird, welchen Schulabschluss ein Kind erlangen soll, Potenziale der Kinder und Jugendlichen vernichtet. Gemeinsames Lernen und individuelle Förderung sind die Mittel derjenigen Länder, die im PISA-Vergleich überdurchschnittlich gut abgeschnitten haben.

Die SPD in Marburg steht für eine verlässliche Schulpolitik, bei der das Wohl des Kindes im Mittelpunkt steht. Doch die Rahmenbedingungen werden zunächst von der CDU-FDP-Landesregierung vorgegeben. Sie ist verantwortlich für eine jahrelange verfehlte Schulpolitik. Die Zementierung des dreigliedrigen Schulsystems widerspricht der Lebenswirklichkeit von Kindern, die sich unterschiedlich schnell entwickeln. Die Förderschulen und die Verlänge-

Kein Kind darf zurückgelassen werden

Sozialdemokratische Bildungspolitik: Unsere Grundsätze

Unser Weg: Gemeinsames Lernen

Rahmenbedingungen gegen Kinder?

Die Verkürzung der gemeinsamen Grundschulzeit bis zur 6. Klasse werden ausgetrocknet. Die Verkürzung der Schulzeit im Gymnasium durch Kürzung eines Jahres in der Mittelstufe (G8) hat den Leistungsdruck auf die Jugendlichen enorm erhöht. Zugleich wurde der Wechsel zwischen den Schulformen erschwert. Durch den erhöhten Leistungsdruck ist die Zahl der Schulabbrecher/-innen gestiegen. G8 ist mit verantwortlich dafür, wenn Kinder schon in der 5. oder 6. Klasse vermehrt erfahren, was in der Leistungsgesellschaft "Scheitern" bedeutet.

Mittel zum Ausbau der Ganztagschule wurden von der Landesregierung in Wiesbaden vorrangig zur Verwirklichung der G8-Struktur an Gymnasien verwendet, wo die Schülerinnen und Schüler jetzt bis in den Nachmittag Unterricht haben, ohne dass eine wirkliche Ganztagschule mit veränderter Unterrichtsstruktur, Förderung und Betreuung umgesetzt wurde. Durch die hohe schulische Belastung, z. B. mit zusätzlichen Hausaufgaben nach dem Ende eines langen Schultages, wird den Kindern und Jugendlichen eine ausgleichende Freizeitgestaltung im Verein (Sport, Jugendgruppe) erschwert.

Dazu überzieht die Landesregierung die Schulen mit Verwaltungsvorgaben, die die Belastung der Lehrerinnen und Lehrer und der Schulleitungen weiter erhöhen. Die Pannen bei den zentralen Prüfungen sind die logische Folge, wenn Schulpolitik an der Grenze der Belastbarkeit der Schulen durchgeführt wird. Unterrichtsausfall ist lediglich das sichtbarste Zeichen.

Als wäre das Maß noch nicht voll, schickt sich die CDU-FDP-Landesregierung an, die finanziellen Mittel der Schulen zu kürzen. Landesweit 45 Millionen Euro müssen ab 2011 gespart werden, damit sich das Land Hessen weiterhin Elite-Hochschulen, Staatsweingüter und anderes leisten kann. Geld, das auch in Marburg fehlt für: Ausstattung der Schulen, aktuelle Unterrichtsmaterialien, Vertretungspersonal.

Die SPD in Hessen hat in den Landtagswahlkämpfen 2008 und 2009 (Haus der Bildung) und Ende 2010 im Landtag (Entwurf für ein neues hessisches Schulgesetz) Alternativen aufgezeigt.

Trotzdem sind uns in Marburg nicht alle Hände gebunden. Wir werden die Möglichkeiten, die wir als Kommune haben, auch in Zukunft konsequent dafür einsetzen. Schule muss sowohl in ihrer Pädagogik auf der Höhe der Zeit sein, die für die Zukunft wichtigen Kompetenzen und das erforderliche Wissen vermittelt, als auch eine demokratische, offene Schule sein, in der Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler sowie Erziehungsberechtigte eine Schulgemeinschaft bilden und sich für die Weiterentwicklung ihrer Schule einsetzen.

Unsere zentralen Ziele der kommenden Jahre sind:

- Die Bedeutung Marburgs als Stadt der Bildung weiter stärken: Marburg als überregionaler Schulstandort mit einer Vielzahl von schulischen Angeboten bis hin zur Berufsbildung hat Potenziale im Hinblick auf die Attraktivität als Lebens- und Wirtschaftsstandort, die wir weiter voranbringen wollen.
- Förderung der Entwicklung zu Ganztagsangeboten in den Schulen: Nicht die längere Verweildauer in der Schule auf Grund gesteigerter Leistungsanforderungen macht Ganztagschule aus, sondern die Gestaltung von Schule als Lebens- und Lernort jenseits starrer Stundentafeln und Fächerstrukturen. Ein zentrales Projekt der nächsten Jahre wird dabei sein, die Richtsberg-Gesamtschule in ihrer Funktion für den Stadtteil und für den Besuch von Schülerinnen und Schülern aus der gesamten Stadt weiter zu stärken und den Weg der Schule hin zu einer Schule mit Profil-Oberstufe zu unterstützen.

Kürzungen und Alternativen

Bildungsstandort Marburg: Unsere Ziele

- **Sicherung der Betreuungsangebote:** Die Stadt Marburg finanziert im Schulbereich Betreuungsangebote mit eigenen Mitteln, weil wir wissen, dass verlässliche Betreuungsmöglichkeiten in den Nachmittag hinein für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besonders wichtig sind. Deshalb wollen wir sicherstellen, dass im Grundschulbereich die Nachmittagsbetreuung bis in die Jahrgangsstufe 6 hinein gewährleistet bleibt.
- **Begleitung und Gestaltung des Übergangs von Schule und Beruf:** Angesichts der Veränderungen in der Arbeitswelt und unsicherer gewordenen Perspektiven bedürfen die Übergänge zur und von der Schule besonderer Begleitung. Die beruflichen Schulen der Stadt Marburg (Käthe-Kollwitz-Schule, Kaufmännische Schulen, Adolf-Reichwein-Schule) leisten hier gute Arbeit. Sie soll unterstützt werden. Jugendberufshilfe und sozialpädagogische Angebote sind weitere Bausteine, die insbesondere den Übergang von Schule und Beruf erleichtern. Diese Angebote wollen wir weiter ausbauen.
- **Ausbau der Schulsozialarbeit:** Alle Schulen sind immer mehr mit Problemen konfrontiert, die von außen in sie hineingetragen werden. Deshalb sind in den gegebenen Strukturen die Lehrerinnen und Lehrer oftmals überfordert, angemessen auf solche Probleme zu reagieren. Deshalb wollen wir die Schulsozialarbeit an den Schulen stärken und präventiv gegen erkennbare negative Entwicklungen vorgehen.
- **Weiterentwicklung der Lokale Bildungsplanung:** Die Lokale Bildungsplanung ist das Instrument der Stadt Marburg, über das die Entwicklung in der Marburger Schullandschaft aufeinander abgestimmt wird. Die Lokale Bildungsplanung ist zugleich mit finanziellen Mitteln ausgestattet, mit denen Kooperationen zwischen Schulen und außerschulischen Bildungsträgern ermöglicht werden. Beides wollen wir stärken: durch mehr pädagogische Kompetenzen im Fachdienst Schule, so dass die Schulentwicklung in Marburg verstärkt auch unter schulpolitischen und pädagogischen Gesichtspunkten über eine umfassende, abgestimmte Lokale Bildungsplanung gestaltet wird. Und durch ausreichende Mittel die guten Kooperationen der Schulen mit außerschulischen Bildungsträgern ausbauen.

Ausbau von Kooperationen

Schule ist nicht mehr der abgeschlossene Ort der Wissensansammlung und -vermittlung. Es bedarf einer kontinuierlichen Anpassung des pädagogischen Konzeptes von Schule. Viele Schulen sind dabei, solche Konzepte zu entwickeln und zu erproben. Die Schule der Zukunft ist aus sozialdemokratischer Sicht eine "offene Schule", die außerschulische Lernorte und Einrichtungen unterschiedlichster Art in ihre Arbeit einbezieht und eine Vernetzung aller Bereiche unterstützt. Zur Öffnung von Schule gehört die Profilbildung der Schulen im Sinne des projektorientierten und lebensbezogenen Lernens.

Die Marburger SPD hat sogar mehrfach die Haushaltsmittel für das Instrument "Lokale Bildungsplanung" erhöht, um Schulen auf ihrem Weg zur Ganztagschule zur Kooperation mit außerschulischen Bildungsträgern wie Musikschule, Kunstwerkstatt, Bildungsnetzwerk, Theater etc. zu ermöglichen. Dabei werden wir die Kontinuität von erfolgreichen Schulkooperationen gewährleisten und zugleich das von der SPD initiierte Programm "Lokale Bildungsplanung" fortentwickeln. Das bedeutet nicht nur die Steigerung der finanziellen Mittel, die im Haushalt 2010 / 2011 nochmals erhöht wurden. Ziel ist es, weitere Träger zu gewinnen. Marburg verfügt über eine noch nicht vollständig genutzte Vielfalt an freien Trägern, die ihre Kompetenzen einbringen können. Mit geeigneten Maßnahmen soll die pädagogische Kompetenz der freien Träger unterstützt werden.

**Öffnung und
Profilbildung**

**Lokale Bildungs-
planung**

Ein besonderes Augenmerk legen wir auf die Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen. Die Bewegungsförderung der Kinder und Jugendlichen ist ein wichtiges Mittel der Gesundheitsvorsorge. Spaß an der Bewegung führt zu Spaß im Sport. Durch verlängerte Schulzeiten gibt es vermehrt Probleme für die Hallenbelegungen. Deshalb müssen wir in den kommenden Jahren nach Wegen suchen, die Kooperation von Schule und Sportverein dafür zu nutzen, dass Sportvereine und Schulen ihre Angebote durchführen können. Aus dem Erziehungsauftrag der Schule erwächst auch die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den verschiedensten öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe. Schule ist der Ort, an dem Konflikte am ehesten sichtbar werden. Schule ist der Ort, an dem Kinder und Jugendliche den größten Teil ihrer Zeit verbringen. Schule spiegelt Wirklichkeit. Ein wichtiger Bereich der Unterstützung ist die Schulsozialarbeit. Diese wollen wir ausbauen. Schulsozialarbeit macht nur Sinn, wenn es feste Ansprechpartner/-innen an den Schulen gibt, zu denen die Schülerinnen und Schüler Vertrauen fassen können. Auch hier hat sich das Land Hessen aus der Verantwortung gestohlen. Wir werden uns bemühen, mit städtischen Mitteln einen Ausgleich zu ermöglichen. Parallel mit den neuen Herausforderungen, mit denen Schule in der heutigen Zeit konfrontiert ist, müssen die pädagogischen Kompetenzen in der Verwaltung wachsen. Weil Schule der zentrale Ort ist, an dem Zugänge zu Jugendlichen ermöglicht sind, wollen wir die Steuerung der Koordination Jugendhilfe-Schule dem Fachdienst Schule zuordnen. Dabei soll den Schulen selbst eine große Flexibilität und Entscheidungskompetenz zugestanden werden, in welcher Weise sie auf Herausforderungen ihrer Schule reagieren.

Medien und Schule

Medien sind heute alltäglicher Bestandteil gesellschaftlicher Wirklichkeit, sie durchdringen alle Lebensbereiche. Dem darf sich auch eine zukunftsgerechte Bildungspolitik nicht verschließen. Seit Beginn der Initiative Schule@Zukunft haben wir erhebliche Mittel in die Ausstattung der Schulen investiert. EDV-Räume, Laptop-Pools, aktuelle Software, Internetzugang – all dies wurde und wird in Marburger Schulen Wirklichkeit. Wir wollen, dass die Ausstattung immer auf dem Stand der technischen Entwicklung bleibt und PC- bzw. internetgestützte Lernformen dort eingesetzt werden können, wo sie pädagogisch und technisch sinnvoll sind. Beispielhaft wurde dies in den Beruflichen Schulen umgesetzt. Das 2005 auf dem Gelände des TTZ neu errichtete Medienzentrum unterstützt die Schulen in der Nutzung neuer und alter Medien in hervorragender Weise, sowohl mit Materialien als auch in medienpädagogischer Kompetenz. Auch die Stadtbücherei hält eine Vielzahl von Angeboten bereit, die für Schulen bzw. von Schülerinnen und Schülern genutzt werden können. Beide – Medienzentrum und Stadtbücherei – haben von ihrer Grundausrichtung unterschiedliche Nutzergruppen (Schulen / Lehrer; Freizeit / Schülerinnen und Schüler) und doch gibt es Überschneidungen. Wir wollen die Kompetenzen noch besser vernetzen und für die Medienbildung nutzbar machen.

Ganztagsschule und gemeinsames Lernen / Mittelstufen

Die Ganztagsschule ist die zeitgemäße Antwort auf die Herausforderungen, vor denen Schule heute steht. Die konservativ-liberale Landesregierung verweigert sich der dringend notwendigen Weiterentwicklung von Schulen hin zu echten, gebundenen Ganztagsschulen. Mehr Zeit für Erziehung, Förderung und Betreuung jenseits der herkömmlichen 45-Minuten-Unterrichtsstruktur in zergliederten Fächern – das macht

Schulsozialarbeit

Ausstattung aktuell halten

Medienkompetenz fördern

Gemeinsam lernen – Chancen nutzen

Ganztagsschule aus. Ganztagsangebote und Ganztagschulen bieten zusätzliche methodische, lerndidaktische und erzieherische Chancen und die Voraussetzungen zum Erwerb von persönlichen und sozialen Kompetenzen. Sie helfen, Begabungen zu aktivieren und zu fördern und damit die Chancengleichheit und die soziale Integration aller Schülerinnen und Schüler zu verwirklichen. Ganztagschule arbeitet schulformübergreifend. Deshalb werden von uns auch die Schulen, die sich auf dem Weg zu diesen Strukturen befinden oder sich auf den Weg dahin aufmachen wollen, unterstützt, begleitet und durch kommunale Zuwendungen für Kooperationen gefördert. Schon im Haushalt 2010 / 2011 haben wir finanzielle Mittel für solche Konzepte, die außerdem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern, bereitgestellt.

Jenseits dieser Anstrengungen wollen wir alle Initiativen unterstützen, mit denen die starren Strukturen des dreigliedrigen Schulsystems durchbrochen werden. Die Theodor-Heuß-Schule und die Friedrich-Ebert-Schule haben hierzu gute Konzepte entwickelt. Auch wenn wir die Schulpolitik der CDU-FDP-Landesregierung kritisch sehen, unterstützen wir selbstverständlich alle, die sich im gegebenen Rahmen für eine innovative und zukunftsfähige Weiterentwicklung ihrer Schule einsetzen. Gerade wenn eine Schule angesichts Veränderungen im Schulsystem (Orientierung auf Gymnasien, Diskriminierung der Hauptschule) nach Veränderung und neuen Wegen sucht, verdient das Unterstützung.

Besondere Aufmerksamkeit der Marburger SPD verdient auch die Richtsberg-Gesamtschule. Wir erinnern daran, dass zur Zeit der Entstehung der Schule eine gymnasiale Oberstufe geplant war. Heute richtet die Schule ihre Anstrengungen vor allem zu Recht darauf, mit alternativen Schulzeitmodellen (offener Anfang) die pädagogischen und organisatorischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um Schule "neu zu denken", auf die Wirklichkeit der Schülerinnen und Schüler Bezug zu nehmen und eine Alternative zu den durch die Landesregierung vorgegebenen leistungsorientierten G8-Strukturen zu bieten.

Weitere Instrumente, Ansätze zur Ganztagschulentwicklung zu unterstützen, sind für uns die Betreuungsangebote über die 4. Klasse hinaus und die Lokale Bildungsplanung. Wir wollen qualifizierte Betreuung und wenden auch in Zukunft erhebliche Mittel auf, damit auch nach dem Übergang in die Klasse 5 eine gesicherte Verweildauer in der Schule gewährleistet ist. Über die Lokale Bildungsplanung werden pädagogisch sinnvolle Projekte in der Nachmittagszeit umgesetzt, die den "normalen" Unterricht ergänzen. Das sind für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Vorstufen dessen, was Ganztagschule in einem größeren und selbstständigen pädagogischen und organisatorischen Rahmen leisten muss. So lange es hierzu vom Land Hessen keinerlei Bewegung gibt, sind wir für die Zukunft der Kinder bereit, die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, um das erreichte Niveau zu sichern und nach Möglichkeit auszubauen.

Frühkindliche Bildung / Grundschule

Der frühkindlichen, vorschulischen Bildung und Erziehung wird in der gesellschaftlichen Debatte ein immer größeres Gewicht zugewiesen. Wir wollen alle Kinder fördern, damit trotz schwieriger sozialer Lebenslagen wie Armut oder Migration ein erfolgreicher Start in der Schule möglich wird.

Den Konservativen hingegen geht es darum, das Leistungsprinzip der Gesellschaft schon auf den vorschulischen Bereich auszudehnen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns stattdessen dafür ein, dass Spiel, Miteinander, Entdeckerlust und vieles andere mehr gerade auch im vorschulischen Bereich zweckfrei und nicht unter dem Ge-

Schule auf dem Weg

Zukunft der RGS

Möglichkeiten der Kommune nutzen

Kindgerechte Entwicklung statt Leistungsprinzip

sichtspunkt der Lernoptimierung erfolgen darf. Kindheit, gerade in den ersten Lebensjahren, muss Spaß machen dürfen!

Kinder entwickeln sich unterschiedlich schnell. Wir wollen individuelle Förderung ermöglichen. Deshalb setzen wir auf die enge Verzahnung von Kindergärten und Grundschulen, damit den Kindern ein optimaler Übergang in einen für sie zentralen Lebensabschnitt ermöglicht wird.

"Kurze Beine – kurze Wege" – dieses Sinnbild hat für uns weiterhin Gültigkeit. Wir setzen uns für eine gesicherte Zukunft gerade auch der kleineren Grundschulen in den Stadtteilen ein. In den letzten Jahren sind in sozialdemokratischer Verantwortung große Summen alleine in die Grundschulen investiert worden.

Auch die sechsjährige Grundschule (Otto-Ubelohde-Schule) muss uns Marburgern erhalten bleiben und endlich von der Landesregierung anerkannt werden.

Lebenswelt Schule

Es ist für uns Sozialdemokraten selbstverständlich, dass die Ausstattung der Schulen sowohl für die Schülerinnen und Schüler als auch für die Lehrerinnen und Lehrer den veränderten Anforderungen als Lern-, Arbeits- und Aufenthaltsort entsprechen muss, besonders auf dem Weg zur Ganztagschule. Die Marburger SPD ist sich bewusst, dass dies nicht zum Nulltarif zu verwirklichen ist.

Unter Führung der sozialdemokratisch besetzten Zuständigkeit im Magistrat werden Jahr für Jahr fünf bis sechs Millionen Euro in die Schulanlagen investiert. Mit Hilfe des Investitionsprogramms im Zuge der Wirtschaftskrise konnte diese Summe 2009 / 2010 noch erheblich gesteigert werden. Energetische Sanierungen, Sanierung von Turnhallen, Anbau der neuen Cafeteria und Räume an der Martin-Luther-Schule, ein neue Pausenhalle und Verwaltungstrakt am Gymnasium Philippinum sowie die Cafeteria der Richtsberg-Gesamtschule – um nur einige Beispiele der letzten Zeit zu nennen.

Die Marburger SPD steht weiterhin dafür, dass mit Hilfe städtischer Investitionen Schule als Lebens-, Lern- und Arbeitsort attraktiv gestaltet wird. Wir werden weiterhin auf die Bausubstanz unserer Schulen achten. Attraktive Pausenhöfe, moderne Sanitäranlagen, angenehme Aufenthaltsräume, eine gute Raumsituation sowie geeignetes Mobiliar sollen den Schulalltag für alle Menschen, die dort arbeiten und lernen, prägen.

Wichtige Sanierungsbedarfe gibt es in den kommenden Jahren insbesondere im Bereich der Sporthallen. Die Halle der Richtsberg-Gesamtschule steht unmittelbar an. Wir werden nach Möglichkeit geeignete Ausgleichsflächen zur Verfügung stellen. Wir werden dafür sorgen, dass der Sanierungsplan, der Bestandteil des Sportentwicklungsplans ist, abgearbeitet wird. Die Diskussion um eine Erweiterung der Hallenflächen werden wir so führen, dass eine spürbare Verbesserung erreicht wird.

Im Bereich der Leopold-Lucas-Straße sind mehrere Schulstandorte vereint. Benachbart befinden sich die Sportanlagen um das Georg-Gaßmann-Stadion mit dem Skatepark. Im Süden schließt die Theodor-Heuß-Schule an. Wir wollen die Entwicklung des Geländes hin zu einem gemeinsamen Schulcampus. Ziel ist, bei bestehenden Eigenständigkeits der Schulen Zusammenarbeit zu fördern, wo sie sinnvoll ist, und den gesamten Bereich durch die Außengestaltung zu einem gemeinsamen Gelände der Schulen zu gestalten. Dadurch sollen auch die Verkehrsgefährdungen, wie sie sich vor allem in den Morgenstunden und am Mittag ergeben, vermieden werden. Als ersten Schritt wollen wir eine weitere Verkehrsbe-

Kurze Beine – kurze Wege

Investitionen für gemeinsamen Ort des Lernens, Arbeitens und Lebens

Sanierung der Sporthallen

Schulcampus Leopold-Lucas-Straße

ruhigung bzw. Sperrung der Leopold-Lucas-Straße. Bei allen diesen Planungen sind die Interessen der Anwohner mit einzubeziehen.

Inklusive Schule

Die UN-Behindertenrechtskonvention, die von der Bundesrepublik Deutschland im März 2009 ratifiziert wurde, fordert hingegen das gemeinsame Lernen von behinderten und nicht-behinderten Menschen.

Seit einiger Zeit steht "Inklusion" in der Bildungsdebatte dafür, dass sich Schule so ändern muss, dass alle Schülerinnen und Schüler gemeinsame Bildungserfolge erreichen können. Das bedeutet natürlich auch, dass Behinderte durch geeignete Hilfen in die Lage versetzt werden, am schulischen Leben teilzuhaben. Inklusion bedeutet also die Forderung, dass Schule für alle Gruppen gleichermaßen offen ist. Schule passt sich an die Bedürfnisse ihrer Schülerinnen und Schüler an.

Die Marburger SPD begrüßt diese neue Sichtweise. Deshalb setzt sich die Marburger SPD für eine freie Schulwahl der Eltern ein. Niemandem darf der Regelschulbesuch aus finanziellen, organisatorischen oder anderen Gründen verwehrt werden.

Die Schulen müssen dafür so ausgestattet werden, dass sie den individuellen Bedürfnissen aller Schülerinnen und Schüler gerecht werden. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Lehrerinnen und Lehrer sowie Förderschulpädagogen, die das Land Hessen in erforderlichem Umfang den betroffenen Schulen zur Verfügung stellen muss. Die Schulen müssen in die Lage versetzt werden, jeden einzelnen so zu unterstützen, dass bestmögliche Bildung und Teilhabe am gesellschaftlichen und beruflichen Leben möglich ist. Auch hier gilt: Das Interesse und die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler müssen im Mittelpunkt stehen.

Daher ist es nach unserer Auffassung auch wichtig, dass ein Wechsel innerhalb des Schulsystems flexibel gehandhabt werden kann. Es muss möglich sein, zu bestimmten Zeiten innerhalb einer Schulkarriere die "Förderschule" besuchen zu können, weil in bestimmten Situationen hier eine bessere, individuell angepasste Unterstützung gewährleistet werden kann. Genauso wichtig ist es aber, wieder auf eine "Regelschule" wechseln zu können. Kein Kind darf zurückbleiben. Das Schulsystem muss auch in diesem Punkt durchlässiger gestaltet werden.

Förderschulen

Die wichtigste Aufgabe von Schulen ist Vorbereitung und Qualifikation ihrer Schülerinnen und Schüler auf eine gleichberechtigte gesellschaftliche und berufliche Teilhabe. Im Rahmen der "Inklusiven Schule" nehmen Förderschulen weiterhin eine wichtige Rolle ein. Als Expertinnen und Experten in sonderpädagogischen Fördermaßnahmen leisten die Lehrerinnen und Lehrer der unterschiedlichen Förderschulen auch im Rahmen des Beratungs- und Förderzentrums einen unschätzbaren Beitrag, Schülerinnen und Schülern zum erfolgreichen Schulabschluss zu verhelfen.

Förderschulen gilt es als Kompetenzzentren für den jeweiligen Förderbedarf zu erhalten, wobei die Bestrebungen der "inklusiven Schule" nicht aus den Augen gelassen werden darf. Die Marburger SPD begrüßt die bislang bereits erfolgreichen Versuche gemeinsamen Lernens und fordert deren Ausbau.

Auch in Förderschulen wird weiterhin investiert wie beispielsweise in den Aus- und Umbau der Pestalozzischeule.

**Gemeinsam
Erfolge erfahren**

**Voraussetzung:
Gute Ausstattung**

**Flexibilität statt
starrer Konzepte**

**Förderschulen
als Kompetenzzentren**

Berufliche Schulen, zweiter Bildungsweg

Eine Stärke des deutschen Bildungssystems im Bereich der beruflichen Bildung ist das duale System, in dem sich betriebliche und schulische Ausbildung ergänzen. Die betriebliche Erfahrung und das im Betrieb vermittelte Wissen werden in der Berufsschule um weitere praktische und theoretische Grundlagen ergänzt. Die Stadt Marburg kann stolz darauf sein, in ihren Berufsschulen ein breit gefächertes, an heutigen Ausbildungen orientiertes Angebot vorzuhalten, das mit den Veränderungen in der Arbeitswelt mithält.

Deshalb war es uns in den vergangenen Jahren wichtig, die Berufsschulen weiter zu fördern. So sind beispielsweise 2010 eine Millionen Euro in die Sanierung der Adolf-Reichwein-Schule geflossen. An der Käthe-Kollwitz-Schule wurde für ebenfalls rund eine Million Euro das "Lernhaus D" errichtet, das bessere Bedingungen für sozialpädagogische Bildung schafft.

Wir wissen aber auch, dass trotz der Leistungen des dualen Systems die Legitimität der Berufsschulen in den letzten Jahren abgenommen hat. Gesellschaftliche Probleme werden auch in die Berufsschule hineingetragen. Weil die Berufsschule in der Regel weitere berufsbegleitende oder berufsvorbereitende Angebote macht (z. B. Berufsvorbereitungsjahr), kulminieren am Lernort Berufsschule unter Umständen Perspektivlosigkeit oder andere soziale Problemlagen. Deswegen halten wir die Einführung von zielgerichteter Jugendsozialarbeit auch an beruflichen Schulen dringend geboten. Bestehende Projekte, etwa zur Vermeidung von Ausbildungsplatzabbrüchen, müssen dauerhaft integriert werden.

Des Weiteren unterstützen wir alle Anstrengungen der beruflichen Gymnasien, mit neuen Angeboten auf den sich weiterhin verändernden Arbeitsmarkt zu reagieren. Wir wollen, dass die beruflichen Gymnasien auch in Zukunft in die Lage versetzt sind, auf Grund ihrer baulichen und pädagogischen Gegebenheiten flexibel mit neuen Entwicklungen umzugehen.

Im Schnittfeld von Schule und Beruf bewegen sich auch die Angebote für den so genannten zweiten Bildungsweg. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben Hochachtung vor allen Menschen gleich welchen Alters und gleich welcher Berufsbiographie, die sich parallel zu ihrer beruflichen Tätigkeit darum bemühen, einen höherstufigen Schulabschluss zu erlangen. Das gilt auch für diejenigen, die auf Grund welcher biographischen Geschichte auch immer die Anstrengung unternehmen, einen ersten Schulabschluss nachzuholen. Wir wollen, dass alle erfolgreich sind und die selbst gesteckten Ziele erreichen.

Die Marburger SPD wird deshalb auch in Zukunft dafür Sorge tragen, dass die Angebote der Volkshochschule und der Abendschulen zur Erlangung eines Hauptschul- oder Realschulabschlusses und der Allgemeinen Hochschulreife erhalten bleiben.

Schule und Umwelt

Die Schule ist ein Ort, an dem Umweltbewusstsein sehr direkt erfahren werden kann. Das unterstützt die Marburger SPD über verschiedene Maßnahmen. An Schulen können effiziente Kraftwerke mit regenerativen Energien (Holzschnitzel-Heizwerk Leopold-Lucas-Straße) genauso gut eingesetzt werden wie die Einrichtung von Photovoltaik-Anlagen auf den großen Dachflächen der Gebäude. In beiden Bereichen ist in den letzten Jahren viel getan worden. Das wollen wir fortsetzen.

Im Bereich der Umweltbildung setzen wir weiter auf die Zusammenarbeit mit außerschulischen Bildungsträgern. Hier gibt es eine Vielzahl von Kompetenzen, die für die Schule nutz-

**Starke Säule im
Bildungsstandort
Marburg**

**Berufsschulen
untersützen**

**Neue Angebote
etablieren**

**Zweiter
Bildungsweg:
Möglichkeiten
eröffnen**

**Zukunftaufgabe
Umwelterziehung**

bar gemacht werden können (z. B. BUND, Spielraum Umweltbildung, Jugendwaldheim Roßberg u. a.).

Finanzierung von Schule

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen, dass die finanzielle Ausstattung der Schulen oft als unzureichend empfunden wird. Es ist ein Skandal, dass das Land Hessen den Schulen ab 2011 45 Millionen Euro jährlich wegnehmen will. Wir sagen im Gegensatz dazu: Bildung darf nicht einer verfehlten Haushaltspolitik des Landes zum Opfer fallen. Die Lehrmittelfreiheit steht für die SPD nicht zur Disposition. Vielmehr finden wir die Eigenanteile, die für Klassenfahrten oder zusätzliches Unterrichtsmaterial gezahlt werden müssen, schon heute für zu hoch.

Die sozialdemokratisch geführte Stadt macht ihre Hausaufgaben und investiert jährlich Millionen in die Ausstattung. Für die laufenden Kosten hat die SPD erfolgreich das Budget für die Schulen eingeführt. Sparen wird belohnt, die Schulen profitieren von den erwirtschafteten Mitteln. Als SPD werden wir die Ansätze für die Schulen nicht beschränken. Damit ist Verlässlichkeit gegeben.

Wir werden weiterhin dafür sorgen, dass dem Schulbereich ein Investitionsvolumen auf hohem Niveau zur Verfügung steht..

Demokratische Schule

Wir als Marburger SPD wollen eine demokratisch mitbestimmte Schule. Für uns gehören nicht nur das Staatliche Schulamt und der Fachdienst Schule als Ansprechpartner zur Schule, sondern auch öffentliche und freie Träger der Jugendhilfe, Arbeitsgemeinschaften für Ganztagsangebote, der Fachbereich Bildung, Kultur und Freizeit, das Kulturforum, der Sportkreis Marburg, der Beirat Jugendhilfe-Schule sowie allen voran Eltern, Schullelternbeiräte, Schülervertretungen, Personalräte und Fördervereine. In gemeinsamen Sitzungen sollen diese über schulische Schwerpunkte miteinander beraten können – mit dem Ziel der gegenseitigen Information, des Austausches und der Weiterentwicklung von Schule.

Zu einer demokratischen Schule gehören für uns auch das Kinder- und Jugendparlament und die Schulkonferenzen als wichtiger Bestandteil des Schulalltags.

Volkshochschule, Stadtbücherei

Die Volkshochschule der Stadt Marburg konnte 2010 ihren 90. Geburtstag feiern. Die immer noch aktuelle Idee der Volkshochschule ist, Menschen gleich welcher Herkunft (Weiter-) Bildung nach ihren Interessen zu ermöglichen.

Die Nachholung schulischer Abschlüsse ist dabei angesichts gesellschaftlicher Herausforderungen von besonderer Bedeutung, ebenso die Steigerung von berufsorientierten Kompetenzen (EDV, Buchführung u. a. m.). Auch Sprachen werden vielfältig nachgefragt, hier haben Deutschkurse für Migrantinnen und Migranten eine große Bedeutung. Aktuell kürzt die CDU-FDP-Regierung in Berlin hier die Mittel. Wir Sozialdemokraten fordern den Bund auf, in diesem Bereich nicht zu sparen. Trotzdem wollen wir die anderen Bereiche der Volkshochschule, die sich im Bereich der Gesundheitsbildung, Persönlichkeitsentwicklung oder auch der politischen Bildung befinden, nicht vernachlässigen. Sie alle gehören zum Angebot einer lebendigen Volkshochschule dazu.

Bildung geht nicht nach Kassenlage!

Verlässlichkeit kommunaler Schulpolitik

Mitbestimmung an der Schule – Spiegel der Gesellschaft

**VHS:
Forever young**

Die Marburger Volkshochschule erreicht jährlich zwischen 150.000 und 200.000 Menschen. Wir werden dafür sorgen, dass dieses Instrument der Volks-Bildung auch in Zukunft in gesicherten Verhältnissen arbeiten kann. Dazu gehört auch die Sanierung des Gebäudes in der Deutschhausstraße, in dem die Volkshochschule derzeit untergebracht ist. Die vielfältigen Kooperationen mit anderen gesellschaftlichen Organisationen und mit Schulen wollen wir weiterhin fördern. Die Volkshochschule ist für die Marburger SPD ein unverzichtbarer Baustein im Bildungs- und Wissenschaftsstandort Marburg.

Auch bei den Volkshochschulen hat sich die CDU-geführte Landesregierung in den vergangenen Jahren Stück für Stück aus der Verantwortung zurückgezogen. Unter Führung der SPD in einem sozialdemokratisch verantworteten Dezernat im Magistrat konnten wir dafür sorgen, dass die Arbeitsbedingungen der Volkshochschule gewährleistet blieben. Das soll auch in Zukunft so sein.

Gleiches gilt für die Stadtbücherei. In vielen Städten und Gemeinden mussten die Stadt- und Gemeindebüchereien schließen. In Marburg sorgt die SPD hingegen für eine gesicherte Perspektive.

Dies ist uns umso wichtiger, als die Stadtbücherei vorbildhaft Angebote ausweitet und Kooperationen sucht. Die Leseförderung von Kindern, die Zusammenarbeit mit Schulen und vieles andere mehr gehört zum Profil einer Bücherei, die sich an den Bedürfnissen der Kunden orientiert und zugleich eigene Akzente setzt. Wir sind stolz, dass wir diese Einrichtung in unserer Stadt haben.

In der kommenden Legislaturperiode muss die Perspektive der Stadtbücherei weiter vorangebracht werden. Die räumlichen Möglichkeiten im Amerika-Haus in der Ketzerbach sind begrenzt. Die Ausleihzahlen steigen weiter. Auch die technische Ausstattung muss auf dem aktuellen Stand gehalten werden (automatisierte Leihvorgänge, Online-Ausleihe digitaler Medien). Wir werden uns dieser Herausforderung stellen und eine nachhaltige Perspektive für die Stadtbücherei schaffen.

Lebenslanges Lernen

Ein umfassender Bildungsbegriff, wie ihn die SPD vertritt, macht vor Altersgrenzen nicht Halt. Die Veränderungen der Arbeitswelt erzeugen zusätzlich die Notwendigkeit, in Schule und Beruf erworbene Kompetenzen weiterzuentwickeln und gegebenenfalls auch neue berufliche Orientierungen anzustreben.

Marburg verfügt über eine reichhaltige Landschaft an Bildungsträgern. Einrichtungen der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände stehen private Institutionen zur Seite. Die Universitätsstadt Marburg ist zum Teil selbst beteiligt, so bei Arbeit und Bildung, der Praxis GmbH und Integral. Einen wichtigen Platz nimmt hierbei auch die Volkshochschule ein. Es gibt vielfältige Vernetzungen untereinander und in die Wirtschaft. Diese wollen wir mit unseren Möglichkeiten als Kommune fördern.

Wichtig ist uns darüber hinaus, dass vermehrt Bildungsangebote für die ältere Generation gefördert bzw. etabliert werden. Generationenübergreifende Projekte sollten im Zentrum stehen. Das hört bei EDV-Kursen für Ältere, mit denen die Teilhabe an modernen Kommunikationsformen ermöglicht wird, nicht auf. Wir wollen, dass sich auch ältere Menschen am gesellschaftlichen Leben beteiligen, z. B. auch über die Freiwilligenagentur, und sich dafür nach ihren Interessen umfassend weiterbilden können.

**Gute Bedingungen
sichern**

**Stadtbücherei:
Vorbildlich**

**Möglichkeiten
erweitern**

**Bildung für alle
Generationen in
allen Lebenslagen**

KULTUR

"Kultur für alle" – dieser Satz kennzeichnet das Grundverständnis sozialdemokratischer Kulturpolitik. Kultur setzt wichtige Impulse für gesellschaftliche Debatten und Entwicklungen, aber auch für die persönliche Entfaltung. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass alle Gruppen der Bevölkerung am kulturellen Leben teilhaben können und dieses auch mit gestalten können.

Kultur meint die kreative Auseinandersetzung mit den Mitmenschen der Gesellschaft und der Umwelt durch Musik, Malerei, Theater, Tanz, Gesang, Bildhauerei, Literatur und viele andere Ausdrucksmöglichkeiten. Kulturelle Praxis, gleich ob als "Produzent" von Kultur oder als "Konsument", dient der Persönlichkeitserfahrung, regt zum Nachdenken an, macht Freude, fördert Gemeinschaft und stärkt damit den Einzelnen wie das Gemeinwesen. Kultur fördert Handlungskompetenz, denn Kultur spiegelt das Leben und verweist auf alternative Perspektiven. Kultur ist Teil von Lebensqualität.

Das kulturelle Leben ist von großer Vielfalt und Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger geprägt und hat in den vergangenen Jahrzehnten eine hohe Anziehungskraft gewonnen. Die Marburger Kulturpolitik wird seit langem von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gestaltet und vorangebracht. Das Landestheater und die freie Theaterszene, zahlreiche Künstlerinnen und Künstler, Vereine, Initiativen, Museen und Sammlungen, Einrichtungen der Universität, exponierte Kinobetriebe, Stadtteilgemeinden und nicht zuletzt die Studierenden der Philipps-Universität – sie alle prägen die Marburger Kultur in der Stadt und den Stadtteilen und füllen die Stadt mit Leben. Ihnen stehen die kommunalen Dienstleister wie der Fachdienst Kultur, Volkshochschule, Stadtbücherei, Veranstaltungsservice der Stadthalle und die Marburg Tourismus und Marketing GmbH zur Seite. Über das regelmäßig tagende Marburger Kulturforum und die Kulturkommission sind regelmäßige Kontakte und ein Informationsaustausch und Vernetzungsmöglichkeiten hergestellt.

Teilhabe am kulturellen Leben darf niemanden ausgrenzen. Kultur verbindet die Menschen und ist ein von der Gesellschaft gefordertes Grundrecht. Deshalb bleibt die Marburger SPD auch in Zukunft Garant für eine breite Kulturförderung und für die Sicherstellung der Vielfalt kultureller Angebote. Die SPD freut sich deswegen über die Arbeit der Kulturloge in Marburg. Diese gibt nicht verkaufte Eintrittskarten an Menschen mit geringem Einkommen kostenlos weiter.

Ehrenamtliche Helferinnen und Helfer vermitteln die Karten und ermöglichen so einkommenschwachen Bürgerinnen und Bürgern die Teilhabe am kulturellen Leben. Die Marburger SPD sieht in dieser Initiative nicht nur, dass die soziale Ausgrenzung gemildert wird, sondern versteht sie als Appell für ihr eigenes politisches Handeln.

Unter sozialdemokratischer Verantwortung wurde eine starke Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen Kultur, Bildung und Schule erreicht. Dafür steht u. a. die von den Sozialdemokraten dieser Stadt initiierte "Lokale Bildungsplanung", mit der die Arbeit der Schulen und der freien Kulturträger zusammengeführt wird. Kinder- und Jugendliteraturtage, das Filmfestival Final Cut, die Bandbörse, die KinderKulturKarawane, Aktionen der Stadtbücherei, ein breites Angebot des Landestheaters, Projekte der Musikschule oder die zahlreichen Kurse der Kunstwerkstatt: Sie alle und andere mehr vermitteln Kindern und Jugendlichen Spaß an "Kultur", fördern Kreativität und Gemeinsinn.

Kultur:
Kreativität,
Persönlichkeit,
Lebensqualität

Kulturelle Vielfalt
auf hohem Niveau

Kultur verbindet

Gelebte
Solidarität:
Kulturloge

Vernetzung
produktiv

Ein attraktives kulturelles Leben in der Stadt ist zugleich auch ein wichtiger Standortfaktor. Zusammen mit guten Bildungseinrichtungen, einer lebenswerten Umwelt, vielfältigen sportlichen Angeboten und Möglichkeiten der Freizeitgestaltung ist die lokale Kultur elementarer Bestandteil von Lebensqualität in Marburg. Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung und Kultur – in der Verknüpfung dieser Faktoren sehen wir die Perspektive für Marburg. Das kulturelle Angebot führt darüber hinaus zahlreiche Besucherinnen und Besucher in die Stadt, weil Marburg mehr zu bieten hat: attraktive kulturelle Veranstaltungen und Betätigungsmöglichkeiten.

Zugleich wissen wir um die prekäre Situation, in der sich viele Träger sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kultureller Einrichtungen befinden. Die Freiräume für ehrenamtliches Engagement werden immer enger. Wer Kultur zu seinem Beruf gemacht hat, lebt oftmals am Rande des Existenzminimums. Dies steht im Gegensatz zur Bedeutung, die der Kultur allenthalben zugemessen wird. Deshalb werden wir in Zukunft nach Wegen suchen müssen, die finanzielle Ausstattung der Kulturträger so zu verbessern, dass angemessene Vergütungen möglich sind. Darüber hinaus leistet die Kulturwirtschaft einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Universitätsstadt Marburg.

Zwei große Projekte werden die Aufmerksamkeit in den kommenden Jahren auf sich ziehen: die Sanierung und konzeptionelle Erweiterung der Stadthalle und die Neugestaltung des Waggonhallenareals. Dabei werden wir nicht übersehen, dass es auch in den Stadtteilen Nachholbedarfe und ungenutzte Ressourcen gibt. Diese wollen wir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort entwickeln.

Für die Marburger SPD ist die Kulturförderung eine Pflichtaufgabe der Städte und Gemeinden, wenn wir Lebensqualität erhalten und die sozialen Funktionen von Kultur ernst nehmen wollen. Deshalb werden wir die notwendige Förderung des kulturellen Lebens und ihrer Rahmenbedingungen auch in Zukunft sichern und ausbauen.

Da wollen wir hin:

- Kultur für alle – ein vielfältiges kulturelles Leben, an dem alle Menschen in der Stadt teilhaben können. Das heißt auch, dass sie es sich leisten können müssen
- Regelmäßiger Informations- und Erfahrungsaustausch über das Kulturforum und die Kulturkommission
- Kultur als Standortfaktor und Teil von Lebensqualität
- Förderung der Funktionen von Kultur, die für ein Gemeinwesen von Bedeutung sind: Gemeinsinn, Integration, Beteiligung
- Weitere Intensivierung der Vernetzung von Kultur, Bildung und Schule
- Weiterentwicklung und Förderung der Stadtteilkultur
- Weiterer Ausbau der Kulturförderung durch die Universitätsstadt Marburg
- Verbesserung der oftmals prekären Situation von Menschen, die in Kulturbetrieben arbeiten
- Weiterentwicklung des Waggonhallen-Areals mit unterschiedlichen Nutzungen: Gastronomie, Theater, Archive und Museen, Bildende Kunst, freies Radio, Herberge, Standort soziokultureller Einrichtungen
- Umbau mit Sanierung der Stadthalle: Flexible und parallele Nutzungen, behindertengerechte Zugänge, Standort für das Landestheater und das KFZ. Die Stadthalle soll ein mo-

Kultur als Standortfaktor

Verantwortung für Kultur- "produzenten"

Stadthalle und Waggonhalle

Kulturpolitik für Marburg: Unsere Ziele

derner, an den Bedürfnissen der Veranstalter ausgerichteter Ort für kulturelle Veranstaltungen unterschiedlichster Art sein

- Barrierefreie Zugänglichkeit für alle kulturellen Einrichtungen

Theater

Die Theaterlandschaft in Marburg ist überaus lebendig und von großer, auch überregionaler Anziehungskraft. Das Hessische Landestheater und die freie Theaterarbeit sind von hoher Professionalität gekennzeichnet. Daran hat auch die nachhaltige Unterstützung der sozialdemokratisch geprägten Kulturpolitik ihren Anteil.

Das Hessische Landestheater hat durch jahrelange erfolgreiche Arbeit seinen festen Platz im Veranstaltungskalender der Marburgerinnen und Marburger und darüber hinaus. Mit dem Intendantenwechsel im Sommer 2010 hat sich gezeigt, dass das Theater auf dieser Basis mit seinen neuen Impulsen auf einem gutem Weg bleibt und die weitere Unterstützung mehr als verdient.

Die SPD hat sich deshalb für die Errichtung der neuen Theaterwerkstatt am Schwanhof und die neue Vorplatzgestaltung eingesetzt und die notwendigen Mittel bereitgestellt.

Doch nicht nur die hohe Qualität überzeugt. Die verschiedenen Spielstätten schaffen den Raum für vielfältige Angebote und ermöglichen ganz unterschiedliche Theatererfahrungen. Ganz gleich ob die Freilichtaufführungen wie in Rauschholzhausen, die Kinder- und Jugendaufführungen, Klassenzimmerproduktionen, Theaterpädagogik, die Hessische Theaterwoche, das Theaterlabor für Studierende: Das Theater sucht und findet zahlreiche Wege zum Publikum.

Gleiches gilt für die freie Theaterszene in Marburg. Theater Gegenstand und German Stage Service sind feste Größen geworden. Durch unsere Investitionen in das Theater am G-Werk und in die Waggonhalle konnten attraktive Spielstätten erhalten bzw. errichtet werden, die von weiteren freien Theatergruppen genutzt werden. Die Aufführungen zeigen, dass hier einerseits neue, innovative Formen erprobt werden, genauso aber Stücke auf die Bühne kommen, die ein breites Publikum anziehen. Als Publikumsmagnet hat sich beispielsweise der ZAC-Varietesommer etabliert. Deswegen werden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch in diesem Bereich die Förderung fortführen.

Soziokultur – Zentren freier Kulturarbeit

Die freie Theaterszene in Marburg ist eng mit den Vereinen und Institutionen der soziokulturellen Arbeit verwoben. Das Café Trauma, das G-Werk, die Waggonhalle und der Kulturladen KFZ sind dabei die tragenden Säulen. Ihr Programmangebot, das von Konzerten, Schauspiel, Lesungen und Kino bis hin zur multimedialen Performance und zu Diskussions- und Informationsveranstaltungen reicht, bietet zusätzlich auch Raum für experimentelle und nichtkommerzielle Kulturveranstaltungen. Die Selbstverwaltungsstrukturen ermöglichen den Bürgerinnen und Bürgern, sich und ihre Ideen aktiv einzubringen und an demokratischen Prozessen teilzunehmen.

Für die kommende Legislaturperiode haben wir uns vorgenommen, die Arbeitsbedingungen für das KFZ zu verbessern. Der bisherige Standort in der Schulstraße wird den Anforderungen nicht mehr gerecht. Durch den beschlossenen Umbau der Stadthalle wird das KFZ flexibel nutzbare Veranstaltungsräume erhalten, die der erfolgreichen Arbeit neue Perspektiven eröffnen.

Erfolgreiches HLT

Erfolgreiche freie Theaterszene

Neues ermöglichen, Teilhabe organisieren: Soziokulturelle Zentren

Verbesserung der Arbeitsbedingungen

Das Waggonhallen-Areal wird durch die Einbeziehung der bisher nicht bzw. anderweitig genutzten Gebäude zu einem attraktiven Standort verschiedener soziokultureller Initiativen und weiteren Vereinen. Dadurch erfährt das brachliegende Areal zwischen Hauptbahnhof und Rudolf-Bultmann-Straße auch eine städtebauliche Aufwertung.

Die Marburger SPD kritisiert nachdrücklich, dass sich das Land Hessen aus dem Konzept einer Drittelfinanzierung freier Kulturträger (Land, Kommune, Eigenanteil) verabschiedet hat. Zusammen mit den Änderungen im Bereich der Arbeitsförderung (Wegfall von qualifizierten Beschäftigungsmaßnahmen) sind insbesondere die Träger soziokultureller Arbeit in ihrer Arbeitsfähigkeit deutlich eingeschränkt. Die Drittelfinanzierung soziokultureller Arbeit halten wir aber weiterhin für ein Konzept, das für alle Beteiligten tragbar ist und dauerhafte Perspektiven eröffnet. Der städtische Haushalt kann die weggefallenen Fördermittel nicht ersetzen.

Bildende Kunst, Ausstellungen, Museen

Die Präsentation der Museen und Sammlungen der Philipps-Universität strahlen weit über Marburg hinaus. Das Museum für Bildende Kunst in der Biegenstraße, das Museum für Kulturgeschichte im Schloss, das Mineralogische Museum, die Religionskundliche Sammlung, das Völkerkundemuseum, die Anatomische Sammlung und die Antiken- und Abgussammlung der Universität, aber auch das Haus der Romantik sind Zeugnisse der langen wissenschaftlichen und kulturellen Tradition unserer Stadt. Sie sind damit Teil des städtischen Lebens. Die Marburger Sozialdemokraten sind sich der verpflichtenden Mitverantwortung für diese überregional bedeutenden Einrichtungen bewusst und setzen sich mit Nachdruck für deren Erhalt und Ausbau ein.

Auch die Ausstellungen zur Kunst der Gegenwart im Marburger Kunstverein haben bundesweit Anerkennung gefunden. Mit seinem überregionalen Ausstellungsprogramm, den Konzerten zur experimentellen Musik, den Reisen zu Stätten der Kunst und den regelmäßigen Führungen für Erwachsene und auch für Familien mit Kindern ist der Kunstverein zu einem bedeutenden Standortfaktor geworden. Darüber hinaus trägt eine große Zahl qualifizierter Ausstellungsräume, private Galerien und Ateliers, die GeWoBau-Galerie, das Technologie und Tagungszentrum, die Brüder-Grimm-Stube und das VHS-Atelier zum weiten Ansehen der Bildenden Kunst in Marburg entscheidend bei.

Die Bildende Kunst ist in besonderer Weise geeignet, auch eigenes kreatives Handeln für alle Gruppen in der Bevölkerung zu ermöglichen. So sind die Volkshochschule, die Kunst-WerkStatt, das Institut für Bildende Kunst der Universität wie auch die bundesweit anerkannte Marburger Sommerakademie Institutionen kreativer Weiterbildung und damit unverzichtbarer Bestandteil des städtischen kulturellen Lebens. Die "Kunstkoffer" am Beispiel Richtsberg und Stadtwald zeigen, wie Kinder und Jugendliche auch in den Stadtteilen vor Ort einbezogen werden können. Und die Volkshochschule bietet ein breit gefächertes Kursangebot für alle Altersgruppen. Die Marburger Sozialdemokraten wollen dieses breite kreative Bildungsangebot erhalten und weiter ausbauen.

Marburg gilt auch als Stadt der Archive. Neben dem Hessischen Staatsarchiv und anderen Archiven der Universität stehen bedeutende private Sammlungen wie das Kindheitsmuseum, das Circusarchiv und das Blista-Museum. Diese privaten Sammlungen brauchen bessere Bedingungen für ihre Arbeit, damit sie von der Öffentlichkeit vermehrt wahrgenommen werden können. Mit der geplanten Entwicklung des Waggonhallen-Areals wollen Sozialdemokraten dafür bessere Voraussetzungen schaffen.

Modell Drittelfinanzierung

Vielfalt der Museumslandschaft

Attraktive Angebote und Veranstaltungsräume

Bildende Kunst: Kreativität und Qualität

Sammlungen besser präsentieren

Musik

Zahlreiche Musikgruppen prägen das Marburger Musikleben, das über die Stadt hinaus bedeutend ist. Ehren- und hauptamtlich organisierte Konzerte ergänzen das Angebot. Das städtische Stadthallen- und Gebäudemanagement inklusive der Schlossparkbühne, die Schulen und Kirchen, die Zentren der freien Kulturarbeit, aber auch die Philipps-Universität mit dem Ernst-von-Hülse-Haus, dem Fürstensaal und den Bühnen in den Botanischen Gärten bieten eine hervorragende Infrastruktur für Auftritte und Proben. Mit den vom MusikerkInnenverein verwalteten öffentlichen Proberäumen im Afföller gibt es weitere Räumlichkeiten für das Musikleben der Stadt.

Demokratische Kulturpolitik muss die breite aktive Teilhabe am Musikleben für alle Altersgruppen und Schichten ermöglichen. Die Musikschule steht mit ihren Räumen in kreativer Nachbarschaft zum Landestheater als Treffpunkt allen Menschen offen und führt Kinder und Jugendliche qualifiziert an Musik heran. Schon heute fördert die Stadt Marburg diese wertvolle Arbeit mit einem der größten Einzelansätze im Kulturhaushalt. Sozialverträgliche Teilnehmergebühren sind für uns selbstverständlich. Auch diese finanziellen Unterstützungen wollen wir fortführen. Für die Musikschule ist zudem die bedarfsgerechte Erweiterung der Räumlichkeiten auf der Tagesordnung.

Große Ausstrahlung über die Stadtgrenzen hinaus hat besonders die Marburger Jazzinitiative (JIM), die sich mit ihrem hochwertigen Programm sowie ihrer offenen Bühne einen internationalen Ruf erworben hat und unsere Unterstützung verdient.

Im universitären und schulischen Bereich begeistern Klassikorchester, Bands und Big Bands ein breites Marburger Publikum. Marburg profitiert von dieser jungen Kultur, in der sich auch innovative Stile entfalten und neue Trends und Impulse entwickeln können.

Zu den weiteren ausgezeichneten Musikangeboten gehören die klassischen Konzertprogramme und die jährlichen Marburger Schlosskonzerte, die Nacht der Stimmen, aber auch die angesehene Arbeit der vielen Chöre, Bands, Orchester, Vokal- und Instrumentalensembles, Gruppen und Vereine. Festivals wie 3TM und Manopo bereichern unsere Stadt.

Open-Air-Veranstaltungen erfreuen sich immer größerer Beliebtheit. Den Erfolg der MTV Campus Invasion im Jahr 2007 nehmen wir zum Anlass, dass Marburg künftig jährlich Veranstaltungsort einer Open-Air-Veranstaltung mit überregionaler Ausstrahlung wird. Das spricht neue Zielgruppen an und erhöht zusätzlich die Attraktivität Marburgs als Stadt der Musik.

Literatur und Medien

Marburg ist nicht nur eine Stadt des Theaters, der Museen und der Musik, sondern auch der Bücher, Literatur und Medien.

Jenseits der großen Filmfestivals haben wir es auf sozialdemokratische Initiative hin geschafft, zusammen mit der Universität einen mittlerweile auch international beachteten Kamerapreis zu etablieren. Zusammen mit den Marburger Kameragesprächen ist ein Aushängeschild für Marburg entstanden, das sich hervorragend sowohl in das ohnehin große Interesse der Bevölkerung am Kino als auch in die Forschungslandschaft der Universität einfügt.

Über die verschiedenen Institute der Philipps-Universität und über zahlreiche Vereine, über die Verlage und Buchhandlungen gibt es ein breites Spektrum an Lesungen, Vorträgen und Diskussionsveranstaltungen, mit dem die Bürgerinnen und Bürger an der ganze Palette des

**Für jeden
Geschmack,
für jedes Ohr**

**Selbst Musik
machen
ermöglichen**

**Open Air für
Marburg**

**Marburger Kame-
rapreis:
Aushängeschild
für Marburg**

**Stadt der Bücher
und Texte**

literarischen Lebens teilhaben können. Es ist das Ziel sozialdemokratischer Politik, die Auseinandersetzung mit historischen und aktuellen Fragen der Gesellschaft zu fördern. Wir wollen die Bedeutung der Geisteswissenschaften für Marburg noch stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken. Vor dem Hintergrund einer zunehmend komplexeren, medial vermittelten Welt übernehmen sie eine immer wichtigere Aufgabe. Dabei hat selbstverständlich auch die "schöne Literatur" ihren Platz, denn auch hier werden immer wieder Grundfragen des Lebens angesprochen, die neu bedacht werden müssen.

Das Marburger Krimifestival, das Marburger Lesefest und die Poetry-Slam-Szene sind zudem ein Zeichen für die Innovationskraft im kulturellen Leben der Stadt.

Ob als Kunst-, Unterhaltungs-, Werbe- oder Informationsplattform – Print-, Bild- und Digitalmedien prägen den Alltag. Sozialdemokratische Kulturpolitik muss die Vermittlung von Lese- und Medienkompetenz – gerade für Kinder- und Jugendliche, aber auch für sozial benachteiligte Gruppen – fördern. Der mündige und selbstbestimmte Umgang mit Literatur, Informationen und Medien ist für die Demokratie unverzichtbar. Der kostenfreie Zugang muss gewährleistet sein. Einen wichtigen Beitrag dazu leisten unter anderem Universität und Stadt mit ihren zahlreichen Bibliotheken und Archiven, Medienzentren und öffentlichen Internetzugängen. Die Stadtbücherei hat sich schon lange von einer Ausleihstation für Bücher zu einem breit aufgestellten Medienanbieter entwickelt, die insbesondere mit zeitgerechten Aktionen und Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche aus der Leseförderung und Heranbildung von Medienkompetenz nicht mehr wegzudenken ist.

Marburg verfügt bereits seit vielen Jahren mit "Radio Unerhört Marburg" (RUM) über ein freies, nichtkommerzielles Radio. RUM ist ein Mitmachradio für alle, das mit hohem Engagement betrieben wird. Diese Leistung verdient unsere Anerkennung.

Die Marburger SPD unterstützt das Engagement der Vereine und Institutionen, die mit Lesungen, Autorengesprächen und anderen Aktionen die Lesekultur fördern, wie Strömungen, Literaturforum und Neue Literarische Gesellschaft. Sie begrüßt lokale Medienprojekte, die mit eigenen Projekten und im Rahmen der Lokalen Bildungsplanung Kindern und Heranwachsenden die Möglichkeit geben, Medienrituale zu hinterfragen und Fernseh-, Radio-, Video-, Film- und Computerarbeit selber zu produzieren.

Kultur in den Stadtteilen

Das kulturelle Leben in den Stadtteilen ist noch weitaus stärker als in den Innenstadtbereichen in einer eher traditionellen Vereinslandschaft organisiert. Gesangsvereine, Sportvereine, die Freiwilligen Feuerwehren, Kirchengemeinden und kirchliche Verbände, Landfrauenvereine und viele andere mehr leisten einen wichtigen Beitrag. Daneben haben sich neue Initiativen gebildet, etwa zur lokalen Geschichtsforschung, der Heimatpflege, Theatervereine. In den innerstädtischen Randbereichen lebt das kulturelle Angebot darüber hinaus über die Stadtteilgemeinden. Im Blick auf die "großen" kulturellen Ereignisse gerät das hier gelebte Engagement oftmals aus dem Blick. Uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es ein Anliegen, dass auch die Kulturträger in den Stadtteilen anerkannt und wo immer nötig unterstützt werden. Im städtischen Haushalt stellen wir deshalb entsprechende finanzielle Mittel bereit.

Die Vereine und Initiativen in den Stadtteilen leisten darüber hinaus ein hohes Maß an Integrationsarbeit. Hier begegnen sich Alteingesessene und Zugezogene, hier können Kontakte zwischen Jung und Alt geknüpft und Erfahrungen ausgetauscht werden. Wer sich akzeptiert und heimisch fühlt, ist leichter motiviert, sich für die Gemeinschaft einzubringen.

**Innovative
Festivals
Lese- und Medienkompetenz als
Voraussetzung für
Demokratie**

**Unterstützung des
Selbermachens**

**"Kultur" ist
nicht auf die
Theaterbühne be-
schränkt**

**Begegnung und
Miteinander**

Wo können solche Erfahrungen leichter gesammelt werden als vor Ort, gemeinsam in bunter Vielfalt.

Die Marburger SPD beschäftigt schon lange die Weiterentwicklung des kulturellen Lebens in den Stadtteilen, denn wir wollen auch hier eine hohe Lebensqualität bewahren, zumal sich der demographische Wandel hier am deutlichsten zeigt. Eine Umfrage, welche auf Initiative der Marburger SPD durchgeführt wurde, hat gezeigt, wie wichtig kulturelle Einrichtungen in den Stadtteilen den Bürgerinnen und Bürgern sind. Deshalb werden wir in der kommenden Legislaturperiode unser besonderes Augenmerk auf die Weiterentwicklung der hier zusammenfassend so genannten "Stadtteilkultur" richten und Initiativen, die sich in den Stadtteilen gründen und Konzepte erarbeiten, unterstützen und begleiten.

In den Stadtteilen besteht ein großer Wunsch nach kulturellen Angeboten. In Michelbach konnte die Kulturscheune errichtet werden, die sich mehr und mehr zum Kristallisationspunkt für den Stadtteil entwickelt. In Schröck entsteht im Zuge der Dorferneuerung mit über einer halben Millionen Euro aus dem städtischen Haushalt eine ähnlich geartete Einrichtung.

Generell wollen wir erreichen, dass mehr kulturelle Veranstaltungen, die in der Kernstadt angeboten werden, auch in die Stadtteile kommen. Die Volkshochschule soll weiter ihre Angebote auch in den Stadtteilen anbieten. Wichtig werden in Zukunft insbesondere generationenübergreifende Projekte sein – nicht nur unter dem Gesichtspunkt des demographischen Wandels und der Lebensqualität für Ältere, sondern auch, weil das Wissen, die Erfahrungen und die Fertigkeiten der älteren Generation weitergegeben werden sollten.

In Wehrda hat sich auf sozialdemokratische Initiative ein Geschichtsverein gegründet, der sich um das historische Erbe des Stadtteils bemüht. Stadtteiljubiläen zeigen immer wieder, dass das Interesse an der eigenen Geschichte groß ist.

Interkulturalität ist ein entscheidendes Stichwort insbesondere für den Richtsberg, den Stadtwald und das Waldtal, weil hier besonders viele Migrantinnen und Migranten unterschiedlichster Herkunft leben.

Im Trägerverein "Netzwerk Richtsberg" sind so unterschiedliche Gruppierungen wie der Christustreff, der islamische Kulturverein Hadara, das Deutsch-Osteuropäische Integrationszentrum und ein Boxclub vereinigt. Der Richtsberg zeigt auch, wie im Zusammenwirken von Stadtteilgemeinde, den neu entstehenden Initiativen und mit Unterstützung der Gemeinwesenarbeit Integration über Kultur gelingt. Die Interkulturellen Gärten am Richtsberg und im Stadtwald sind ein weiteres, positives Beispiel, in dem Menschen zusammenkommen und Integration durch kulturelle Akzeptanz gelingt. Die Initiative Kultur und Kulturen, organisiert über die Gemeinwesenarbeit am Richtsberg, hat mit dem Internationalen Suppenfest und dem Marburger Akkordeonfestival weitere kulturelle Akzente gesetzt, die über den Stadtteil hinaus wirken. Solches Zusammenwirken lokaler Akteure wollen wir in Zukunft noch intensivieren.

Kinder, Jugend und Kultur

Kinder und Jugendliche brauchen Platz für Kreativität und Spielfreude. Die Marburger SPD hat die bunte Kinder- und Jugendkultur in unserer Stadt deshalb in den vergangenen Jahren gezielt gefördert. Dazu stehen wir auch in Zukunft.

Die Kinder- und Jugendtheaterwoche am Hessischen Landestheater ist ein bundesweit anerkanntes Aushängeschild und ein Publikumserfolg geworden, die Aufführungen mit der Möglichkeit zum eigenen Schauspiel verbindet. Landestheater und Theater Gegenstand ge-

Weiterentwicklung kultureller Angebote in den Stadtteilen

Kooperationen Kernstadt – Stadtteile

Heimatgeschichte bewahren

Kulturelle Vielfalt leben

Kreativität und Spielfreude

hen darüber hinaus mit Vorstellungen und Projekten an Kindergärten und Schulen. Bühne frei für den Theaternachwuchs heißt es zudem regelmäßig in der Waggonhalle und für die Mitglieder des Jugendtheaterclubs "Act easy".

Das Kinder- und Jugendfilmfestival "Final Cut" erschließt nicht nur die Welt des Films, sondern fördert auch die Medienkompetenz durch ein entsprechendes pädagogisches Begleitprogramm. Die Bandbörse "Join the Band" führt musikbegeisterte Jugendliche zusammen, die dann gemeinsam ihre jeweils angesagten Stile umsetzen können. Auch das Band-Festival Manopo (Marburg-Northampton-Poitiers) führt junge Musiker aus unseren Partnerstädten mit dem musikalischen Nachwuchs aus Marburg und Umgebung zusammen.

Neben dem Theater sind die Musikschule und die Kunstwerkstatt tragende Säulen der Kinder- und Jugendkultur in Marburg, die einen offenen Zugang für alle garantieren. Einrichtungen und Initiativen, die wir langfristig sichern wollen. Dazu gehört auch, die spartenübergreifende Zusammenarbeit zu fördern und die KunstWerkStatt auf dem Waggonhallenareal weiterzuentwickeln. Wir freuen uns, dass die Kunstwerkstatt in den vergangenen Jahren einen stetigen Zuwachs an teilnehmenden Kindern und Jugendlichen verzeichnen konnte und dass sie mit dem Kunstkoffer-Projekt einen innovativen Weg der aufsuchenden Kulturarbeit am Richtsberg und im Stadtwald eingeschlagen hat.

Den Pinsel, die Kamera, die Geige oder E-Gitarre selbst in die Hand nehmen, die Umwelt verarbeiten und selbst gestalten, seine Emotionen ausdrücken – diesen kulturellen Tätigkeiten kommt heute auch im Zusammenhang der Persönlichkeitsentwicklung und der Ausbildung sozialer und interkultureller Kompetenz eine besondere Bedeutung zu. Wichtig ist dabei, dass junge Menschen auch unabhängig vom Geldbeutel der Eltern in ihrer Lebenswelt möglichst früh, aber auch kontinuierlich eigene künstlerische Erfahrungen auf den sie interessierenden Gebieten sammeln können.

Kultur und Tourismus

Die kulturelle Vielfalt ist ein wichtiger Baustein für die Attraktivität unserer Stadt für Touristinnen und Touristen. Über die Schwerpunktveranstaltungen der letzten Jahre (Brüder-Grimm-Jahr, Marburg an die Lahn) waren viele lokale Kulturträger eingebunden und haben ihre Kompetenzen eingebracht. Zugleich wirkten diese Themenjahre inspirierend auf die Kulturszene. Geschichte und die sie repräsentierenden Orte und Räume kamen neu ins Bewusstsein und zugleich wurde den Marburger Kulturträgern ein neues Publikum eröffnet. Dieses Konzept der breiten, aufgeschlossenen Einbindung unterschiedlichster Initiativen und Vereine in die überregional wirkenden Events wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten weiter begleiten und fördern.

Sowohl im Hinblick auf die touristische Attraktivität als auch für die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger sind wir uns der Verantwortung für die Kulturdenkmäler der Stadt bewusst. Sie sind nicht nur Kulisse, sondern Zeugen von Geschichte und Dokumente kultureller Leistungen. Wir wollen sie attraktiv präsentieren und erfahrbar machen. Beispielsweise wurde das Umfeld der Elisabethkirche neu und ansprechend gestaltet. Andere Denkmäler können noch aus ihrem Schattendasein ins Licht der Öffentlichkeit gerückt werden wie zum Beispiel die Reste der historischen Wasserversorgung, die Mühlen oder die wenigen Zeugnisse der Arbeiterkultur. Auch in den Stadtteilen verkörpern Denkmäler die Geschichte und die Leistungen der Menschen. Sie sind Kleinode auf dem Weg bzw. am Lebensort und verdienen, erfahrbar und zugänglich gemacht zu werden.

**Bundesweit
anerkannte
Festivals**

**Kunst für Kids in
den Stadtteilen**

**Jede(r) soll mit-
machen können!**

**Attraktives
Marburg:
Entwicklung neuer
Konzepte und
Zielgruppen**

**Sichtbarmachen
der Kultur-
denkmäler**

Kulturpolitik im Einzelnen – da wollen wir hin:

- Ansprechendes, innovatives, begeisterndes Theater. Sicherung der hohen Qualität des Landestheaters und der freien Theaterszene
- Ausbau der Kooperationen zwischen Theater und Schule
- Sicherung der Arbeitsfähigkeit der soziokulturellen Initiativen
- Umzug des KFZ in die Stadthalle als neuem Standort mit weiteren Entwicklungsmöglichkeiten
- Erhalt der Vielfalt in der Angebotspalette bildender Kunst mit Volkshochschule, Sommerakademie, Kunstwerkstatt, Kunstverein mit ihren je spezifischen Leistungen als Grundpfeilern
- Weitere Nutzung der zahlreichen Ausstellungsorte für Kunst und Kultur
- Entwicklung eines nachhaltigen, tragfähigen Konzepts für die Museen, Sammlungen und Archive der Universität, das zugleich die Integration in das öffentliche Leben und die touristische Attraktivierung der Stadt beinhaltet
- Bessere Vernetzung von universitären und lokalen Kulturschaffenden
- Belebung der Initiative "Stadt der Archive". Öffnung der teils weitgehend unbeachteten und nicht zugänglichen Archive, etwa durch verbesserte Räumlichkeiten
- Weitere Förderung der vielfältigen Musikszene in Marburg: Klassik, Pop, Unterhaltung, Experimental: für ein Neben- und Miteinander der Stilrichtungen und Ausdrucksmöglichkeiten
- Förderung der Lese- und Medienkompetenz durch Medienzentrum, Stadtbücherei, Volkshochschule und andere Vereine und Initiativen
- Sicherung des freien Radios Unerhört Marburg
- Gesicherte Förderung und Weiterentwicklung des kulturellen Lebens in den Stadtteilen bei Berücksichtigung der jeweiligen Besonderheiten
- Kultur aus der Stadt in die Stadtteile: Entwicklung der Stadtteile als Aufführungs- und Spielorte. Abstimmung der Bedarfe und Perspektiven mit der Bevölkerung
- Keine Vernachlässigung des etablierten Vereinslebens
- Verstetigung der interkulturellen Arbeit auf dem Richtsberg, im Waldtal und im Stadtwald
- Kultur für Kinder in Bewegung: Anpassung der Angebote an sich verändernde Vorlieben, aufsuchende Kulturarbeit, Fortführung bewährter und beliebter Projekte in Theater, Musik und Kunst
- Weitere gegenseitige Impulse zwischen Schwerpunktveranstaltungen, Tourismus und Kultur: für eine vermehrte Einbindung der Kulturträger in touristische Konzepte
- Erhalt und Pflege der Kulturdenkmäler
- Sanierung und Neukonzeption der Stadthalle
- Entwicklung des Waggonhallenareals mit weiteren kulturellen Bausteinen

Sozialdemokratische Kulturpolitik setzt auf Beachtung der Interessen der Menschen, auf die bildenden, sozialen Funktionen von Kultur, auf Kultur als elementarer Bestandteil menschlicher Betätigung. Dabei sind uns Konsumenten von Kultur genauso wichtig wie diejenigen, die mit ihrem ehrenamtlichen oder beruflichen Engagement immer wieder dafür sorgen, dass Menschen mitmachen und ihre Form sich auszudrücken finden können.

**Kulturpolitik:
Unsere Ziele**

Kultur für alle

Wir wollen gute Bedingungen für die weitere Entfaltung des kulturellen Lebens in Marburg. Und wir wollen vor allem, dass die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen, von Erwachsenen und Familien, von Rentnerinnen und Rentnern weder an einem mangelnden kulturellen Angebot scheitert, noch an sozialen oder emotionalen Barrieren beim Zugang zu Kultur, noch an den finanziellen Möglichkeiten. Dafür steht die SPD und dafür wird die Marburger SPD auch in den kommenden Jahren eintreten.

SPORT

Die SPD weiß um die Bedeutung des Sports für die Bürgerinnen und Bürger. Sport ist Freude an Bewegung, Spaß und Spannung im Wettbewerb, Begeisterung bei Sportveranstaltungen, ganz gleich ob als Aktiver oder Zuschauer. Den Breiten- und den Spitzensport für alle Bevölkerungsgruppen und in allen Stadtteilen auch in Zukunft weiter zu unterstützen, ist uns ein wichtiges Anliegen. Schon heute gilt:

Sportförderung in Marburg ist dank SPD auf Spitzenniveau.

Die Stadt Marburg fördert den Sport auf vorbildliche Art und Weise. Die rot-grüne Koalition in der Stadtverordnetenversammlung hat in ihren Haushalten der vergangenen Jahre immer wieder erhebliche finanzielle Mittel für die Sanierung der Sportanlagen und die Förderung des Sports zur Verfügung gestellt.

Die Förderung der heimischen Sportvereine durch die Stadt Marburg schafft wichtige Angebote für die Bevölkerung. Dies geht nur auf der Basis des breiten ehrenamtlichen Engagements in den Vereinen. Im Bereich des Jugendsports kann außerdem durch die Vereinsförderung letztlich eine große Summe gespart werden, die ansonsten im Bereich der Sozialarbeit ausgegeben werden müsste. Denn unsere Vereine mit ihren ehrenamtlichen Kräften machen aktive Sozialarbeit und geben Jugendlichen sinnvolle Betätigungsfelder und Freizeitangebote.

In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass die Vereine in der SPD einen guten Partner haben, der sich für ihre Belange einsetzt.

Die Nutzungszahlen der städtischen Sportanlagen sind in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Dank der SPD und Oberbürgermeister Egon Vaupel ist Marburg zu einer Stadt des Sports geworden!

Insbesondere im Bereich des Georg-Gaßmann-Stadions kann man die Entwicklungen der letzten Jahre begutachten. Die Georg-Gaßmann-Halle wurde saniert, um die geforderten Standards der Damen-Basketball-Bundesliga für das Team des BC Pharmaserv Marburg sowie für Spiele der Basketball-Nationalmannschaft der Damen zu erfüllen. Für die Ballsportfreunde Richtsberg wurde ein neuer Kunstrasenplatz geschaffen. Ein weiterer Baustein ist der neue Kunstrasenplatz für die Hockeyabteilung des VfL Marburg, der so ausgestattet wurde, dass er gleichzeitig für die Blindenfußballabteilung der SSG Blista genutzt werden kann. Nach dem Ausbau der Sporttribüne und Schaffung von Räumlichkeiten für das Mädchen-Basketball-Leistungszentrum wurde auch die Laufbahn des Stadions saniert, um internationale Leichtathletikwettkämpfe wie den Thorpe-Cup in Marburg zu ermöglichen.

Neben den Anlagen in der Kernstadt haben wir auch den Ausbau der Sportanlagen in den Stadtteilen gefördert. Im Jahr 2011 wollen wir nun den Hartplatz der Sportfreunde Blau Gelb

**Sport in Marburg:
Breit aufgestellt,
top in der Spitze**

**Gute Bedingungen
geschaffen**

**Unabdingbar:
Ehrenamt im Sport**

**Rund ums Georg-
Gaßmann-Stadion:
Sport und Spaß
für alle**

**Sportanlagen in
den Stadtteilen**

Marburg am Zwetschenweg in einen Kunstrasenplatz umwandeln. Die Frage eines Kunstrasenplatzes für die östlichen Stadtteile muss in den nächsten Jahren geklärt werden.

Die SPD hat maßgeblich auch den Ausbau von Vereinsheimen unterstützt. Ein Bedarf besteht nun noch in Haddamshausen und in Schröck.

Ein großer Gewinn für Marburg ist auch der Skatepark am Georg-Gaßmann-Stadion, der von Jugendlichen aus der ganzen Region genutzt wird.

Sportförderung der Zukunft muss neben der finanziellen Unterstützung der Vereine, der Sanierung und ggf. dem Neubau von Sportstätten auch die sich wandelnde Gesellschaft berücksichtigen: Die demographische Entwicklung stellt ebenso neue Herausforderungen wie sich verändernde Zeitstrukturen in Arbeit und Beruf, die sowohl die Möglichkeiten Sport zu betreiben, als auch die ehrenamtliche Betätigung im Verein beeinflussen. Durch die immer umfangreicher werdenden Ganztagsangebote verändern sich die Anforderungen des Schulsports an die Benutzungszeiten der Sportstätten. Hinzu kommt die in der Zukunft zu lösende Frage, wie Gewichtsproblemen und Bewegungsdefiziten bei Kindern entgegen gewirkt werden kann.

Da wollen wir hin:

- Gestaltung der Sportförderung und des Neubaus und der Sanierung von Sportstätten entlang dem Sportentwicklungsplan. Nach einem Antrag der SPD-Fraktion hat die Stadtverordnetenversammlung für die Erstellung des Sportentwicklungsplanes gesorgt, der Anfang 2010 vorgelegt werden konnte. Dieser Plan hat viele wichtige Informationen und Zahlen geliefert, auf deren Basis wir weiterarbeiten werden. Die Vertreter der SPD haben sich in den Arbeitsgruppen intensiv um die Inhalte gekümmert.
- Verstärkte Berücksichtigung der Bedürfnisse älterer Menschen und von Behinderten bei der Gestaltung der Sportangebote und der Ausstattung der Sportstätten
- Erhalt und Schaffung weiterer Bewegungsräume für Menschen jenseits abgegrenzter Sportanlagen. Dies ist für die Zukunft eine wichtige Erkenntnis aus dem Sportentwicklungsplan
- Nutzbarmachung öffentlicher Räume für Bewegung und Sport zusätzlich zu den klassischen Sportstätten. Sportliche Betätigung beschränkt sich nicht mehr auf Stadien, Hallen und Schwimmbäder
- Mehr Teilhabe am Sport: Mit dem neuen Programm Five (Förderung zur Integration von Kindern und Jugendlichen in Vereinen), das die SPD bereits in den städtischen Haushalt 2010 / 2011 eingebracht hat, sollen Kinder aus sozial schwächeren Verhältnissen die Möglichkeit bekommen, Sport in Vereinen ausüben zu können.
- Sicherung der Bäder: Das Hallenbad in Wehrda ist saniert und um ein zusätzliches Lehrschwimmbecken für Kleinkinder etc. erweitert. Das Wehrdaer Bad wollen wir mit dieser Sanierung langfristig als zweites Bad neben dem AquaMar erhalten.
- Verbesserte Steuerung im Spitzensport: Die SPD-Fraktion hat durch einen Antrag in der Stadtverordnetenversammlung neue Sportförderrichtlinien entwickeln lassen, um die zukünftige Förderung von Leistungszentren steuern zu können. Damit ist ein wichtiger Eckpfeiler der Förderung des Spitzensports entstanden.
- Qualifizierung von Übungsleitern – eine besondere Aufgabe, die zusammen mit dem Sportkreis ausgebaut werden soll.

**Neue Herausforderungen:
Demographische Entwicklung,
Nutzungszeiten,
Gesundheitsförderung**

**Sport in Marburg:
Unsere Ziele**

- **Neubau von Hallenflächen:** Eine der zentralen Aufgaben für die nächste Legislaturperiode wird der Bau neuer Hallenflächen sein. Die SPD fordert hier Neuf Flächen mit einer Gesamtgröße von mindestens 1.600 qm. Wo die Flächen letztlich entstehen, soll die einberufene Unterarbeitsgruppe zum Sportentwicklungsplan ermitteln. Bei der Planung sollen auch die Bedarfe in Michelbach mit eingezogen werden.

Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Sportanlagen von den örtlichen Sportvereinen weiterhin kostenlos genutzt werden können. Der Vergleich mit anderen Kommunen zeigt, dass dies keine Selbstverständlichkeit ist. Wir wollen aber das Spitzenniveau des Sports in Marburg auch in Zeiten knapper Kassen aufrechterhalten und sportliche Aktivitäten für alle Menschen in der Stadt ermöglichen. Dafür steht die Marburger SPD.

*Beschlossen auf dem Parteitag der Marburger SPD am 12. November 2011
Die gedruckte Version enthält noch kleinere Korrekturen.*

DIE KANDIDATINNEN UND KANDIDATEN DER MARBURGER SPD FÜR DIE STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG

1. Egon Vaupel (60), Wehrda, Oberbürgermeister
2. Dr. Kerstin Weinbach (43), Weidenhausen, Stadträtin
3. Steffen Rink (45), Neuhöfe, Religionswissenschaftler
4. Marianne Wölk (48), Hansenhaus/Südbahnhof, Justizbeamtin
5. Heinrich Löwer (64), Cyriaxweimar, Diplom-Psychologe
6. Sonja Sell (44), Süd, Schulsekretärin
7. Ulrich Severin (58), Afföller/Waldtal/Ortenberg, Diplom-Pädagoge
8. Erika Lotz-Halilovic (53), Richtsberg, Verwaltungsangestellte
9. Dr. Ralf Musket (55), Hansenhaus/Südbahnhof, Lehrer
10. Kirsten Dinnebier (45), Cappel, Angestellte
11. Björn Backes (34), Mitte, Rechtsanwalt
12. Dr. Marlis Sewering-Wollanek (57), Ginseldorf, Studienrätin
13. Klaus Sprywald (70), Mitte, Pensionär
14. Ursula Schulze-Stampe (67), Ockershausen, Kunsthistorikerin
15. Jürgen Hertlein (68), Süd, Vorsitzender der Deutschen Blindenstudienanstalt i. R.
16. Johanna Seelig (66), Moischt, Lehrerin i. R.
17. Gerald Weidemann (42), Bauerbach, Studienrat
18. Bettina Böttcher (50), Richtsberg, Betriebsratsvorsitzende UKGM, Standort Marburg
19. Uwe Meyer (51), Cappel, Angestellter
20. Dominic Dehmel (22), Michelbach, Student
21. Dagmar Daser (62), Wehrshausen, Förderschullehrerin
22. Matthias Simon (48), Ockershausen, Diplom-Biologe
23. Schaker Hussein (29), Richtsberg, Werbefachmann
24. Martina Dirmeier (48), Wehrda, Lehrerin
25. Thorsten Büchner (31), Süd, Student
26. Dr. Gerhard Seemann (55), Elnhausen, Diplom-Biologe, Abteilungsleiter CSL Behring
27. Barbara Mertins (26), Marbach, Studentin
28. Peter Hesse (41), Cappel, Biologielaborant
29. Dr. Horst Wiegand (63), Ginseldorf, Studiendirektor i. R.
30. Hildegard Mende (59), Nord, Einzelhandelskauffrau
31. Andreas Leder (26), Mitte, Student
32. Arzu Kurt (31), Hansenhaus/Südbahnhof, Stiftungsmanagerin
33. Helmut Hebert-Henkel (48), Wehrda, Stellv. Abteilungsleiter DBM
34. Halina Pollum (55), Richtsberg, Medizinisch-technische Radiologieassistentin (MTRA)
35. Ralf Laumer (43), Mitte, Stelbstständiger
36. Monika Biebusch (47), Moischt, Angestellte
37. Johannes Röder (23), Ortenberg, Student
38. Petra Wilhelm (39), Ockershausen, Steuerfachangestellte
39. Dietmar Dern (49), Cappel, Lehrer
40. Josefa Zimmermann (59), Mitte, Lehrerin
41. Peter Aab (53), Michelbach, Finanzbeamter
42. Hisniye Usman (30), Süd, Rechtsreferendarin
43. Wolfgang Ochs (60), Gisselberg, Elektromonteur

44. Silvia Bandte (58), Moischt, Krankenschwester i. R.
45. Dr. Siegfried Keil (76), Cappel, Prof. em.
46. Karin Szeder (63), Elnhausen, Hauswirtschaftsmeisterin
47. Erhart Dettmering (73), Ortenberg, Pensionär
48. Georg Schnell (61), Ronhausen, Selbstständiger
49. Brigitte Menche (55), Ronhausen, Verwaltungsangestellte
50. Walter Hilberg (70), Ockershausen, Pensionär
51. Beate Abé (55), Bauerbach, Chemotechnikerin
52. Heinz Wahlers (65), Cappel, Diplom-Verwaltungswirt / Rentner
53. Ruth Beusing (41), Moischt, Archäologin
54. Peter Ladwig (62), Süd, Betreuer
55. Dr. Ulrich Rausch (62), Marbach, Diplom-Chemiker
54. Hilde Rektorschek (63), Mitte, Rentnerin
57. Eva Wenckebach (61), Süd, Geschäftsführerin SPD
58. Sören Bartol (36), Mitte, Bundestagsabgeordneter
59. Dr. Thomas Spies (48), Süd, Arzt
60. Elfi Achenbach (57), Richtsberg, Biologielaborantin
61. Christian Wolf (40), Wehrshausen, Jurist
62. Heidemarie Häde (51), Bauerbach, Krankenschwester
63. Gerd Wacker (66), Moischt, Rektor a. D.
64. Thomas Komm (67), Süd, Rentner
65. Alexandra Klusmann (42), Mitte, PR-Beraterin
66. Gerhard Jans (63), Richtsberg, Arbeiter
67. Heinz-Jörg Schmidt (43), Elnhausen, IT-Projektmanager
68. Helga Perlwitz-McMahon (67), Cappel, Rentnerin
69. Helmut Inerle (62), Marbach, Techniker
70. Lucia Foitzik (65), Süd, Rentnerin
71. Hartmut Seelig (71), Moischt, Rektor i. R.
72. Valerie Hempel (52), Richtsberg, Biologe
73. Bernhard Schroer (50), Cappel, Rechtsanwalt
74. Heide Debelius (68), Cappel, Rentnerin
75. Fabio Longo (35), Mitte, Rechtsanwalt
76. Annette Schüren (54), Süd, Angestellte
77. Noor Ghafury (55), Moischt, Wirtschaftswissenschaftler
78. Otfried Winkel (81), Richtsberg, Architekt i. R.
79. Renate Oberlik (67), Ockershausen, Rentnerin
80. Leo Bauer (60), Cappel, Lehrer
81. Daniela Pedrotti (44), Süd, Assistentin
82. Dr. Hans-Karl Rupp (70), Ockershausen, Hochschullehrer i. R.
83. Ursula Knack (59), Süd, Ergotherapeutin
84. Awad Attalla (44), Richtsberg, Apotheker
85. Georg Otto (64), Cappel, Pensionär
86. Anna Schreiber (22), Richtsberg, Studentin
87. Dr. Bernhard vom Brocke (71), Ockershausen, Hochschullehrer i. R.
88. Maria Rupp-Sporrer (72), Ockershausen, Lehrbeauftragte i. R.
89. Georg Simonsky (27), Mitte, Student / Regieassistent

90. Gerty Poletti (61), Richtsberg, Angestellte / Betriebsrätin
91. Conrad Hahn (88), Cappel, Bürgermeister a.D.
92. Dr. Barbara Griemert (30), Bauerbach, Diplom-Biologin
93. Thomas Pfeiffer (46), Richtsberg, Diplom-Ingenieur
94. Rosemarie Reif (64), Hansenhaus/Südbahnhof, Rentnerin
95. Dieter Kopp (71), Ockershausen, Rentner
96. Ursula Jahn (82), Mitte, Rentnerin
97. Walter Matt (64), Bauerbach, Pensionär
98. Dr. Gerhard Pätzold (76), Mitte, Bürgermeister a. D.
99. Käthe Dinnebier +